Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 179 28. Mai 1977

Redaktionsschluß: Donnerstag 16.00 Uhr

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto
gerd kever
nr. 360811-608
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen voraus-kasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf
* **postscheckkonto**
* **52 52 28 – 602**
* **postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60)

bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel" außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

HAUSMITTEILUNG

I.

Wir haben vom Internationalen Verteidiger-Komitee (IVK) ein 17seitiges Papier bekommen. Darin wird Stellung genommen zum Röhlbeitrag über den Tod von Ulrike Meinhof ("die Gruppe hat sie in den Selbstmord getrieben") auch anhand eines Briefes, den Ulrike Meinhof vier Wochen vor ihrem Tod zum Buch von Röhl „Die Genossin" geschrieben hat. Weiter enthält das Papier die neueste Presseerklärung des IVK zum Stand der eigenen Ermittlungen zum Tod von Ulrike Meinhof (diese Erklärung ist bereits im ID 178 abgedruckt) und Ausführungen zur Rolle von Gudrun Ensslin, die ihr der Staatsschutz zuschreibt. Daraus wird eine besondere Bedrohung des Lebens von Gudrun Ensslin abgeleitet.

Über das Papier haben wir zweimal mit Vertretern des IVK diskutiert, außerdem uns permanent intern damit befaßt. Von anbeginn war klar, daß dieses Papier ein politisches Strategiepapier ist und den eigentlichen ID-Rahmen sprengt. Wenn wir die letzten acht Tage dennoch fast ausschließlich darüber diskutiert haben, so auch deshalb, weil trotz politischer Bedenken für uns die beiden Komplexe 'Stellungnahme zum Röhlbericht' und 'besondere Bedrohung des Lebens von Gudrun Ensslin' wert schienen, veröffentlicht zu werden. Dieses Interesse formulierten auch die IVK-Vertreter, die allerdings – nachdem wir uns für die gekürzte/bearbeitete Fassung entschieden hatten – darauf bestanden, daß eine Veröffentlichung nur im Gesamtzusammenhang in Frage käme.

Resultat ist, daß in dieser Nummer des ID weder eine bearbeitete Fassung des Papiers zu finden ist, noch eine Zusammenstellung von Dokumenten/Nachrichten, die sich auf das Röhl-Pamphlet und auf die Gefährdung Gudrun Ensslins beziehen.

II.

Brief von Ingeborg Drewitz:

„Liebe Kollegen, beim Durchlesen der diversen letzten Nummern stoße ich in Nr. 174 auf Seite 22 auf einen Bericht aus Tegel über die Stimmung in der JVA am Tage der Ermordung von Generalstaatsanwalt Buback. Mag der Bericht zutreffen, so finde ich es doch nicht nur geschmacklos, ihn unkommentiert zu veröffentlichen, sondern sehe damit auch die Aufgabe des Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten als verfehlt an.
Ich habe mich seinerzeit bereiterklärt, dem Beirat anzugehören, weil ich es für sinnvoll fand, Informationen, die nie in die Presse gelangen, bekannt zu machen, um damit zur demokratischen Korrektur der öffentlichen Meinung beizutragen, um die Aufhellung von Interna in den bundesdeutschen JVA's zu ermöglichen und so zur Verbesserung des Vollzugs mitzuhelfen. Nach dem Bericht „aus dem Teleler Lager" sehe ich mich außerstande, noch dem Beirat des ID anzugehören, und bitte unmittelbar um Streichung meines Namens aus der Beiratsliste und um Veröffentlichung dieses Briefes in der nächsten Nummer des ID. Jeder, der die Verhältnisse in den JVA's kennt, weiß, daß sie verbesserungswürdig sind, kennt aber auch die Schwierigkeiten, die nur mit kühler Vernunft zu meistern sind. Die Zusammenhänge, die der Bericht über den 7. 4. 1977 in Tegel herstellt, entsprechen diesem Prinzip der Information in keiner Weise. Ich bedauere das.
Respektieren Sie meinen Entschluß. Respektieren Sie aber auch die Bedenken, die meinen Entschluß bewirkt haben. Es kommt darauf an, das Organ ID im Sinne der Aufklärung, nicht im Sinne der Polemik zu redigieren. Freundliche Grüße, Ingeborg Drewitz

Anmerkungen der Redaktion:
Der Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten ist von Anfang besonders denen, deren Anliegen in den Medien regelmäßig „unterblieben" werden, als Möglichkeit begriffen worden, Öffentlichkeit herzustellen. – Dazu gehören Berichte aus Gefängnissen von den Gefangenen selbst. Sie sollen nach dem Selbstverständnis des ID in eigener Sprache und nach eigener Einschätzung zu Wort kommen, um Teile der Knastwirklichkeit abzubilden – unfrisiert. Dies Selbstverständnis ist durch die Veröffentlichung zahlreicher solcher Berichte im ID in den vergangenen fünf Jahren belegt, die von Stimmung, Einschätzung und auch Polemik der Gefangenen zeugen.
Frau Drewitz hält es für sinnvoll, „Informationen, die nie in die Presse gelangen, bekannt zu machen, um damit zur demokratischen Korrektur der öffentlichen Meinung beizutragen..." Der ID will da nichts anderes. Die konsequente Verfolgung dieses Prinzips schließt für uns jedoch ein, die Nachrichten in ihrer Authentizität zu belassen. Ein Redigieren nach dem Maßstab „kühler Vernunft" und „im Sinne der Aufklärung" müßte im Zweifelsfall diese Authentizität preisgeben, würde neue unterbliebene Nachrichten produzieren.
Der oben genannte Bericht ist im übrigen nicht „unkommentiert" veröffentlicht, sondern steht im Zusammenhang von Berichten und einem Gedicht, die ebenfalls Bezüge zum Tod des Generalbundesanwalts, darauf folgende Razzien unter „potentiellen Sympathisanten" und andere Reaktionen aufweisen.
Wir bedauern die Entscheidung von Frau Drewitz.

III.

Nach neuesten Berechnungen erhalten 1.035 Abonnenten den ID nicht, weil sie nicht ausreichend gezahlt haben. Für alle, die den ID auch weiterhin lesen wollen: ausreichend gezahlt hat der, bei dem die Angabe auf der Adressenetikette mit der laufenden ID-Nummer übereinstimmt bzw. höher ist. Des weiteren: wir haben noch ca. 1.000 Exemplare der KKW-Sondernummer „Bürger, schützt euch vor Anlagen". Wir verschicken diese Nummer zum Preis von 1,50 DM. Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren kostet's 1,25 DM.

BILDERDIENST

Folgende neue Fotos können bestellt werden:

- Karrikaturen zum Thema KKW –
- Fahrscheinkontrolle Ffm unter Aufsicht von Bullen –
- Aktion der Bi Rheinpreussensiedlung –
- Anti-KKW-Aktion in Ohu –

und vieles mehr.

In den leztten drei IDs wurde die Kontonr. des Bilderdienstes falsch abgedruckt. Die richtige lautet:

36 0811 – 608, 6000 Ffm. 90. – Bilderdienst.

ERÖFFNUNG DER AUSSTELLUNG „DIE POLITISCHE LITHOGRAPHIE IM KAMPF UM DIE PARISER COMUNE 1871" IM FOYER DES SCHAUSPIELHAUSES FFM

- am Donnerstag, 2.6.77, 16.30 Uhr.
- Ausstellung bis 10.6. tägl. außer Dienstag von 17.20 Uhr bis 22.00 Uhr.

Eintritt frei.

Führung für Schulklassen und Gruppen nach Vereinbarung.
Tel.: 25 62 537

HAUSBESETZERTREFFEN IM BESETZTEN JUZ STETTEN

STETTEN 25. Mai

Wir haben die Absicht, vom 17. bis 19.6.1977 in unserem besetzten Jugendzentrum ein großes Hausbesetzertreffen zu machen mit Informationsaustausch, Musik, Theater und einem großen Fußballturnier am Samstag, dem 18. Juni. Aufgerufen dazu sind alle zur Zeit besetzten oder früher mal besetzten Jugendzentren Wohnkollektive und ähnliches aus der BRD, Westberlin und dem befreundeten Ausland. Also, wer Interesse hat, zum 'Tag der deutschen Hausbesetzer' bei uns mitzumachen, soll sich mit uns in Verbindung setzen.

Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 2101, 7055 Stetten in Remstal

DOKUMENTATION ZU: SAVAK UND VERFASSUNGSSCHUTZ

FRANKFURT 25. Mai

Über die Zusammenarbeit zwischen dem iranischen Geheimdienst SAVAK und dem westdeutschen Verfassungsschutz gibt es jetzt einen Report. Herausgegeben wurde er von der CISNU (Konföderation iranischer Studenten) in 6000 Frankfurt, Postf.16247

MEDIEN—COOP FÜR 3. WELT

MÜNCHEN 25. Mai

Um den Informationsaustausch zwischen den Dritte-Welt-Gruppen zu verbessern, hat eine Initiative in München einen Rundbrief geschaffen, der sechs Mal im Jahr für 2 Mark pro Nummer erscheinen soll.

Bezugsadresse: Mediencooperative 3. Welt c/o Elisabeth Dopheide, Clemensstr. 120, 8000 München 40.
Kto.-Nr. 901-161729 Stadtsparkasse München (BLZ 70150000)
Stichwort: Medien - Coop

REFERENDENKAMPAGNE IN ITALIEN

FRANKFURT 25. Mai

Wir haben in der letzten Nummer (ID 178 S. 27) unverzeihlicherweise vergessen, Kontaktadressen anzugeben für diejenigen Genossen, die sich über die Referendenkampagne informieren wollen.

Die Kampagne läuft im Augenblick auch hier in Frankfurt und erstreckt sich über Diskussionsveranstaltungen (die nächste wird in zwei Wochen sein) und Unterschriftensammlung; alles im **Casa di Cultura Popolare, Adalbertstr. 36h, Tel. 775116**

JUGENDZENTRUM IMMER NOCH BESETZT

KÖNIGSTEIN 21. Mai

Ein Bericht von Jugendlichen aus dem besetzten Zentrum: Bereits seit mehr als drei Wochen halten Königsteiner Jugendliche ihr Jugendzentrum besetzt. (s. ID Nr. 146).Die Stadt Königstein hatte als Vermieter dem selbstverwalteten Jugendzentrum zum 30. April 1977 gekündigt, ohne Übergangslösung oder ein neues Heim zur Verfügung zu stellen. Seit diesem Tag ist es von den Jugendlichen wiedereröffnet worden, diesmal ohne den Segen der Stadt (der hing auch vorher schon recht schief), ohne städtische Zuschüsse (die gab's schon seit eineinhalb Jahren nicht mehr), dafür aber jetzt in totaler Selbstverwaltung rund um die Uhr geöffnet (bloß nicht für städtische Bedienstete und Grünröcke) und als Wohnstätte für viele Jugendliche.

Besucher

Seit der Hausbesetzung hat die Zahl der Beuscher stark zugenommen. Es ist unheimlich schwer,abzuschätzen, wieviele Leute täglich vorbeikommen. Tatsache ist, daß jede Nacht zwischen 30 und 50 Leute im Haus übernachten, teils zum Schutz vor etwaigen Überfällen, teils, weils Spass macht, mit so vielen Leuten zusammenzuleben. Im ersten und zweiten Stock des Hauses, die vor der Kündigung nicht genutzt werden durften, sind jetzt viele mit Matratzen ausgelegte Schlafräume entstanden, außerdem der Eßraum und ein Gruppenraum. Hinzu kommt ein Tischtenniszimmer und die Küche, in der auch die Vorräte für mehrere Tage gelagert sind. Im Erdgeschoss läuft der normale Jugendcafebetrieb weiter, abgetrennt vom ersten und zweiten Stockwerk, die wesentlich besser gegen Übergriffe von außer verteidigt werden können. Der Treppenaufgang ist total verbarrikadiert worden, alleiniger Aufgang zum 1. Stock ist jetzt eine Leiter, über die man klettern muß, um durch ein schmales Loch in der Decke nach oben zu kommen. Wenn die Polizei zum Räumen kommt, wird die Leiter eingezogen und das Loch mit einem schweren Heizkörper abgedeckt. Dort oben ließe es sich im Verteidigungsfalle schon eine Weile aushalten.

Bisher machten immer Gerüchte die Runde, die Räumung stehe unmittelbar bevor, aber das erwies sich dann immer wieder als Panikmache. Es hat sich inzwischen nämlich herausgestellt, daß die Königsteiner Hausbesetzer anscheinend gar keine richtigen Hausbesetzer sind, da sich die ganze Angelegenheit vielleicht als Mietstreit entpuppt. Der Verein Jugendzentrum, der bis zum Kündigungstermin Träger des Hauses war, hat eigenständig sein Mietverhältnis geändert. Dem widerspricht allerdings der Bürgermeister heftig, er spricht von kri-



minellen Handlungen und widerrechtlichen Aktionen. Das stört die Hausbesetzer allerdings wenig, da sie von der Richtigkeit ihres Handelns überzeugt sind. Anscheinend bemüht der Bürgermeister sich krampfhaft, endlich die Sache vor Gericht durchzubringen, um dann mit der Polizei zu räumen. Freiwillig wollten die Hausbesetzer nicht gehen und auch ein fauler Trick der Stadt zog nicht, uns wegen angeblicher Feuergefährdung (Fluchtwege gäbe es nicht) zur Beseitigung der Barri-

kade zu überreden. Darauf wurde erklärt, daß der erste und der zweite Stock nicht öffentlich zugänglich seien und somit die Stadt als Ortspolizeibehörde dort nichts rumzuschnüffeln habe. Am angekündigten Termin erschien dann weder ein Mensch von der Stadtverwaltung, noch städtische Arbeiter, die die Barrikade wegräumen sollten, noch die Polizei.

Hatte sich der Bürgermeister anfangs kategorisch geweigert, über das Fortbestehen eines Jugendzentrums in Königstein und die Selbstverwatlung zu verhandeln, so wird er allmählich zum Nachdenken gezwungen. Denn niemand in Königstein hatte damit gerechnet, daß die Hausbesetzung so lange durchgehalten würde. Man hatte erwartet, daß nach 3 Tagen niemand mehr im Haus ist. Außerdem werden die Hausbesetzer von vielen Seiten unterstützt. Königsteiner Bürger spenden Geld, Fressalien, Matrazen, kochen mal ein Mittagsessen für die ganze Mannschaft, kommen vorbei, drücken den Hausbesetzern ihre Solidarität aus. Die Bewohner haben sich nicht von der Bevölkeruung isoliert, eher im Gegenteil. So klar wie derzeit war selten so vielen Königsteinern, wie notwendig ein Jugendzentrum ist. Zu dieser Einstellung haben die Aktionen der Hausbesetzer beigetragen: Zwei Demonstrationen, mehrfache Aufführung eines Theaterstückes über das JUZ, der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen, wo dann über das JUZ informiert wurde und die Verteilung von Flugblättern. Die Kampagne des Bürgermeisters, die Besetzer zu kriminalisieren, erwies sich als Fehlschlag. So hatte er dafür gesorgt, daß die Taunus-Zeitung (wird hier von sehr vielen Leuten gelesen) einen Hetzartikel über die Besetzer brachte und dabei die Namen von 9 Leuten und deren Alter angab. Einer von diesen Leuten ist Ausländer, bei ihm wurde zusätzlich genüßlich erwähnt, daß seine Aufenthaltsgenehmigung demnächst abläuft. Dieser Artikel war aber nur ein vorrübergehender Rückschlag. In den drei Wochen der Hausbesetzung haben hier in Königstein nämlich viele Leute mitgekriegt, daß die JUZ'ler nicht in das übliche Schema (Kriminelle, Alkoholiker, Nichtstuer usw.) reingepresst werden können. Es gibt nur ganz wenige Dauerbesetzer, die meisten Leute sind nicht die ganze Zeit und auch nicht jeden Tag da. Die JUZ'ler gehen weiterhin zur Schule, in die Lehre, zur Arbeit oder an die Uni. Obwohl nicht immer alle da sind, ist trotzdem immer eine große Zahl von Leuten im Haus. Das zeigt auch, wie breit diese Hausbesetzung getragen wird.



Wenn man so drei Wochen auf einem Fleck zusammenlebt, Ängsten einer bevorstehenden brutalen Räumung durch die Polizei ausgesetzt ist, das Zusammenleben in allen Kleinigkeiten organisieren muß, dann ist es klar, daß nicht alles in Butter abläuft, daß es Schwierigkeiten und Reibereien gibt. Das geht dann meistens um solche „Kleinigkeiten" wie spülen, saubermachen oder einkaufen. Auch mit der Nachtruhe klappt es nicht immer so gut, weil die Leute zu den unterschiedlichsten Zeiten ins Bett gehen und meistens noch andre Leute weiterfeiern. Trotzdem wurden die meisten Schwierigkeiten besprochen und der Versuch unternommen, Verbesserungen hinzukriegen. Gut ist aber, daß Leute gelernt haben, selbständig Dinge anzupacken, ohne daß erst jemand kommen muß und sagt, daß dies und das getan werden muß. Jetzt wird Selbstverwaltung und Selbstorganisation tatsächlich praktiziert.

Kontakt: JUZ Königstein, Adelheidstr. 2, 6240 Königstein

DEMONSTRATION GEGEN DAS GEPLANTE AKW REHLING

AUGSBURG 20. Mai Seit Oktober 1976 ist bekannt, daß in Rehling bei Augsburg ein Atomkraftwerk gebaut werden soll. Nachdem am 29. Januar bereits 700 Menschen gegen dieses AKW demonstriert hatten, waren es am 14. Mai rund 1.000. Im Gegensatz zur ersten Demonstration machten jetzt auch viele ältere Bürger mit. Aufgerufen hatten 8 Bürgerinitiativen aus dem Raum Augsburg. Einige Bauern wollten mit Traktoren kommen, was die Polizei aber verboten hatte.

Die Demonstration lief durch die Augsburger Innenstadt, so daß viele Leute, die noch nicht mitgingen, wenigstens durch die Transparente, Sprechchöre und Lieder angesprochen wurden. Die zentralen Parolen waren: 'Hört, was das Atom erreicht, Luft und Wasser wird verseucht'; 'Jeder wird betroffen sein, drum, ihr Leute reiht Euch ein'; 'Die LEW (Lech-Elektrizitätswerke, zusammen mit RWE Bauherr) will profitier'n, die Volksgesundheit ruinier'n'; 'Nicht Rehling, nicht Brokdorf und auch nicht Wyhl, nirgends Atomkraft ist unser Ziel'.



Bei der Kundgebung sprachen Karl Meyer ('Atom-Meyer') vom Kaiserstuhl und Ewald Gaul. Max Winkler vom Bund Naturschutz hielt allerdings eher einen Fachvortrag als eine Kundgebungsrede und behauptete sogar, das AKW Rehling werde bestimmt nicht gebaut. Das wirkt natürlich demobilisierend und ist falsch, zumal gerade das Raumordnungsverfahren eingeleitet wurde und auch schon Bauausschreibungen an Unternehmer verschickt wurden. Eine Vertreterin aus Rehling hielt die abschließende Rede. Insgesamt dauerte die Kundgebung zu lange. Den Abschluß bildete ein neues Theaterstück einer Landshuter Gruppe, in der sehr drastisch die Auswirkungen der Atomkraftwerke geschildert wurden.

Zwischen den Reden und auch schon während der Demo wurden Lieder gesungen, zwei davon aus Augsburg. Eine Strophe geht auf den 1. Mai ein, wo wir durch Ordner (der DKP!) und Polizei daran gehindert wurden, unsere Transparente zur Kundgebung mit in die Sporthalle zu nehmen.

Die Augsburger SPD hat sich gegen das AKW Rehling ausgesprochen; allerdings nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern weil der Strom des AKW Grundremmingen ausreiche. Das zeigt uns, daß wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen müssen. Den Verkauf ihres Landes und die Probebohrungen haben die Rehlinger Bauern bisher abgelehnt. Die LEW will sie nun einzeln bearbeiten. Leider ist es der dortigen BI nicht gelungen, mehr als zwei oder drei Bauern zum Demonstrieren zu bewegen. Nur wenn es gelingt, hier weiterzukommen, kann eine Bewegung entstehen, die schon den Bauanfang selbst verhindert. Daran muß jetzt verstärkt gearbeitet werden.

Kontaktadresse: Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Augsburg c/o Dieter Ferdinand, bei St. Ursula 12, 89 Augsburg

MAHNWACHE VOR DER BHF–BANK

FRANKFURT 25. Mai
Drei Tage und Nächte hielten Mitglieder der Dusiburger Bürgerinitiative Rheinpreußensiedlung eine „Mahnwache" vor dem Hochhaus der BHF–Bank in der Bockenheimer Landstraße. Sie schreiben selber dazu:

„Wir sind von der Rheinpreußensiedlung in Duisburg-Homberg nach Frankfurt gekommen, um hier eine Mahnwache durchzuführen. Unsere Zechensiedlung ist als Werkssiedlung um die Jahrhundertwende entstanden, um Arbeitskräfte für die neuen Betriebe anzulocken und zuhalten.

Während der Zechenschließungen im Ruhrgebiet (1965/68) wurde unsere Siedlung an den Bauspekulanten Kun verkauft. Dieser hat von den 2300 Wohnungen etwa dreiviertel abreißen lassen und hat mit Krediten der BHF–Bank und anderen Banken bis zu 22stöckige Hochhäuser bauen lassen. Als die Kun-AG 1973 pleite ging, wurde die BHF–Bank ein Gläubiger unserer Siedlung. Sie vertritt federführend die Interessen der anderen Gläubiger. Sie wollten das Gelände unserer Kolonie verwerten – durch Abriß und Neubebauung – um ihre an Kun verloren gegangenen Kredite wieder rein zu bekommen.

Aber wir wollen hier wohnen bleiben
– weil wir die Mieten hier noch selber bezahlen können (ohne staatliche Zuschüsse)
– und weil hier unsere Nachbarn unsere Freunde sind. Hier gehören auch alte Leute nicht zum alten Eisen, Kinder können hier noch spielen, wir haben unsere Gärten, unsere Tiere und viele Hobbies, die wir im Neubau nicht mehr haben könnten.



Wir sind von Duisburg nach Frankfurt gekommen
– weil hier der Hauptsitz der BHF–Bank ist
– hier am 24. Mai die jährliche Hauptversammlung stattfindet
– und dort Aktionäre und Aufsichtsrat zusammenkamen, die unsere Forderungen kennenlernen und das unsoziale Verhalten der Bank unterbinden sollen.

Während der Mahnwache in Frankfurt unterstützten uns viele Frankfurter mit ihrer Unterschrift. Nachts bekamen wir Kaffee, Brote und andere „warmmachende"Getränke.

Am 24. Mai (Aktionärsversammlung der BHF) war noch zusätzlich für diesen Tag ein Bus nach Frankfurt gekommen mit Leuten aus der Siedlung, die uns unterstützten.

Am Tag der Aktionärsversammlung war das Gebäude der BHF–Bank gut bewacht an allen Ecken standen Leute mit Sprechfunkgeräten in der Hand, dazu gesellten sich andere, die jeden einzelnen von uns und alles Informationsmaterial fotografierten. Der ganze Schutz um die BHF–Bank sei aus Angst davor gewesen, daß sich uns „chaotische Gruppen" anschließen könnten.

In der Jahreshauptversammlung sprachen drei Leute von uns, da sie durch einen Aktienkauf „Mitinhaber" der Bank wurden und damit Rederecht in der Versammlung hatten. Sie stellten in ihren Reden nochmals unsere Forderungen klar heraus und stellten u.a. den Antrag, den Vorstand der Bank nicht zu entlasten – der natürlich nicht durchkam.

Wir wollten mit unserer Mahnwache in Frankfurt folgende Forderungen durchsetzen:

– kein Abriß, sondern Erhalt der Rheinpreußensiedlung
– Instandsetzung aller Häuser und Wiederbelegung aller leerstehenden Wohnungen
– kein Verkauf an Einzelpersonen, sondern Verkauf an die Stadt Duisburg oder eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (damit wir alle zur Miete weiter wohnen bleiben können.)

Kontaktadresse: Bürgerinitiative Rheinpreußen-Siedlung, Südstr. 27, 41 Duisburg 17

FOLTER 77 – WERBUNG 77
FRAUEN WEHREN SICH GEGEN KARSTADT

BREMEN 25.Mai
Manch aufmerksamer Schaufensterbummler fragte sich verwirrt: Sollte etwa die Khaki-Uniform wieder aus der Mode gekommen sein? Das Kaufhaus Karstadt in Bremen hatte nämlich blitzschnell umdekoriert. Der Grund dafür war aber ein anderer. Die Frauengruppe „Wir kommen öfter" schreibt dazu:

„Wir haben am 16.5. Schaufenster von Karstadt mit folgenden Parolen besprüht:

Folter 77 – Werbung 77
Jagdbeute Frauen – Frauenfeindlich

Es handelt sich um 3 besonders frauenfeindlich dekorierte Fenster:
2 Männer in „schicker, moderner Khaki-Uniform" tragen eine an Händen und Füssen gefesselte Frau als „lächelnde" Jagdbeute an einer Bambusstange.

Der Gipfel an Zynismus ist, daß diese ‚Aufhängung' eine berüchtigte Foltermethode ist, genannt ‚Papageienschaukel', die zum Tode führen kann!
In der ‚Stern' Serie ‚Folter 77' wurde diese brutal-grauenhafte Folter angeprangert.
Und damit wird in diesem Staat Werbung gemacht!
Nicht zufällig ist das Opfer eine Frau, mit der Männer machen können, was sie wollen. Mit dieser Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen sollen die Profite der Karstadt AG gesteigert werden!
Dieses Beispiel ist keine Ausnahme! Wir fühlen uns in unserer Frauen- und Menschenwürde durch dieses ungeheuerliche Vorgehen, daß in unserer männlich-kapitalistisch dominierten Gesellschaft „legal" ist, angegriffen.

Wir setzen uns dagegen zur Wehr, daß Menschen so miteinander umgehen!"



NOCH WAS ZUR WALPURGISNACHT

BREMEN
25. Mai

„Lieber Informationsdienst!

Wir haben für eine Frauenzeitung einen Artikel zur Frauennachtdemo am 31. April geschrieben, den wir so wichtig finden, daß wir Euch bitten wollen, ihn noch abzudrucken. Die Frauendemo ist zwar schon eine Weile her, aber der Text ist ganz allgemein wichtig. Also, macht noch ein bißchen Platz für uns!

Wir sind ein paar Frauen aus Bremen, die zur Nachtdemo nach Hamburg gekommen sind. Uns hat die Demo nicht



Schaufenster in Bremen
Zwei Typen in Khakiklamotten tragen ihre 'Jagdbeute', eine Frau, gefesselt an einen Baumstamm, weg.

so gut gefallen, wie wohl den meisten anderen Frauen. Wir können aber (weil wir arbeiten) nicht extra nach Hamburg kommen, um mit euch darüber zu diskutieren, deswegen schreiben wir diesen Artikel, denn es ist wichtig, daß viele Frauen darüber nachdenken.

Die Demo stand unter dem Motto „Frauenmacht gegen Männergewalt" und „Frauen erobern die Nacht". Das sind dufte Parolen – aber wo sind sie umgesetzt worden? Wir empfinden es nicht als Ausdruck der Macht, wenn einige hundert Frauen unter dem fragwürdigen Schutz von Bullen einmal über die Reeperbahn laufen, immer schön in der Mitte, weil die Macht schon auf dem Bürgersteig ein Ende hat. An welchen Punkten „Frauenmacht" zur „Frauenohnmacht" wurde, läßt sich an vielen Beispielen zeigen.

Als wir nicht mehr auf St. Pauli waren, waren viele Frauen mit der angemeldeten Route unzufrieden. Ein Grund, nicht umzukehren oder da längszugehen, wo die meisten hinwollten, war der, daß die Frau, die die Demo angemeldet hatte, dann Ärger gekriegt hätte. Das spricht vielleicht sogar dagegen, Demos überhaupt anzumelden. Oder wir müssen es so machen, wie die Frankfurter Frauen, die trotzdem woanders längsgerannt sind!

Selbst den frauenfeindlichsten, frauenverachtendsten Läden auf der Reeperbahn ist kein Härchen gekrümmt worden. Sind Schreie, die niemand wehtun, nicht eher ein Zeichen von Ohnmacht als von Macht ? Wir hätten so viel tun können .....

Uns ist aufgefallen, daß nur ein winziges Häufchen Frauen sprühen wollte. Diese Frauen hatten reichlich Schwierigkeiten: Die Demo war so schnell, daß die sprühenden Frauen immer hinterrennen mußten. Da nur so wenig Frauen fürs Sprühen aus der Demo rausgelaufen sind, sind sie unheimlich aufgefallen. Hätten nicht viel mehr von uns sprühen oder wenigstens mit einer Frau mitlaufen sollen, um sie zu schützen?

Wir haben kaum eine Frau gesehen, die eine Maske aufhatte. So hatten die Bullen wieder eine großartige Gelegenheit, uns alle zu fotografieren und sich damit einen genauen Überblick über die engagierten Frauen von Hamburg zu verschaffen. Übrigens will der hessische Ministerpräsident das Tragen von Masken, Helmen u.ä. bei Demos verbieten! Und der weiß, warum ihm das so wichtig ist! Durch Masken erschweren wir Polizei und Staatsschutz nicht nur ihre Arbeit, sondern schaffen uns auch die Möglichkeit zu spontanem Handeln, z.B. Sprühen, Plakate kleben usw. Achtung! angemalte Gesichter nützen dabei nichts! Frauen mit angemalten Gesichtern können trotzdem erkannt werden, weil dafür Gesichtsmerkmale wie Augenabstand, Nasenform u.ä. wichtig sind. Wir haben selbst Frauen erkannt, obwohl die bemalt waren. Wäre es nicht toll, wenn alle Frauen Masken aufhätten und die Bullen die schönsten Fotos schießen könnten, ohne daß es ihnen nützt?

Was uns unheimlich gestunken hat, war, daß diegänze Zeit Männer mitlaufen konnten, ohne auch nur angemacht zu werden. Die hatten da doch wirklich nichts zu suchen! Nicht einmal dazu hat unsere Ohnmacht ausgereicht?

Warum durften soviele Leute von der Presse fotografieren, und warum ist die bürgerliche Presse überhaupt eingeladen worden? Wir haben doch oft genug erfahren, daß sie über die Frauenbewegung nur Mist schreiben, selbst so „fortschrittliche" Zeitungen wie „Konkret"!

Wir fanden, daß die Fackeln eine gute Idee waren, durch die wir bestimmt Männer abgehalten haben, durch die Demo zu laufen oder Frauen anzugreifen.

Also, Schwestern, laßt uns mal überlegen, wie wir das nächste Mal eine wirkliche Macht darstellen und ausdrücken können! Wir sind keine Friedensfrauen, die trillernd und schreiend durch die Lande ziehen, sondern wir wissen, daß wir uns die Macht, die wir haben wollen, nehmen müssen!

Liebe Grüße von sechs Hexen aus Bremen."

HEIDELBERG
24. Mai

Der Bericht einer Frau, die in Heidelberg mitdemonstrierte:

„Nachdem noch kurz besprochen wurde, wie frau sich bei evtl. Verhaftungen verhalten solle (die Demo war in Heidelberg nicht angemeldet) und wir uns mit Fackeln eingedeckt hatten, zogen wir los. Es war ein Wahnsinnsanblick: die bunten Gesichter, die Fackeln; ein wildes Kreischen und Gröhlen hallte durch die Straßen. Aus Seitengassen strömten weitere Hexen herbei, und ich schätze wir waren so 200 – 300 Frauen. Wir hatten vorher eine Route abgemacht, ansonsten gab es kein Konzept und jede konnte das tun, wozu sie Lust hatte. Wir, die wir als Frauen dazu erzogen werden, alle Aggressionen in uns reinzufressen, z.B. cool zu reagieren, wenn wir von Typen angemacht werden, konnten endlich unsere ganze angestaute Wut herausbrüllen – es machte Spaß!

So tanzten wir singend und Parolen brüllend (Frauen holt euch die N(M)acht zurück) zum Rathausplatz. Da stand in einiger Entfernung ein Bullenwagen, den ich schon vorher in einer Seitenstraße bemerkt hatte. Während alle zienlich unschlüssig herumstanden, stieg ein Bulle aus und ging auf uns zu. Da ich zufällig gerade etwas abseits stand, quatschte er mich an: „Wer ist denn DER(!) Verantwortliche? " Ich erkärte ihm, daß wir alle verantwortlich seien, da es eine Spontandemo sei. Er meinte, das gäbe es nicht und fragte, wie lange das noch dauern sollte. Das konnte ich auch nicht sagen und schlug vor, wir sollten alle Frauen dazu fragen, was die dazu meinten. Darauf sagte er, na gut, wenn Sie's nicht auflösen, lösen wir's auf, mit Gewalt.

...Irgendwie war die allgemeine Stimmung ziemlich chaotisch. Von hinten wurde gebrüllt „weitergehen", weil die meisten gar nicht wußten, was los war. Das einzig Vernünftige wäre es in dieser Situation gewesen, so meinten zu-

mindest ich und ein paar Frauen, sich erstmal alle hinzusetzen, damit die Panikstimmung, die jetzt tatsächlich entstanden war (wegen einem Bullen) und die Verwirrung erstmal geklärt und wir darüber beraten konnten, was wir tun sollten. Also setzten wir uns hin und versuchten, die rumstehenden Frauen auch zum Hinsetzen zu bewegen.

Jetzt wurden wir allerdings als „Wahnsinnige" beschimpft. „Seid ihr verrückt, wir wollen uns doch nicht mit Bullen prügeln", „das haben wir doch nicht nötig" und dann bemerkten wir, daß bereits ein Großteil der Frauen dabei war, sich durch die nächste Seitengasse auf den Heimweg zu machen.

Bei der danach laufenden Diskussion zeigte sich, daß wir auf ziemlich verlorenem Posten standen mit unserer Kritik. Anscheinend war keine Frau in der Lage, zumindest soviel spontane Entscheidungskraft zu haben, um sich an dem Sit-in zu beteiligen. ... Wir (20 Frauen) sind dann noch in die Altstadt gegangen und haben Sex-shops besprüht."

REVOLUTIONÄRE ZELLEN ZUM BRIEF VON HANS JOACHIM KLEIN:

„DIE HUNDE BELLEN UND DIE KARAWANE ZIEHT WEITER"

Hans Joachim Klein hat die Guerilla verlassen. Er hat seinen Entschluß, in der bewaffneten Linken zu kämpfen, zurückgenommen, weil die Konflikte, in die ihn das gestürzt hat, für ihn nur die Aufgabe dieses Kampfes bedeuten konnten. Wir sind betroffen, weil wir versagt haben an dem Punkt, diese Entwicklung, diesen Prozeß bei HJK zu sehen, zu bemerken.

In unseren schriftlichen Äußerungen, vor allem 1975 in unserem Interview, steht, welches unsere Ansprüche sind, sein müssen an Kämpfer der Guerilla: die Notwendigkeit von Vertrauen und Genauigkeit unter den Kämpfern, ohne Konkurrenz, ohne Imageprobleme, ohne Mackertum, ohne jeden Zwang.
Gerade in der Logik der Guerilla liegt es, Widersprüche in den eigenen Reihen zu lösen durch Offenheit, vorbehaltlose Solidarität, Liebe. Nur so bringen wir es überhaupt, diesen Kampf aufzunehmen, zu führen, auszuhalten. Die RZ hat nie jemand gezwungen, gedrückt, reingezogen, verleitet. Die RZ hat nie Genossinnen oder Genossen aufgenommen, nur weil diese getönt haben, „sie seien drauf". Unter uns, zwischen uns und ‚Neuen' läuft der mühsame und langwierige Prozeß, Entscheidungen immer wieder zu überprüfen, sich selbst und sich gegenseitig kennenzulernen, durch Erfahrungen, durch Reden, Reden, Reden, durch kleine Schritte in gemeinsamer Praxis erst herauszubekommen, ob die Identität zwischen Leben und Politik im bewaffneten Kampf wirklich die jedes/jeder Einzelnen ist. Bei HJK haben er und wir das nicht geschafft. Unsere Schwäche, diese Ansprüche nicht immer und umfassend verwirklichen zu können, weil wir keineswegs die tollen neuen Menschen sind, zeigt sich daran auch: es ist nicht gelungen, dieses Verhältnis zu HJK und diese Selbstprüfung von HJK herzustellen; wir haben nicht gesehen, daß HJK sich übernommen hatte, wir haben uns und ihm zuviel durchgehen lassen, wir sind auf ihn abgefahren.

Zum Teil sehen wir erst jetzt, wie der Mensch HJK ‚funktioniert'.
Da er weiß, daß es die Alternative Fighter oder Bulle für uns nicht gibt, hätte er mit uns lösen können, was ihm die Fortführung des bewaffneten Kampfes verunmöglichte, wie er „aussteigt", wie seine Zukunft zu sichern ist. Wir, er, die Linken wissen, daß das Verlassen der Guerilla selbstverständlich immer möglich ist. Jeder, jede hat die Möglichkeit, unauffällig zu leben und zwar mit Unterstützung von allen, mit denen er vorher gekämpft und gelebt hat. Das weiß jeder, der diese Politik anfängt. Gerade Hans Joachim Klein hätte viele Möglichkeiten gehabt. Wie schon viele vor ihm. Er wußte dies, viele unter Euch Linken wissen dies ganz, ganz genau, selbst die bürgerliche Presse weiß dies (siehe Hans Joachim Klein-Artikel der FAZ!)

Den Kampf in der Stadtguerilla aufzuhören, ist kein Verrat. Wider besseres Wissen entblöden sich einige Leute jedoch nicht, das Problem, wie man sich gegen Verräter schützt, gleichzusetzen mit geschichtlichen Ereignissen wie in Kronstadt, der Ukraine, Katalonien, die dadurch gekennzeichnet sind, daß abweichende politische Einstellungen, Praxen beseitigt werden sollten durch Liquidierung der Individuen. Hans Joachim ist für die Guerilla weltweit ein Problem – nicht weil er sich politisch getrennt hat; das kann jeder, ohne daß ihm auch nur ein Haar gekrümmt wird. Er ist ein Problem, weil die Art seines Aussteigens die Befürchtung begründet, daß er auch vor Verrat konkreter Einzelheiten, Strukturen, Treffpunkten, Namen nicht zurückschreckt. Die ersten Namen im Jemand-Brief, die Veröffentlichung angeblicher Pläne, deren Durchführung er angeblich damit vereitelt, sind die ersten Signale – auch für die Bullen, daß er zum Deal bereit ist, wenn er's nicht mehr aushält oder wenn sie ihn erwischen.

Der andere, selbstverständliche Weg hat sich für Hans Joachim Klein verboten. Sein verzweifelter Drang, immer der Größte sein zu müssen, der Top Fighter der King, der Bewunderte, erlaubte ihm das nicht: Schwäche (vermeintliche Schwäche!) zu zeigen, offenzulegen. Er schafft es nur, indem er einen neuen Rahmen wählt, wo er seine Star-Show abziehen kann, wo er seiner Probleme, seiner tiefen Unsicherheit Herr werden kann. Bei seinem jetzigen Publikum ist dies jedoch nur möglich durch Anbieten dessen, was dieses hören will. Das deckt sich jedoch nicht mit seinen alten Erfahrungen mit ihnen, den Erfahrungen mit uns, den Erfahrungen seiner letzten anderthalb Jahre. Daher der Dreck und die Lügen in seinem Brief an Spiegel und Pflasterstrand.

Wir wissen, daß es unmöglich und unsinnig ist, hier die Lügen wie in einem Kriminalprozeß zu widerlegen. Es wäre tatsächlich eine Glaubenssache, vor allem bei den Leuten, die schon seit langem wissen, was sie über die Stadtguerilla glauben wollen. Wir können hier nur sagen, daß gerade die präzisen Hinweise in seinem Brief, wo er unsere Druckausübung auf ihn, unsere faschistischen Überlegungen für menschenverachtende Aktionen, unsere instrumentellen Verhältnisse zu uns, zu ihm, zu ausländischen Befreiungsorganisationen, unsere grönländische Gefühlswelt „beweisen" will, samt und sonders erlogen sind – was er weiß! (An Angie: was hätten Theo und Suse zu all dem gesagt ...?) Aber vielleicht glaubt er's inzwischen selber?

Was macht JEMAND damit? Was macht die Pflasterstrandlinke damit? Sie behaupten, politische Kritik von Staatsschutzaktivität unterscheiden zu können, dem Revolutionär Hans Joachim K. zu helfen. Die Realität ist eine andere.

Der Mensch Hans Joachim Klein ist ihnen scheißegal. Sie sind nicht von „bohrender Genauigkeit", wollen nicht „kennen lernen". In der Logik dieser JEMAND liegt es, ihn zu verheizen, zu instrumentalisieren: er soll benutzt werden, um endlich, endlich der Stadtguerilla in Deutschland den Garaus zu machen.

Auf unsere Realität und Kontinuität in fünf Jahren von Aktionen, Erklärungen, Wirkungen ist von diesen Linken keine politische Kritik gekommen. Es funktionierte und funktioniert durch Unterstellung, Behauptung – und dann

mit dem Hammer drauf auf die kranken Ausgeburten ihrer Phantasie (gerade in Frankfurt könnten wir jede Woche Dementis rausgeben über Dinge, die in der Szene von uns schaudernd kolportiert werden).

Mit uns als wirklichen Menschen, als real existierender Kämpfender Gruppe, mit den politischen Inhalten, mit der Logik von Stadtguerilla wird sich nicht auseinandergesetzt – z.B. Galinski: Ihr fahrt auf Hans Joachim Klein's Horrorstory ab, statt zu überlegen, welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist als nur „jüdischer Gemeindevorsitzender", und: was man dagegen machen müßte und was man in einem Land wie unserem dagegen machen kann... Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt Euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner.

HJK's Brief ist der noch fehlende „Beweis" für den Dreck, den diese Linken absondern, um die Auseinandersetzung mit dem Konzept bewaffneter Widerstand, mit uns, mit sich, mit der Angst in diesem System vermeiden zu können. Vor Haß auf uns geifernd, sortieren, sie jede ‚Information' in ihre vorhandenen Raster ein, wird „kein Blatt mehr vor den Mund genommen" (Pflasterstrandredaktion). Die betreffenden Beiträge in diesem Blatt aus Krankfurt sind Satz für Satz Beweis dafür, für den Selbstbetrug, für den kolonisierten Kopf, für die gestörten Erinnerungen an gemachte Erfahrungen (mit sich, mit uns, mit Hans Joachim Klein), für die hemmungslose Hetze im Versuch, mit allen Möglichkeiten die dünne Basis von Stadtguerilla zu zerstören, für die Bullenmentalität, mit der Hans Joachim zum Mittel ihrer psychologischen und praktischen Kriegsführung gegen uns gemacht wird. Wenn diese Clique politische Bekämpfung durch Verrat an die Bullen – und das heißt Liquidierung von Individuen, heißt Kronstadt – nicht wollte, wenn sie stattdessen Hans Joachim Klein helfen will, dann darf sie ihn nicht bestärken in seiner Rolle als „Revolutionär ", sondern müßte versuchen, ihn aus seiner politischen und psychischen Verzweiflungssituation herauszubringen nicht indem sein Haß geschürt wird, sondern ihm seine Situation klargemacht wird: Die Situation von einem Menschen, der an einer Aktion teilnahm, der eine Politik begann, der er nicht gewachsen war. Der nach dieser Aktion wegen der Bullen (!) nicht mehr zurück kann, der kein legales Leben, keine legale Politik wie die Spontis mehr führen kann, der nur noch zurückgezogen leben kann,heimlich, immer in der Gefahr aufzufliegen, der das ohne Identität als bewaffneter Kämpfer politisch wie psychisch nur sehr, sehr schwer wird aushalten können.

Alles, was jetzt läuft, ~~duetet~~ allerdings an, daß das Gegenteil beabsichtigt ist, weil der Hauptzweck unsere Bekämpfung geworden ist. Doch das wird nicht laufen! Den Bullen, der Justiz , der Vernichtungshaft, der Folter, dem CIA und den Zionisten ist es nicht gelungen, Guerilla in Deutschland und anderswo zu zerstören, weil Widerstand, Kampf nötig sind und bleiben. Das werden Hans Joachim Klein und JEMAND und „die Redaktion" auch nicht schaffen. Die Guerilla läßt sich von Euch zu nichts zwingen; Hans Joachim K. ist für uns nicht die „Reinigung des revolutionären Körpers", die „Beseitigung des Unruheherdes im bewaffneten Alltag", mitnichten, Freunde! Was wir jedoch damit anfangen, wie wir uns dazu verhalten, wie wir uns daran weiterentwickeln, ist unsere Sache, ist eine Sache der politischen Kritik, Selbstkritik und Praxis.
Unsere Aktionen, unsere Erklärungen, unsere Politik, unser Widerstand, unser Leben lassen wir uns nicht von Euch vorschreiben, die Ihr uns mit Verrat, Isolation, Vernichtungshaft droht. Wie Eure bisherige „Kritik", Eure Dreckkübeleien, es nicht vermochten, Stadtguerilla zu verunmöglichen, wird es Eure und HJK's Lügenpropaganda nicht schaffen und werden es Eure kursierenden Namenslisten, Euer geschwätziger Verrat erst recht nicht.

Ihr geht davon aus, daß diese Politik, bei der jeder jederzeit Freiheit oder gar Leben riskiert, einer solch lächerlichen Drohung nachgeben würde. Eure „revolutionäre" Auseinandersetzung – nämlich die Bullen zuhilfe rufen – wird unter Umständen einige von uns hinter Gitter bringen, wenn Ihr so weitermacht; damit werden wir dann allerdings umzugehen wissen. Doch Eure Drohung und Eure Vorbereitungen zu Ihrer Verwirklichung läßt Guerilla in Deutschland nicht verschwinden. Die Guerilla ist nicht erpreßbar.

24.5.77 Revolutionäre Zellen."

VERANSTALTUNG ZUM 10. JAHRESTAG DER ERSCHIESSUNG BENNO OHNESORGS

WESTBERLIN
26. Mai

Zum 2. Juni werden in der ganzen BRD Veranstaltungen, Demonstrationen und größere Diskussionen organisiert werden. Auf der Heidelberger Demonstration gegen die Landeshochschulgesetze und politische Repression war der Vorschlag einer nationalen Demonstraion in Westberlin gemacht worden. Dieser Vorschlag konnte nicht realisiert werden.

WESTBERLIN

2. Juni Demonstration, 17 Uhr Wittenbergplatz

4. Juni Podiumsdiskussion: Großer Hörsaal der Freien Universität 14 Uhr 30, Teilnehmer u.a. Rudi Dutschke/Willi Hoss (Daimler-Stuttgart) Otto Schilly/Arno Klönne/Joh. Agnoli/ Ekkh. Krippendorf
Veranstalter: Langer Marsch/Sozialistisches Büro-Westb./Cisnu/ Aktionskommitee gegen Berufsverbote/UStA

ZIVILDIENSTLEISTENDE FÜR EIN RUSSELL-TRIBUNAL

FRANKFURT
8. Mai

Die folgende Resolution wurde auf der 2. Bundesdelegiertenkonferenz, die am 7./8. Mai in Frankfurt stattfand, mit nur wenigen Gegenstimmen verabschiedet.

„Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) begrüßt die Initiative zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD und ist erfreut über die erreichte Breite der unterstützenden Kräfte.
Gleichzeitig weist die SOdZDL auf die zunehmende Militarisierung und Repression im Zivildienst hin, die in der geplanten Kasernierung ihren einstweiligen Höhepunkt findet.

Wir richten zu dem Tribunal eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit der Repression im Zivildienst auseinandersetzt, um dem Tribunal Material vorzulegen.

Wir fordern die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienst-Gegner (DFG–VG) und die Berufsverbotekommitees auf, ebenfalls das Tribunal zu unterstützen."

'EXTREMISTISCHE' LISTEN IM UMLAUF

BREMEN 25. Mai — Klage beim Verwaltungsgericht gegen die Freie Hansestadt Bremen vertreten durch den Senator für Inneres, hat der Ortsverein der Gesellschaft für Deutsch-Chinesiches Freundschaft (CDCF) erhoben.

. Innensenator Fröhlich hat am 5. April auf der Landespressekonferenz eine Liste von Parteien und Organisationen verteilen lassen, die er als 'extremistisch' einstuft. Auf dieser Liste wird als 'linksextremistisch' auch die GDCF aufgeführt. Der Verein erblickt darin eine Beeinträchtigung seiner Tätigkeit, deren Ziel es ist, die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk zu fördern. Der Vorwurf des 'Linksextremismus' ist darüber hinaus geeignet, die über 230 Mitglieder des örtlichen Vereins einzuschüchtern, sie in ihrer beruflichen Existenz zu gefährden und Interessenten von der Teilnahme an Veranstaltungen der GDCF abzuhalten. Angesichts der Untragbarkeit und Ungeheuerlichkeit des Vorwurfs und der damit verbundenen Behinderung von Bestrebungen zur Völkerverständigung, zu der sich die Bremer Landesverfassung in Artikel 65 bekennt, hat der Vorstand des Vereins den Innensenator aufgefordert, 'eine angemessene Korrektur in der Weise (vorzunehmen), daß die öffentlich erhobene Beschuldigung zurückgenommen und öffentlich richtiggestellt wird'. Dieser Aufforderung ist Senator Fröhlich nicht nachgekommen; er hat der GDCF in einem Schreiben vom 20. April lediglich bestätigt, es werde 'nicht behauptet, daß Zweck oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten'. Die GDCF klagt deshalb - wie angekündigt - auf Widerruf und Unterlassung der Beschuldigung des 'Linksextremismus'.

WER NICHT HÖREN WILL, MUSS ZAHLEN

NEU-ISENBURG 20. Mai — Aufgrund der Besetzung der Ausländerberatungsstelle bei der Stadt Neu-Isenburg durch die Sozialarbeiter SVEN und HORST im Sommer 1976, gegen die unsoziale Ausländerpolitik der Stadt und der anschließenden fristlosen Kündigung (s. ID Nr. 133, 134, 142, 144), folgte dann der Arbeitsgerichtsprozeß. Für Horst wurde die fristlose Kündigung wieder zurückgezogen. Sven hingegen blieb gekündigt und muß jetzt, seit 1.5.77, die Gerichtskosten tragen, und zusätzlich hat ihm die Stadt noch Reparaturkosten wegen der Besetzung auferlegt. Frist bis 1.6.77, ansonsten ergeht gerichtlicher Zahlungsbefehl.

Gerichtskosten betragen:	350.70 DM
Reperaturkosten:	517.44 DM
zusammen:	868.14 DM

Wir meinen, daß jede Repression, gegen Einzelne gerichtet, uns ALLE betrifft. Allein machen sie dich ein. Gemeinsam können wir uns aber stärker zur Wehr setzen. Eine Spende ist auch ein Teil davon.

Ausländerberatungsstelle des Multinationalen Kulturzentrums Kronengasse 22, Tel. 34251, 6078 Neu-Isenburg, Kto. Volksbank Neu-Isenburg 21 221.

Außerdem machen wir am 4.6.77 eine Veranstaltung zum Fascho-Terror und der allgemeinen politischen Lage in der Türkei. Diese Veranstaltung läuft im Club Voltaire Neu-Isenburg, Friedrichstr. 43 (Ecke Bethovenstr.) mit: Jürgen Roth und vielen palästinensischen und deutschen Genossen, Musi, Essen und Trinken.

„DURCHBLICK" NR. 5 ERSCHIENEN

Trotz allem: die autonome Gefangenenzeitung „Durchblick" ist zum fünften Mal in Berlin-Tegel erschienen (S. ID 174, 176). Auf Seite 1 schreiben die Herausgeber:

„Liebe Leute,

nicht durch naturbedingte, aber durch „justizvollzugsanstaltspezifische" Schwierigkeiten ist einmonatliches Erscheinen des Durchblicks nicht immer gewährleistet. Aber weil wir ungebrochene Optimisten sind und wissen, daß der Durchblick langsam aber stetig ein festes Fundament unter uns Gefangenen bekommt – eben weil wir begreifen, daß der Durchblick, im Gegensatz zu einem berüchtigten glaubrechteigenen Vollzugsnachrichtendienst namens „Lichtblick" oder so ähnlich, unsere Zeitung ist – haltet ihr jetzt die fünfte Ausgabe in den Händen. Laßt euch ansprechen.

Am 29.1.77 in der Radiosendung „Freiheit hinter Mauern" auf SFB I benutzte Glaubrecht unter Hinweis auf die Tegeler Gefangenenpresse besitzanzeigende Fürwörter: er sprach u.a. von meiner Gefangenenzeitung und meinte damit den „Lichtblick".

Wir Durchblicker lassen Glaubrechts Besitz rechts liegen, vorläufig, und betonen nochmals:
Der Durchblick gehört allen Gefangenen, d.h. jeder, der Bock dazu aht, kann im Durchblick schreiben und vor allen Dingen, er kann alles schreiben, was er so im Kopf hat. Auf formalen Dingen wie Rechtschreibung, Stil, Ausdruck etc. liegt dabei der geringste Wert! Wir wollen kein literarisches Fachblatt für Knackis! Wir wollen auf die Scheißdinger aufmerksam machen, die einersits bei der praktischen Umsetzung baumännischer Reformgespinste in vollzugszuträgliche Verschlechterungen und andererseits aus dem bewährten Vollstreckungsprogramm alteingesessener Schreibtischstrategen sich ergeben.

Solche kritischen Aktivitäten sind der Vollzugsbürokratie natürlich ein Dorn im wachsamen Glubschauge. Allen voran Baumann, von dem wir wissen, daß er von allen bisher erschienen Durchblick-Nummern je ein Exemplar fein säuberlich in seiner untersten Schreibtischschublade verwahrt und sie nur unter bedrohlich klingenden Warnungen an Parteikomplices zur Einsicht herausrückt – allen voran also Baumann reagiert auf den Durchblick hysterisch bis gemeingefährlich: z.B. schickte er an sämtliche Berliner Haftanstalten einen Rundbrief, in dem er auf den Durchblick aufmerksam macht und dessen Rauschgiftcharakter betont: in Zukunft aoll nämlich der Durchblick–Besitz bereits strafbar sein!

Baumanns Reaktion ist ein Wertmesser für die kritische Qualität des Durchblick!

Wenn der Durchblick eine Strafe wert, der Durchblick aber die Stimme des wachen Gefangenen ist, heißt das:
Wer sich eine eigene Meinung zuschulden kommen läßt, fällt unter das Betäubungsmittelgesetz! Wer nicht das Maul hält und kein angepaßter Häftling sein will, wird mit Schlagstöcken nicht unter drei Monaten in der Isolierung Moabit betäubt:
– So geschehen mit Hans Sontag, der am 23.12.76 nach Moabit verschleppt wurde und seitdem dort behandlungsvollzogen wird,
– So geschehen mit Uwe Drowski und Karl-Heinz Neundorf, die am 16.3.77 nach Moabit gekarrt und dort zur Betäubung freigegeben wurden.
Die drei befinden aich zur Zeit im Hungerstreik.

Wir hoffen, auch für die wird demnächst das „Recht auf Strafhaft" wieder berauschende Wirklichkeit.

WIR LASSEN UNS NICHT MUNDTOT MACHEN!"

SCHUSS AUS POLIZEIWAFFE TRIFFT SCHÜLER

LEMGO
21. Mai

Am Mittwoch, dem 5. Mai 1977, ereignete sich in Lemgo folgender „Zwischenfall“: Um 21.30 Uhr traf die Polizei, von einem Nachbarn benachrichtigt, an einem Grundstück am Stadtrand ein, weil fünf Schüler im Alter von 15 und 16 Jahren mit einem nicht zugelassenen PKW auf einem Privatgelände und einem gesperrten Waldweg Fahrübungen machten. Die übereifrigen Polizisten stellten einige der Jugendlichen vor einem erleuchteten Garagenplatz. Die Jugendlichen leisteten keinen Widerstand, trotzdem wurden die Schüler mit entsicherten Waffen bedroht. Dabei löste sich ein Schuß, der einen 16jährigen in den Unterschenkel traf. Entgegen aller Vernunft wurde dieser Junge dann nicht etwa in das naheliegende Krankenhaus, sondern gefesselt und unverbunden auf die Polizeiwache gebracht. Erst nach langem Zögern wurde er dann ins Krankenhaus gebracht. Die Polizisten gaben an, mit Waffen versehene „Terroristen“ vor sich zu haben. Wenig später wurde eine Demonstration durchgeführt, eine geplante Podiumsdiskussion, u. a. mit Vertretern der Polizei, wurde von Polizeiseite jedoch gemieden.

THEATER UM KNAST-THEATER

CASTROP-RAUXEL
19. Mai

Der Meisenhof in Ickern ist eine offene Haftanstalt für Erwachsene. Das heißt: Gefangene dürfen draußen arbeiten oder zur Schule gehen. Im Meisenhof existiert seit Januar 76 eine Gruppe, die ein Theaterstück geschrieben hat, “Alles einschließen”, und selbst aufführt.

Über die Schwierigkeiten, die der Gruppe beim Aufführen des Stücks gemacht werden, schreiben sie in einer Pressemitteilung:

„ .... *Vor 1 1/2 Jahren entstand in der Justizvollzugsanstalt Castrop-Rauxel eine Theatergruppe von Strafgefangenen und Auswärtigen, die sich zum Ziel gesetzt haben, ein Stück zu verfassen und zur Aufführung zu bringen.*

Inhalt: Die Beschreibung des Knastalltags einer geschlossenen Anstalt aus der Sicht der Betroffenen.

Wir beschreiben in dem Stück Alltägliches: Die Einlieferung eines gerade Verurteilten, ehemaligen Mitbürgers in die Zelle; die 'medizinische' Versorgung, die jeden Tierschutzverein auf die Barrikaden gehen ließe; die Arbeitszuweisung nach berufsfremden Kriterien; den achtstündigen Arbeitstag, der maximal mit dem halben Stundenlohn eines Hilfsarbeiters für den ganzen Tag 'belohnt' wird, etc.

Ende letzten Jahres erlebte das Stück seine Premiere anläßlich der Strafvollzugswochen der VHS Dortmund und eine weitere Aufführung im Studio des Westfälischen Landestheaters, von dem Mitarbeiter unser Projekt unterstützten.

Das Stück wurde mit großer Resonanz bei den Zuschauern aufgenommen, was sich durch die unerwartet starke Beteiligung an den sich anschließenden lebhaften Diskussionen herausstellte, wie auch durch zahlreiche Einladungen von Schulen, Hochschulen und Institutionen des gesamten Bundesgebietes (u.a. liegt eine Einladung zur Aufführung zum Ev. Kirchentag 1977 vor).

Um diese Aufführungen möglich zu machen, stellten wir am 31.1.77 einen Antrag zur Freistellung der inhaftierten Darsteller für die Veranstaltungen an das Justizministerium in Düsseldorf.

Den ablehnenden Bescheid erhielten wir vom Justizvollzugspräsidenten in Hamm, dem unser Antrag zur Bearbeitung weitergeleitet worden war. Zudem schon nach drei Monaten.

Erstaunt hat uns die Begründung: „Wenn tatsächlich erst die Übertragung wichtiger Rollen auf Gefangene dem Stück den glaubwürdigen Charakter geben könnte, müßten Gefangene des geschlossenen Vollzuges mitwirken und nicht solche, die infolge kürzeren oder längeren Aufenthaltes in Castrop-Rauxel den Eindrücken des geschlossenen Vollzuges bereits entwachsen sind.“

Die inhaftierten Mitglieder unserer Gruppe haben im Durchschnitt drei Jahre in festen Anstalten verbracht und im Durchschnitt nur ein Jahr im gemäßigten offenen Strafvollzug. Diese drei Jahre werden sie wohl kaum vergessen können, selbst wenn sie wollten.

Weiterhin: nur jeder 20. Gefangene in NRW kommt jemals in den Genuß des offenen Vollzugs und das auch nur nach meistens langjähriger Haft in den ehemaligen Zuchthäusern.

Wir lehnen den negativen Bescheid als fadenscheinig, unqualifiziert und zynisch ab und fordern den Justizminister des Landes als vorgesetzte Instanz auf, diese Entscheidung zu revidieren und unserem Antrag auf Freistellung für die mitwirkenden Gefangenen zu entsprechen, um weitere Aufführungen des Stückes zu ermöglichen.

Durch Unterschriftsaktionen beabsichtigen wir, mit Hilfe der uns zugänglichen Öffentlichkeit, unserer Forderung stärkeren Nachdruck zu verleihen.

Unterschriftslisten können angefordert oder direkte Befürwortungen weiterer Aufführungen gerichtet werden an:

Horst Schäfer, Lönsstr. 21,
462 Castrop-Rauxel
Tel.: 02305 / 20 943 oder

Christoph Spranke
Wörthstr. 4, 46 Dortmund 1

Noch ein Aspekt unserer Öffentlichkeitsarbeit: Über unsere Gruppe und das Stück haben wir ein Buch geschrieben. Es enthält Hintergrundmaterial zu den einzelnen Szenen, Probenfotos und Grafiken (zum Thema: Erlebniswelt eines Inhaftierten) eines inhaftierten Gruppenmitgliedes (Grafiker).
Zu beziehen zum Solidaritätspreis von **5 DM bei:**

Theatergruppe Meisenhof
c/o Wilfried Harmss-Ensink
Ruhrallee 62, 46 Dortmund

Spendenkonto: PschKto. Dortmund 16 11 60 - 467, unter obiger Anschrift.

Theaterkollektiv Meisenhof“

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

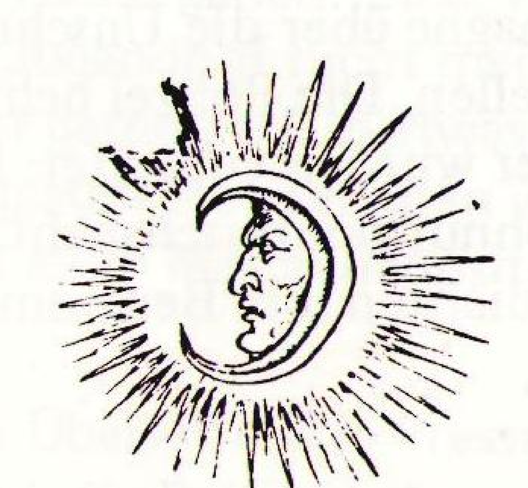
Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch

reisende in sachen 'terror'

für gabi

sie wurde in rom
gesehen in tripolis wien
auf korfu und mykonos
zur gleichen zeit beschwört
der israelische geheimdienst
war sie in entebbe dabei
fünf zeugen erklären
an eides statt
sie gesichtet zu haben
in australien auf dem weg
nach Montreal dort ein
entsetzliches blut-
bad anzurichten sie richtet
die panzerfaust auf startende
flugzeuge in paris und hätte auch fast
den papst entführt
und wenn nicht den
dann einen von der schweizer garde
das fbi rät mondale
vatermörder zu tragen
sie habe vor seinen hals
durchzubeißen in hongkong
wurde sie gesehen messer
schleifen mit idi amin
im ring auf gaddhafis gebetsteppich
sich aalen auf dem kudamm
in der kanalisation
unter den champs elysees
ein stiernackiger sheriff schwört
stein und bein
sie habe erdnüsse vergiften wollen
des neuen präsidenten
und bayern münchen präsentiert
einen brief darin sie fordert
eine million andernfalls
amputiere sie beckenbauers
rechtes bein
sie wurde in athen gesehen
beim klauen einiger scheichs
in wien mit schnorchel
im brahmsee auf der jagd
nach schmidtchen schleicher
zur gleichen zeit erklärt
das MI 5 fast habe man sie
ertappt beim diebstahl
von englands kronjuwelen
aber das
kann nicht stimmen
da war sie bei mir
im knast
und ich bin noch lächelnd
erwacht: sie hat
die lustigsten kniekehlen
der welt und mit diesen
versetzte sie mich
in angst
& schrecken

p.p. zahl



STADT HEIDELBERG KÜNDIGT FREE CLINIC

HEIDELBERG
26. Mai

Die Free Clinic Heidelberg ist mal wieder bedroht (siehe ID 114, 130). Zur momentanen Situation schickten uns die Mitarbeiter diesen Bericht:

„.... Wir sind ein selbstorganisiertes Projekt, das seit etwa 5 Jahren besteht. Entstanden aus dem ehemaligen Release hier mit vielen Impulsen aus der Drogenscene und der auslaufenden Studentenbewegung (SPK). Wir definieren unsere Arbeit als medizinische, psychosoziale Beratungsstelle für drogengefährdete Jugendliche. Das lief bisher ganz gut, wir hatten Gelder von Bund, Land, Stadt, Spenden und Gelder von Krankenscheinabrechnungen.

Wir sind 14 Leute, die bezahlt sind, und zwischen 40 und 60, die ehrenamtlich arbeiten. Dabei machen wir nicht nur Sozialarbeit, sondern wir schauen drauf, daß die ganze Sache auch für uns ein Stpck neues, alternatives Leben ist, d.h.: Vollversammlungsdemokratie; gleiche Gehälter, egal ob Arzt oder Ungelernter, Selbsterfahrungsgruppen und manchmal sowas wie liebevoller Umgang miteinander. Für die Leute, die herkommen, haben wir eine medizinische Ambulanz, in der es keine weißen Kittel gibt, viel Zeit für Fragen und ein bißchen alternative Mdizinmethoden; ein Gruppenprogramm, das ungefähr wie ein selbstverwaltetes groth-center funktioniert; eine Gruppe, die Einzeltherapien macht; eine Frauenselbsthilfegruppe; einen Kommunikationsraum und eine juristische Beratung. Das hat bis jetzt alles mit einer ziemlichen Dynamik funktioniert und die Free Clinic ist zu einem der Zentren in Heidelberg geworden, von denen Anregungen für alternative Lebensformen ausgehen und in denen diese auch gelebt werden.

Aber jetzt hat's gerummst:

Der Bund hat uns die Fördergelder gestrichen (durchschnittlich 150.000 Mark im Jahr). Hintergrund: das Bundesministerium für Jugend, Gesundheit und Familie hat zu Beginn der Siebzigerjahre erkannt, daß die Drogenscene und die darin entstandene Releasebewegung zu einer brisanten politischen Bewegung zu werden begann. Daher startete sie mit Hilfe des Max-Planck-Instituts/München ein wissenschaftlich ausgeklügeltes Integrationsprogramm, das zum Ziel hatte, die selbstverwalteten und selbstorganisierten Drogenberatungsstellen zu zerschlagen, um sie durch systemgerechte sozialtechnologische Terminals zu ersetzen. Der Bund hat sein Ziel ereicht:
Von den insgesamt weit über 60 Beratungsstellen, die im Laufe der Zeit gefördert wurden, werden wahrscheinlich nur noch 8 übrigbleiben: mit Verhaltenstherapie, strenger Arbeitsteilung, Hierarchie und Effizienzkontrollen. Da wir mit unseren Vorstellungen von Basisdemokratie, Auflösung von Qualifikationshierarchien, Identität von Arbeitszeit und Freizeit, humanistischer Psxchologie und dem Grundsatz „Demokratie vor Effizienz" ziemlich renitent aufgetreten sind, sind wir jetzt auch mit einer fadenscheinigen Begründung von der Weiterförderung ausgeschlossen worden.

Das ist aber im Augenblick nicht so dringend, weil wir mit den Geldern noch bis Ende 78 auskommen. Was uns im Augenblick noch mehr Sorgen macht, ist die Verwaltung der Stadt Heidelberg mit dem OB Zundel an der Spitze. Die hat sich nämlich in den Kopf gesetzt, uns bis Ende des Jahres zu liquidieren:

Die Stadt ließ uns jahrelang so einigermaßen unbehelligt machen, was wir für richtig hielten. Seit dem Herbst 76, als für die Stadt ungefähr abzusehen war, daß wir der schon gestarteten Altstadtsanierung im Wege sein würden, ging die Hölle los. Hauptsächlich geilt sich die Stadt daran auf, daß wir 'Drogenarbeit' nicht vom Heroin her definieren, also von einem Stoff, sondern von einem umfassenden Suchtverhalten unserer Gesellschaft. Sie meint, unsere Definition widerspreche den Be-

dingungen des Überlassungsvertrages, den wir mit ihr für unsere Räume abgeschlossen hatten.

Am 16.5. hat nun die Stadt ein Kündigungsschreiben an uns datiert. Am 17.5. erscheint – welch ein Zufall – in der Rhein-Neckar-Zeitung (der Hauspostille von OB Zundel) ein irres Pam phlet der CDU gegen die Free Clinic, so in dem Tenor: wehrst

phlet der CDU gegen die Free Clinic, so in dem Tenor: wehret den Anfängen! Wir hatten schonmal ein SPK in Heidelberg! Und am 18.5. kriegen wir die Kündigung ins Haus. Seitdem verbreitet die Stadtverwaltung und die CDU eine Verleumdung nach der anderen über uns und wir können uns kaum wehren, weil wir in die lokale Presse kaum reinkommen. Da wir bisher viel und gute Öffentlichkeitsarbeit gemacht hatten, ist es für den OB unmöglich, uns einfach wegzusanieren. Daher versucht er, die fristgerechte Kündigung unserer Räume zum 31.12. wegen der Altstadtsanierung (hier soll ein Boutikenviertel entstehen) durch die fristlose Kündigung wegen einer angeblichen Mietvertragsverletzung zu vertuschen.

Wir setzen unsere ganze Hoffnung darauf, den Prozeß um die Räumungsklage zu gewinnen. Wenn wir verlieren, sind wir eventuell schon Ende Juni kaputt. Dann hat Heidelberg allmählich Ruhe von autonomen Basisgruppen: erst die selbstverwalteten Kindergärten abserviert, dann die selbstverwalteten Studentenheime (Siblyhaus, Collegium Akademicum, Studentenwohnheim Brunnengasse) und die Free Clinic.

Leute! Besonders die, die Ihr schon mal bei uns wart oder bei uns gearbeitet habt: schickt entsprechende Leserbriefe an die 'Rhein-Neckar-Zeitung' und das 'Heidelberger Tageblatt' z.Hd.v. Herrn Oberbürgermeister Zundel!!! Schickt uns dann bitte eine Kopie davon.

FREE CLINIC, BRUNNENGASSE 20–24, 69 HEIDELBERG

EIN JAHR NACH DER SOMMERREISE: VERFAHREN GEGEN GERARD STRECKER EINGESTELLT

FRANKFURT
26. Mai

Am 10. Mai wurde das Ermittlungsverfahren gegen Gerard Strecker wegen versuchten Mordes und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung eingestellt.

Er war am 14. Mai 76, vier Tage nach der Demonstration zum Tod von Ulrike Meinhof zusammen mit dreizehn anderen verhaftet worden als der Werfer des Molotow-Cocktails auf den Polizisten Jürgen Weber. (s.ID 127)

Bereits im Februar dieses Jahres wurden die Ermittlungsverfahren gegen alle weiteren Mitverhafteten der Polizeiaktion vom 14.5.76 eingestellt; im April hatte das Landgericht Ffm. die Anklage gegen Gisela Ickler abgewiesen.

Damit ist eindeutig dokumentiert, daß die gesamte polizeiliche Fahndungs- und Verhaftungsaktion ohne jegliches konkretes Belastungs- und Beweismaterial durchgeführt wurde. Damit ist auch klar, daß die Bildung der Sonderkommission am 12. Mai unter Staatssekretär Werner und die Ermittlungen unter einem aus politischen Gründen resultierendem Erfolgszwang standen, und darüber hinaus darauf abzielte die Frankfurter Linke einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

Der einzige Anhaltspunkt, den die Polizei für ihre Verhaftungsaktion vom 14.5.76 hatte, waren zwei anonyme Anrufe. Ohne jegliche Überprüfung der Behauptungen noch die Identität des unbekannten Anrufers festzustellen, wurden ein Teil der so denunzierten Personen verhaftet, ihre Wohnungen durchsucht und teilweise zerstört (Elektroladen). In Fernsehen und Tageszeitungen wurden die Bilder der Verhafteten gezeigt, man sprach von eindeutig überführten Tätern. Die Terroristenhetze in Frankfurt war auf ihrem Höhepunkt.

Dem Eindruck dieser Vorverurteilung konnte sich auch der Haftprüfungsric hter nicht entziehen. Obwohl Gerard für Tatzeit und Tatort ein eindeutiges Alibi vorlegen konnte, das auch von drei Zeugen sofort bestätigt wurde, kam er in Untersuchungshaft .

Bezeichnenderweise hörte sich der ermittelnde Staatsanwalt Kramer die Aussagen der Entlastungszeugen erst gar nicht an; er verließ den Raum mit der Bemerkung „er habe wichtigeres zu tun".

Die Mitverhafteten wurden nach z.T. nur minutendauernder Haftprüfung, z.T. sogar ohne Haftprüfung entlassen.

Während der zweiten Haftprüfung am 24.5.76 legte die Staatsanwaltschaft zum erstenmal den Inhalt der belastenden Zeugenaussagen offen: ein einziger Zeuge will Gerard mit 80% iger Sicherheit erkannt haben, die beiden anderen Zeugen konnten sich in keinster Weise festlegen. Ohne Vernehmung der der zahlreichen Entlastungszeugen wurde die Untersuchungshaft nach viertelstündiger Verhandlung aufgehoben.

Dennoch wurde nach außen das Weiterbestehen erheblicher Verdachtsmomente suggeriert und vom größten Teil der Presse verbreitet, und zwar durch die Hervorhebung des Weiterbestehens „hinreichenden Tatverdachts" und der mit Sicherheit möglichen Anklageerhebung (STA Kramer).

Dieser nach außen zur Schau gestellten Sicherheit entsprach keineswegs der innere Zustand der Ermittlungsbehörden. STA Kramer wurde kurz darauf von der weiteren Ermittlungsarbeit „entpflichtet" und STA Broschat übernahm den Fall. Staatssekretär Werner ging plötzlich in Urlaub.

Zwei Monate später wurde Gisela Ickler verhaftet. Zuerst sprach die Polizei ebenfalls von erdrückendem Beweismaterial, im April aber hielt das Landgericht Ffm. eben dieses Beweismaterial für äußerst fragwürdig und nichtssagend, so daß die Anklage von ihm zurückgewiesen wurde (s.ID 171).

Neben den unmittelbar Betroffenen wurden auch diejenigen, die sich öffentlich für Gerard einsetzten, von Repressionen betroffen. Uniprofessor Rütten, der den Demonstrationsaufruf mitunterzeichnet hatte, wurde disziplinarrechtlich belangt und erhielt einen Verweis wegen Verstoßes gegen die Beamten auferlegte Mäßigungspflicht. Gegen Rechtsanwältin Hornischer wurde versucht wegen einzelner Äußerungen in ihrer Römerbergrede ein Ehrengerichtsverfahren einzuleiten. Gegen Cohn-Bendit wurde Strafanezige gestellt, weil er Müller aufgrund seiner Tatsachenbehauptungen über die Verdächtigten einen „Gangster und Lügner" genannt hatte. Daß Müller damals objektiv gelogen hatte, ist inzwischen nicht mehr abzustreiten.

Die Strafanzeige gegen Staatssekretär Werner, PP Müller, STA Kramer, Polizeisprecher Neitzel und Schlittschuhreporter Rauschenbach wegen Rechtsbeugung, übler Nachrede, Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz wurden mit der Begründung abgelehnt, daß die betroffenen Personen, aufgrund des damaligen Ermittlungsstandes, rechtmäßig gehandelt hätten.

Während der zehntägigen Untersuchungshaft versuchte eine breite Kampagne über die Unschuld Gerards Gegenöffentlichkeit herzustellen. Die Polizei behinderte dies mit allen Mitteln, Plakatekleber wurden verhaftet, Entlastungszeugen verdächtigt und ihre Wohnungen durchsucht. Polizei und Presse sprachen von sich verdichtendem Beweismaterial.

DER RECHTSSTAAT IN AKTION: ÜBERFALL AUF DEN JUGENDHOF

ODENTHAL 18. Mai *Mitglieder des Jugendhofs Odenthal-Klev berichten:*

„Um 7.50 Uhr am Morgen des 18. Mai wurde der Jugendhof in Odenthal-Klev von rund 50 schwerbewaffneten Polizeibeamten überfallen. Mit entsicherten Maschinenpistolen, Äxten, Spitzhacken, Steigleitern und Schutz schilden bewaffnet drangen sie in das Haus ein. Mehrere Jugendliche und ein Verantwortlicher, die auf dem Weg zum Schulbus waren, wurden in der Haustür mit Maschinenpistolen bedroht. Ohne Erklärung wurden sie an die Wand gedrängt.

Ein Teil der Beamten drang in das Haus ein. Dort rissen sie noch schlafende Jugendliche an den Haaren aus den Betten, traten sie aus dem Bett oder drängten sie mit dem Lauf ihrer entsicherten MP's nach draussen. In das Zimmer, in dem ein Körperbehinderter wohnt, drangen sie über eine Steigleiter ein. Dann zertrümmerten sie das Bett des jungen Mannes und zwangen ihn, eine MP im Rücken, eine Treppe hinunterzugehen. Weil ihnen das nicht schnell genug ging, stiessen sie ihn mit dem Lauf hinunter und forderten: „Mach schneller als sonst!

Schließlich standen alle 15 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 22 Jahren sowie die zwei Verantwortlichen des Jugendhofes vor dem Haus, Hände an der Wand, Beine gespreizt. Die Jugendlichen, die noch in den Betten gelegen hatten, standen in Unterhose und Badehose mit nackten Füssen in der Kälte. Sie zitterten vor Kälte und Angst vor den uniformierten Gewalttätern. Draussen mußten wir dann hilf- und wehrlos mit anhören, wie im Inneren des Hauses Scheiben klirrten, Holz krachte... Später stellten wir fest, daß bis auf ein Bett alle Betten zerstört worden waren, der Fußboden und die Decke waren teilweise eingerissen, Türen waren aus der Füllung gehackt oder völlig zerstört. Fenster waren kaputtgeschlagen. Das ganze Haus sah von innen wie eine Ruine aus. Jeder Schrank war umgekippt und ausgeräumt. Die Beamten hatten jede Menge sinnloser Zerstörungen angerichtet.

Draußen vor der Tür mussten wir in der Zeit, in der diese, wie wir später von Presseleuten hörten, vom MEK-Köln stammenden Personen, das Haus zerstörten, wie Vieh dastehen.

Wir hatten keine Rechte mehr. Die demokratische Verfassung dieses Rechtsstaates hatte für die Bewohner des Jugendhofes um 7.50 Uhr aufgehört zu existieren.

Fragte einer von uns nach dem Grund des Einsatzes, so erhielt er eine Fußtritt oder einen Schlag ins Gesicht, oder der Lauf einer MP bohrte sich in Bauch und Rücken.

Dann trennten uns die Bullen in zwei Gruppen. Niemand durfte reden. Niemand durfte auf die Toilette. Wenn einer was sagte, hielt ihm ein Polizist die Pistole unter die Nase und schnautzte ihn an: „Du hälst jetzt den Mund, du hast nur zu antworten, wenn du was gefragt wirst. Ansonsten hast du nichts zu sagen." Dann wurden Personalausweise verlangt. Da die Leute in der Unterhose keine Ausweise hatten, wurde festgestellt, daß sie keinen Ausweis besitzen, also wurden sie mit zur Wache ins 13 km entfernte Gladbach gekarrt. Dort wurde z.B. ein Mitarbeiter dreimal gefragt: „Herr Faßbender, wie heißen Sie? " Nach dieser Personenkontrolle, nachdem ein Mitarbeiter des Jugendamtes die Bewohner des Jugendhofes identifiziert hatte, durften die sieben zu Fuß nach Hause gehen. Eine Verbindung zur Außenwelt bestand für den Jugendhof nicht mehr. Telefon gesperrt, Strasse für den Verkehr gesperrt. Ein etwas neunjähriger Nachbarsjunge, der neugierig zum Hof gelaufen war, wurde ebenfalls mit Drohgebärden mit einer Maschinenpsitole vom Hof gejagt.

Und die Erklärung für diesen Überfall? Ein Pressemann erklärte uns am frühen Nachmittag, die Polizei habe aufgrund eines anonymen Anrufs bei uns den Anarchisten Christian Klar gesucht.

Der Überfall hatte allerdings eine kurze Vorgeschichte: am Tage vorher, am 17. Mai, hatten Jugendliche bemerkt, daß der Hof von fremden Männern mit Ferngläsern beobachtet werde. Die Jugendlichen guckten sich diese Männer genauer an und stellten fest, daß sie mit etwa vier oder fünf Autos mit privaten Kennzeichen in der Nähe parkten. Die Wagen waren mit Funk ausgerüstet. Wir fotographierten diese Wagen.

Unsere Kameras wurden bei dem Überfall am 18. Mai beschlagnahmt. Die Filme vom Vortag waren noch in den Kameras.

Der Presse gegenüber hat die Polizei erklärt, daß eine Observierung nie stattgefunden habe. Nachdem der Überfall vorbei war und wir wieder einigermaßen klar denken konnten, riefen wir im Düsseldorfer Innenministerium an, um Beamte anzufordern, die den Schaden, den diese Polizeimaßnahme angerichtet hatte, feststellen zu lassen.

Wir wurden an den Regierungspräsidenten/Köln verwiesen. Dort teilte uns Dr. Thilo mit: „Zu Ihnen ist das Ordnungsamt unterwegs, weil festgestellt worden ist, daß Sie nicht über einen ausreichenden Brandschutz verfügen!" Einen Beamten, der den angerichteten Schaden feststellt, hatte der Mann nicht.

Damit erhielt die kaltschnäuzige Brutalität, der Zynismus und und die totale Menschenverachtung der Polizeibeamten noch ihren Schlußpunkt. Denn, um einen persönlichen Eindruck von uns darzustellen, dies war das Schlimmste: das Gefühl, total ausgeliefert zu sein. Wir waren in den Augen der Polizei nicht mehr wert als Vieh. Wir durften nichts sagen, entsicherte Waffen waren auf uns gerichtet. Und dann mussten wir uns stumm die widerlich arroganten Bemerkungen anhören.

Den seelischen Knacks, den einige mitgekriegt haben, können wir nicht abschätzen. Vertrauen in diesen Staat? Wer kann das noch haben nach einer solchen Aktion ? Der materielle Schaden: 8.000.- DM."

Jugendhof Verein Kollektiv, 5068 Odenthal Klev, Tel.02202-79663

ZUM OTTO/ROTH–PROZESS

KÖLN 26. Mai Am 23. Mai 77 gab Roland Otto eine Erklärung ab:

„Mir war schon vor Beginn des Prozesses klar, daß spätestens nachdem bekannt werden wird, daß die Mordanklage zusammengebrochen ist, eine Hetzkampagne gegen die beiden Angeklagten einsetzen wird, daß diese Hetzkampagne gegen die beiden Angeklagten eine Progromstimmung erzeugen soll, die nach lebenslänglicher Verurteilung schreit auch dann, wenn der Ankalgevorwurf widerlegt wird. Mir war klar, daß insbesondere die Springer-Presse tätig werden wird, die im Interesse der Staatsschutzbehören arbeitet, die Staatsschutzbehörden, die es für politisch notwendig halten, daß die Angeklagten zu lebenslänglich verurteilt werden. Möglicherweise stellt sich auch heraus, daß dieser Hetzartikel Ergebnis der direkten Zusammenarbeit von Springerpresse und Staatsschutzbehörden ist.

Ich muss sagen, daß es mir schwer fällt, zu dem Hetzartikel in der „Bild am Sonntag" in der Ausgabe vom 15. Mai 1977 etwas zu sagen, schwer fällt, weil es mir bei soviel faschistischer Hetze, Vernichtungswillen und perfider Dreckigkeit fast die Sprache verschlagen hat, trotz all meiner Erfahrungen mit diesen Stürmer-Erben.

Dieser Hetzartikel dokumentiert wie noch nie, wie hier die übergeordneten Interessen von aussen - millionenfach verbreitet - in dieses Verfahren eingreifen, wie hier von aussen gesteuert, manipuliert wird
sen gesteuert, manipuliert und terrorisiert wird, damit die Angeklagten vernichtet werden. Die übergeordneten Interessen fordern: es ist politisch notwendig, Karl-Heinz Roth und mich zu lebenslänglich zu verurteilen. Dieser Hetzartikel sagt es den Richtern dieses Verfahrens, wo es lang zu gehen hat: die „terroristischen Polizistenmörder" Otto und Roth, die „ unvermittelt das Feuer auf Polizisten eröffnet haben" (so Bild am Sonntag) sind wegen Mordes zu verurteilen.

Wie soll ein Richter, der höchst widersprüchliche und zum Teil nachweisbar falsche Aussagen von Polizisten zu beurteilen hat, diese Beurteilung unbefangen vornehmen, wenn die Polizei doch den Richter schützt, der nach „Bild am Sonntag" von den Angeklagten zum Tode verurteilt worden ist?

Wie soll ein Richter die Aussagen der Angeklagten unbefangen beurteilen, die völlig im Gegensatz zu den Aussagen der Polizisten stehen, wenn von diesen Angeklagten behauptet wird, sie hätten den Richter zum Tode verurteilt?

Wie könnte ein Richter, auch wenn er zu der Überzeugung gekommen wäre, daß die Angeklagten wegen des Mordvorwurfes freizusprechen sind, diese Angeklagten freisprechen, wenn von den Angeklagten behauptet wird, sie hätten den Richter zum Tode verurteilt?

Ich habe meine Rechtsanwälte beauftragt, gerichtlich eine Gegendarstellung in der „Bild am Sonntag" durchzusetzen. Ich habe hierfür am 18.5.1977 folgende eidesstattliche Versicherung abgegeben:

„Hiermit erkläre ich, Roland Otto, geb. am 29.11.1950, z.Zt. Rochusstr. 350, 5000 Köln 30, an Eides statt, nachdem ich über die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung belehrt worden bin:
Ich habe am 17.5.1977 den Artikel in der „Bild am Sonntag" vom 15.5.1977: „Terroristen verurteilen Kölner Richter zum Tode" auf Seite eins und „die Polizei schützt den Richter der sterben soll" auf Seite 2 und 3 dieser Ausgabe gelesen.
Ich stelle dazu fest:

1. Ich habe weder einen Kölner Richter noch einen anderen Menschen zum Tode verurteilt.
2. Ich bin in keiner Weise an einer solchen Verurteilung beteiligt gewesen und bereite auch keine Verurteilung vor.
3. Ich habe nichts mit Leuten zu tun, die eine solche Verurteilung geplant haben sollen oder planen sollen.
4. Ich bin weder an Mordplänen beteiligt noch weiß ich davon.
5. Ich habe am 9.5.75 nicht „unvermittelt das Feuer eröffnet", ich habe vielmehr überhaupt nicht geschossen.
6. Ich bin kein Terrorist.

Gegen die Redakteure der „Bild am Sonntag" Dornhof, Ruch und Voelkel sowie den Chefredakteur und den Herausgeber dieses Blattes werde ich Strafanzeige wegen Verleumdung stellen (außerdem werde ich auf Zahlung von Schmerzensgeld klagen).

Dem Vorsitzenden möchte ich noch folgendes sagen: sie haben sich auf die Befangenheitsanträge vom 18.5.77 als nicht für befangen erklärt. Der Hetzartikel in der „Bild am Sonntag" muß nicht nur bei ihnen sondern bei jedem Menschen stärkste Betroffenheit auslösen. Er hat auch bei den Angeklagten stärkste Betroffenheit ausgelöst und nicht nur deswegen, weil dieser Artikel für die Angeklagten das Lebenslänglich bedeuten könnte. Wenn ich das sage, dann mögen sie mir das glauben, vielleicht aber auch nicht. Die Angeklagten werden dem in diesem Hetzartikel von ihnen gezeichneten Zerrbild, dem Zerrbild von skrupellosen Mördern, Terroristen, die über Leichen gehen, die andere Menschen zum Tode verurteilen, auch weiterhin die Wahrheit entgegensetzen, sie werden sich in diesem Prozess auch weiterhin als Menschen einbringen. Die übergeordneten Interessen sind es, die hier von aussen in kaum gekannter Weise die Wahrheitsfindung und Rechtssprechung so elementar und massiv zu verhindern versuchen. Von der Pressekonferenz des Kölner Polizeipräsidenten am 9.5.1975, der Nachrichtensperre, die die Bundesanwaltschaft danach verhängte, der Vorverurteilung der Angeklagten und der Anklageschrift ist es kein weiter Weg bis zu diesem Hetzartikel. Es waren die Ermittlungs- bzw. die Staatsschutzbehörden, die die Weichen für diesen Prozess gestellt haben. Es war der Kölner Polizeirat Sengespeik, der schon vor Beginn des Prozesses sagte, daß dieser Prozess anders sei und daß die Polizeibeamten bei der Schießerei rechtmäßig gehandelt hätten. Es war der Kölner Polizeipräsident, der - aus gutem Grund - dem Gericht, den Angeklagten und ihren Verteidigern die Einsichtnahme in seine We-Meldungen vom 9.5.75 über die Schießerei auf dem Parkplatz Stüssgen verweigert hat. Es war der Innenminister dieses Bundeslandes, der eine Vorlage der We-Meldungen des Kölner Polizeipräsidenten verhindert hat und dadurch dem Gericht, das eine Vorlage dieser We-Meldungen angeordnet hatte, eine schallende Ohrfeige versetzt hat, weil angeblich ihr Bekanntwerden dem Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen Nachteile bereiten würde. Diese Nicht-Vorlage ist das offene Eingeständnis dafür, daß die We-Meldungen des Kölner Polizeipräsidenten Auskunft geben über den wirklichen Ablauf der Schiesserei, daß sie die Bestätigung der Aussagen der Angekla klagten enthalten, daß am 9.5.75 auf dem Parkplatz Stüssgen nicht Werner Sauber sondern die Polizei ohne jegliche Vorwarnung das Feuer eröffnet hat, daß es der Polizist Grüner war, der zunächst auf Werner Sauber, der in der Dunkelheit fliehen wollte, und im nächsten Augenblick auf Karl-Heinz Roth ohne jegliche Vorwarnung geschossen hat."

Erklärung von Rechtsanwalt Niepel in der Hauptverhandlung vom 25.5.1977 zur Aussage des Polizeirats Hammermann, der als einer der ersten Nichtbeteiligten am 9.5.1975 auf dem Parkplatz in Gremberg eintraf und noch am gleichen Tag über seine Beobachtungen und Berichte, die er erhalten hat, ein Fernschreiben an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen gesandt hat, dessen Herausgabe der Innenminister unter Hinweis darauf verweigert hat, daß das Wohl des Landes durch eine solche Herausgabe beeinträchtigt werden würde:

'Die Aussage des Polizeirats Hammermann hat wieder einmal deutlich gemacht, was wirklich am 9.5.1975 geschehen ist.

In einem Fahrzeug saßen drei Personen, mit Ausweispapieren auf die Namen Tangermann, Marquardt und Roth. Lediglich Herr Roth war durch richtige Papiere ausgewiesen. Diese Pa-Personen waren in Verdacht geraten, Kfz-Diebstähle begehen zu wollen. Bei der Personalkontrolle stellte sich heraus, daß Herr Tangermann und Herr Marquardt der Polizei nicht einschlägig bekannt waren. Lediglich Karl Heinz Roth war der Polizei bekannt, nicht weil er im Verdacht stand,strafbaren Handlungen begangen zu haben, sondern wegen seiner politischen Einstellung, die er in den Jahren zuvor praktiziert hatte.

Diese Einstellung war der Anlaß, daß er bei der Polizei in die Kategorie 'Terrorismus' eingeordnet und mit dem entsprechenden Hinweis in der Datenabteilung geführt wurde.

Daß dieser Verdacht geradezu hirnrissig war, ist jedem klar, der Karl Heinz Roth kennt. Aber: die Identifizierung von jemandem, der antikapitalistische Politik macht, mit dem Begriff des Terrorismus hat Mathode: sie ist bösartig und sachlich nicht gerechtfertigt, ist letztlich verantwortlich für die Schießerei und die Toten, die es am 9.5.1975 gegeben hat. Hätte Karl Heinz Roth falsche Papiere gehabt, hätte es keine Schießerei und keine Toten gegeben. Das Stichwort 'Terrorismus' ge-

nügt, um die Finger der Polizisten am Abzug ihrer Pistolen locker zu machen.

In diesem Prozeß nun soll verschleiert werden, daß Polizisten zuerst und ohne Vorwarnung auf Leute geschossen haben und daß sie allein für die Schießerei verantwortlich sind. Die Opfer der Schießerei, nämlich Roland Otte, Werner Sauber und Karl Heinz Roth, sollen jetzt die Mörder spielen, weil das Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen sonst gefährdet wäre.

Diese Verfahrensweise kann man nicht den kleinen an der Schießerei beteiligten Beamten vorwerfen, sondern allein der Polizeiführung und den hinter dieser Führung stehenden politischen Kräften.'

WAS IST LOS IN KÖLN?

KÖLN
20. Mai

„Seit einiger Zeit hat sich das Straßenbild in Köln auffallend verändert. Wohin man guckt — überall grün . . . Aber keineswegs maigrün (dazu wurden schon zuviele Bäume ausgerissen). Nein, sondern das nicht allzu vertrauenserweckende Grün von Uniformen. Unsere 'Freunde und Helfer' in Grün und Grau in Grau sind allenthalben unterwegs. Bei Tag und Nacht: Fernsehkameras schwenken über die Straße (big brother is watching you 1977). Berittene preschen über die Straße (Wild West in Köln?), Autokontrollen von Zivilstreifen (wie z. B. Weg abschneiden, mit gezogener Waffe aus dem Wagen springen, Türen aufreißen, „Papiere!" . . . schon fühlt sich der Bürger beschützt). Ganze Stadtteile werden abgesperrt und Ausweise von MP-Bewaffneten kontrolliert.
Sind die Kölner plötzlich besonders gefährdet oder gar gefährlich?

Wie man der Tagespresse entnehmen konnte, dient dies der vermehrten Sicherheit des Bürgers. Wie man uns immer erzählt, bilden die Bürger ja den Staat. Um diesen Staat zu schützen, verselbständigt sich der Staatsschutz und bedroht die Sicherheit der Bürger. Einige Bürger fühlen sich sehr verunsichert, wenn sie frühmorgens um 6.00 Uhr durch eine Menge bewaffneter Uniformierter und Ziviler aus dem Bett geworfen und die Wohnung auf den Kopf gestellt werden. So geschehen am [illegible] 4. 1977 in diversen Kölner Wohnungen, wo Beamte vom K 14, des LKA, MEK, BKA die Wohnungen stürmten (natürlich ohne Hausdurchsuchungsbefehl), durchwühlten Wäscheschränke, Schreibtische, sammelten diverse Zettelchen wie Kassenbons, sogar offizielle Schreiben der Staatsanwaltschaft ließ man mitgehen. Anwaltsakten, Briefe (gleich stapelweise), Taschenlampenbatterien und Reisepässe wurden auch nicht verschont. Grundrisse von den Wohnungen wurden gemacht, eine Wohnung sogar vollständig fotografiert — aus jeder Perspektive, Fensterbreiten wurden ausgemessen und welche in Richtung sie zu öffnen sind, man schaute nach Fluchtmöglichkeiten . . .

Etliche Bewohner der durchsuchten Wohnungen wurden vorübergehend festgenommen, andere wiederum nicht. Die Festgenommenen wurden zum Waidmarkt gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und mehrere Stunden festgehalten. Ein Teil der sichergestellten Sachen wurde nach einigen Tagen kommentarlos zurückgegeben!!! Das Ganze war wohl mal wieder ein Rundumschlag willkürlicher Art gegen Leute aus dem linken Milieu, der sogenannten Sympathisantenscene.
WER SYMPATHISANT IST, DASS BESTIMMT DER STAATSSCHUTZ!!! Diente das Ganze nun wirklich der Sicherheit des einzelnen Bürgers oder hatte das vielleicht eine andere Funktion? Soll vielmehr bezweckt werden, das vorhandene Potential in Routine zu halten, neue Praktiken und Taktiken zu entwickeln, ebenso neue Formen der Überwachung und Computerauswertung anzuwenden? Als Nebeneffekt soll dem Bürger gegenüber mal wieder die gut funktionierende Polizeigewalt demonstriert werden. Köbes Ubier"

PROZESS GEGEN DEN GEFANGENENRAT

FRANKFURT
23. Mai

„Am 5. 9. 1977 soll der Prozeß gegen den Frankfurter Gefangenenrat vor der Staatsschutzkammer in Frankfurt beginnen. Einige der Leute vom Gefangenenrat sind schon seit knapp 1 1/2 Jahren im Knast. Zu diesem Prozeß muß nicht nur eine Öffentlichkeitskampagne gestartet werden. Es genügt auch nicht, wenn wir massenhaft zu diesem Prozeß hinrennen. Genauso wichtig wie die Öffentlichkeit, die Unterstützung von uns im Verhandlungssaal (als Zuschauer) sind die Kohlen. Sicher ist, daß an allen Ecken und Enden zu Spenden aufgerufen wird; wir glauben aber, daß es auch hier sehr nötig ist. Der Prozeß wird sich über Monate hinziehen, aber die Anwälte müssen auch leben. Leute, verzichtet mal auf ein Bier, eßt einmal mehr zuhause statt in der Kneipe und spendet für die Verteidigung des Gefangenenrats.

**Postscheckkonto Frankfurt, Nr. 3608 95 - 604,
c/o Wolfgang Wraase**

Dieses Konto ist eigens für die Verteidigung eingerichtet worden."

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG ZUR POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG MIT P.P. ZAHL UND WERNER SCHLEGEL

BOCHUM
25. Mai

Auf der Grundlage eines Beschlusses des 14. European Meetings (Treffen aller westeuropäischen nationalen Studentenverbände) beschloß der Zentralrat der VDS, gemeinsam mit der IUS ein internationales Seminar zur politischen Unterdrückung in der BRD und Berlin (West), insbesondere im Hochschulbereich, durchzuführen.

Der VDS-Vorstand veranstaltet dieses Treffen in Übereinstimmung mit dem Asta der Uni Bochum in den Räumen der Ruhr Universität, am 15. und 16. Juni. Neben öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen (u.a. eine Veranstaltung mit den politischen Gefangenen P.P. Zahl und Werner Schlegel, sowie dem Dichter Erich Fried), sollen auch Arbeitsgruppen, Solidaritätsveranstaltungen u.a. durchgeführt werden.

Der VDS erhofft sich von dieser Veranstaltung einen breiten Informationsaustausch und gezielte Diskussionen über massive Solidarität aller europäischen Studenten und deren Verbände im Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung.



PETER-PAUL ZAHL WIEDER IN ISOLATIONSHAFT

BOCHUM 26. Mai — Wie uns der Anwalt von Peter-Paul Zahl mitteilte, hat sich die Anstaltsleitung des Bochumer Knastes geweigert, den Beschluß der dritten Strafvollzugskammer vom 16. Mai (siehe ID 178) nach Aufhebung der verschärften Haftbedingungen zu befolgen. Begründet wird diese Weigerung damit, daß Peter-Paul Zahl ein Sicherheitsrisiko sei, weil er beim Hungerstreik in Werl (bei dem es um die Abschaffung der Sonderstation BI ging) angeblich ein Rädelsführer war und weil der Verdacht einer geplanten Geißelnahme bestünde.

Peter-Paul Zahl ist also weiterhin in Isolationshaft.

„PROBLEME" IN BAYERN: BRIEFMARKENSPERRE

FREISTAAT BAYERN 8. Mai — Was wie eine Einzelaktion des Knastes in Straubing aussah, gilt nun für alle Knäste in Bayern: Briefe an Gefangene darf man fürderhin nicht mehr als eine 50-Pfennig-Marke beilegen (siehe ID 178). Was das für die Gefangenen bedeutet, kann man sich vorstellen: In einem allgemeinen Aushang heißt es:

„Zusendung von Briefmarken
Bei der Zusendung von Briefmarken haben sich erhebliche Probleme ergeben.

Es wurde daher für sämtliche bayerische Justizvollzugsanstalten festgelegt, daß einem Schreiben an einen Gefangenen lediglich e i n e Briefmarke zu --,50 DM (als Rückporto) beiliegen darf. Überzählige Briefmarken werden — gegebenenfalls unter Verwendung einer zugesandten Marke — an den Absender zurückgeschickt, da die Aufbewahrung der Marken an der Zensurstelle mit zu ho hem Verwaltungsaufwand verbunden ist.

Die Regelung tritt hier ab 8.05.77 in Kraft.

Nehmen Sie bitte bis dahin die Gelegenheit wahr, Ihre Angehörigen und Briefpartner über die Regelung zu informieren.

gez. Dr. Stärk,
Leitender Regierungsdirektor"

Nun ja, dann müssen wir eben in nächster Zeit viele, viele Briefe statt einem schreiben — aber immer nur eine Marke beilegen, gelle?

ZUR SITUATION VON GÜNTHER SONNENBERG

STAMMHEIM 26. Mai — Folgende Pressemitteilung hat uns das Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa zugeschickt:

„Günther Sonenberg ist am 21.5.1977, um 16 Uhr, von der Neurochirurgischen Abteilung der Universität Tübingen in das Krankenrevier des Stammheimer Gefängnisses verlegt worden.

Drei Tage zuvor war ihm vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes der Haftbefehl eröffnet worden. Ob Günther Sonnenberg in der Lage war, diesen Vorgang und überhaupt seine Situation zu erfassen, ist schon wegen des Problems der Amnesie (Erinnerungslücke) zweifelhaft, die mit seiner Kopfverletzung verbunden ist. Bei einem Schwerverletzten, der bewußtlos ist oder nach Wiedererlangung des Bewußtseins über kein oder nur über ein beschränktes Erinnerungsvermögen verfügt, ist nach den anerkannten ärztlichen Grundsätzen der vermutliche Wille des Patienten zu beachten. Dieser Wille geht nach der politischen Identität Günther Sonnenbergs eindeutig dahin, in allen medizinischen und rechtlichen Belangen durch einen Anwalt vertreten zu werden, der über die notwendigen Erfahrungen im Kampf um den Schutz von Gesundheit und Leben eines gefangenen Guerillakämpfers verfügt.

Um diese Schutzfunktion zu beseitigen, hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes auf Antrag der Bundesanwaltschaft für Günther Sonnenberg, gegen dessen Willen, einen Rechtsanwalt aus Singen als Pflichtverteidiger beigeordnet: Eine Art Alibi für den Fall des Todes des zu Verteidigenden.

Die Eltern von Günther Sonnenberg wurden von Beamten des Bundeskriminalamtes derart eingeschüchtert, daß sie die Heranziehung jedes Verteidigers ablehnten, der das Vertrauen ihres Sohnes haben könnte. Dies, obwohl sie eine Woche vor der Gefangennahme ihres Sohnes Rechtsanwalt Croissant gebeten haben, seine Verteidigung zu übernehmen.

Rechtsanwalt Croissant wurde, aufgrund seines Hinweises gegenüber der Bundesanwaltschaft und dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs, daß der vermutliche Wille des Schwerverletzten maßgebend sei, nicht nur die Übernahme der Verteidigung, sondern selbst ein Tätigwerden zu dem Zweck verwehrt, eine optimale fachmedizinische Versorgung sicherzustellen.

Günther Sonnenberg war durch gezielte Informationen, die aus dem Bereich des Bundeskriminalamtes an die Springer-Presse gegeben wurden, als „klinisch tot" bezeichnet worden, als für immer bewußtlos oder blind", um jeden Versuch eines Besuchs durch Personen abzuwehren, die die ausschließliche Verfügungsgewalt der Staatsschutzbehörden über den Schwerverletzten hätten stören können.

Uwe Folkerts wrude am 3.5.1977 gemeinsam auf dem Weg nach Singen zusammen mit Johannes Thimme bei dem Versuch verhaftet, den Schwerverletzten zu besuchen, in dem er nach den ersten Meldungen seinen Bruder Knut vermutete.

Eine Krankenschwester aus Karlsruhe, die sich bemühte, einen Facharzt für die Kontrolle der Behandlung Günther Sonnenberg zu finden, wrude am 12.5.1977 von einem Beamten des Bundeskriminalamtes an ihrem Arbeitsplatz zum Zweck ihrer Vernehmung als Zeugin mit dem Hinweis festgenommen: „Wenn Sie versuchen abzuhauen, werde ich Sie von hinten erschießen!" Dies war die Reaktion des Staatsschutzes, als durch ihre Bemühungen erstmals bekannt wurde, daß der Gesundheitszustand Günther Sonnenbergs wesentlich besser war als die vom Bundeskriminalamt lancierten Pressemitteilungen über seinen „klinischen Tod" er vermuten ließen.

Günther Sonnenberg wurde in das Stammheimer Gefängnis verlegt, als der Fachschaftsrat der evangelischen Theologen an der Universität Tübingen durch seine Grußadresse öffentliche Solidarität mit dem verwundeten Gefangenen zeigte.

Die Verlegung Günther Sonnenbergs in das St ammheimer Gefängnis ist ein Alarmsignal. Sie weist eine bestürzende Parallelität auf: Am 29.4.1975 wurde Siegfried Hausner auf Weisung der Bundesanwaltschaft trotz lebensgefährlicher Kopf- und Brandverletzungen von einer Universitätsklinik (Köln-

Lindental) in das Stammheimer Gefängnis verlegt, wo er nach fünf Tagen starb. Seinem beständigen Wunsch, einen Verteidiger seines Vertrauens zu sprechen, wurde in der Weise entsprochen, daß die Bundesanwaltschaft ihre schriftliche Benachrichtigung vom 30.4.1975 erst am 5.5.1975, einen Tag nach dem Tod des Gefangenen, an Rechtsanwalt Croissant absandte.

IVK – Sektion BRD – Klaus Croissant "

Auf einer Musikveranstaltung im Audi-Max der Uni Hamburg haben die dort Anwesenden (ca. 3000) eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„Wir unterstützen den Asta Tübingen und wir unterstützen den Asta Göttingen und alle anderen Asten, die sich „ihre klammheimliche Freude" über die Erschießung von Buback nicht verbieten lassen."

Eine der Hauptforderungen der Resolution lautet: „Sofortige Zulassung von unabhängigen Ärzten und Anwälten zur Kontrolle von Günthers Situation."

Wie wir inzwischen erfahren haben hat der Frankfurter Rechtsanwalt Kar-Heinz Weidenhammer einen Antrag auf Beiordnung als Anwalt für Günther Sonnenberg gestellt (mit Akteneinsicht und uneingeschränktem Besuchsrecht), dies sei auch Günther Sonnenbergs Wunsch.

DETLEF SCHULZ AUSGELIEFERT

FRANKFURT 15. Mai — Die 'Anti-Terrorismus-Konvention' zeigt erste Erfolge. Während Waltraud Boock (Wien) und Petra Krause noch warten müssen, durfte Detlef Schulz (Colmar) in die BRD zurückkehren. Entsprechend dem Auslieferungsbeschluß der französischen Justiz wurde er am 12. April in die BRD verfrachtet. In Frankreich hatte er ein halbes Jahr wegen Handtaschenklau und unerlaubten Waffenbesitzes gesessen.

An der BKA-eigenen Gerüchteküche wurde der Name Detlef Schulz schon lange gehandelt:

– Teilnahme an der Stockholmer Botschaftsbesetzung. In den ersten Verlautbarungen wurde der Name des im Gebäude getöteten Kommandomitgliedes Detlef Schulz angegeben. Der Vorwurf, daß er derjenige gewesen sei, der die Erklärungen des Kommandos bei den schwedi-Zeitungen abgegeben hätte, ist inzwischen auch in sich zusammengefallen.
– Nachdem man den 'Todesirrtum' von Stockholm revidiert hatte, tauchte sein Name auf Fahndungsplakaten auf.
– Aus der Tatsache, daß er der Bruder der in Israel inhaftierten Brigitte Schulz (ID 176) ist, ließen sich vielleicht auch noch Vorwürfe konstruieren.
– Mord und Mordversuch an Polizisten am 7. 5. 1976 in Sprendlingen (Mittäter möglicherweise Siegfried Haag und Roland Meyer). Beweis: das Foto eines am Tatort liegengebliebenen österreichischen Passes ähnelt Detlef.

Wegen dieses letzten Vorwurfs gegen den in Zusammenhang mit ,anarchistischen Kreisen' stehenden Detlef wurde von deutscher Seite die Auslieferung beantragt. In Frankreich und besonders im Elsaß führte dies zu einer intensiven Kampagne. In Colmar und Straßburg kam es zu Demos. Ein Komitee zur Freilassung von Detlef gründete sich. In Straßburg sind heute noch überall 'Schulz libre'-Parolen an den Häuserwänden zu sehen. Der französischen Öffentlichkeit wurde hier zum ersten Mal ein unmittelbarer Fall der 'Isolationshaftkomponente des Modells Deutschland' vor Augen geführt (vgl. dazu Liberation vom 13. April). Weiten Teilen der französischen Bevölkerung war klar, daß Detlef nach seiner Auslieferung denselben Haftbedingungen unterworfen werden würde, die schon zur physischen Vernichtung von Ulrike Meinhof und Holger Meins und von unzähligen anderen geführt hatten

Die französischen Befürchtungen bewahrheiten sich. Bei der Verkündung des Haftbefehls in Darmstadt (12. 4.) wurde die hinlänglich bekannte Isolationshaft verhängt: Anstaltskleidung, streng getrennt von anderen, Einzelhofgang, -dusche, keine Gottesdienstteilnahme, Besuchskontrollen durch BKA. Referendar Lenz (Frankfurt) wurde, entsprechend einem BGH-Beschluß, von der Verteidigung ausgeschlossen; jetzt vertritt RA Oberwinder (Frankfurt) Detlef. Da er sich seit dem 2. April im Solidaritätshungerstreik mit den politischen Gefangenen der RAF befand, wurde er von Darmstadt gleich nach Kassel ins Knastkrankenhaus verschubt und nach dem Hungerstreikabbruch am 19. 4. nach Preungesheim verfrachtet.

Wegen der Stockholmsache ist die Beweisdecke so dünn, daß nicht einmal ein Ermittlungsverfahren läuft. Die Mordanklage wegen Sprendlingen steht auf recht schwachen Füßen. Waffentechnisch gibt es keinen Beweis, daß die Schüsse aus Detlefs Waffe stammen. Die offiziellen staatsanwaltlichen Verlautbarungen sind denn auch recht dürftig. Die Vorwürfe des Kontakts zu anarchistischen Kreisen sind ebenfalls zusammengestückelt, so daß noch unklar ist, ob der Prozeß gegen Detlef vor der Staatsschutzkammer oder dem Schwurgericht stattfinden wird (sofern der Prozeß überhaupt stattfindet). Bis dahin wird Detlef aber erst einmal etliche Monate, vielleicht auch Jahre, in Isolationshaft verbringen.

ASTA BOYKOTTIERT VERANSTALTUNG ZUR ANTITERRORKONVENTION UND ZUR AUSLIEFERUNG VON DETLEV SCHULZ

KAISERSLAUTERN 24. Mai — „Nach dem Anschlag auf das US-Headquarter am 24. 5. 1972 in Heidelberg hingen in Hanoi Fotos von Mitgliedern aus der RAF in den Straßen. Sie hingen dort als Symbol für

– die internationale Unterstützung des Befreiungskampfes des vietnamesichen Volkes
– den weltweiten Widerstand gegen den US-Imperialismus.

Dieser – in Vietnam geschlagene – US-Imperialismus will jetzt über seinen Handlanger in Westeuropa, die BRD, erreichen, daß dieselben Fotos und die aus anderen antiimperialistischen Gruppen an den Mauern Europas als Fahndungsfotos hängen. Jean Pierre Vigier (Generalstab der Resistance) auf einer Veranstaltung der Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal zur Antiterrorkonvention: „Wir wollen nicht, daß die deutschen Steckbriefe an allen europäischen Mauern hängen." Vigier machte deutlich, daß es im westlichen Ausland einen breiten Widerstand gegen die Übertragung des faschistischen BRD-Rechts (§ 88 a, 129 a, 140 etc.) gibt. Zu recht wird befürchtet, daß über die Antiterrorkonvention BRD-Recht zu Europa-Recht wird und somit ein Teil des An-

spruchs „BRD – Modell für Europa“ erfüllt wird. „Euer Kampf gegen die Antiterrorkonvention“, sagte Vigier noch weiter, „ist ein Kampf für uns!“

In einer Veranstaltung des „Antifaschistischer Kampf Kaiserslautern“ am Freitag, dem 13. 5. 1977, kamen zu diesem Thema Beiträge von
– einem französischen Anwalt, der den inzwischen an die BRD ausgelieferten Detlev Schulz, der aus Kaiserslautern/Enkenbach stammt, verteidigt hat,
– einem Straßburger Komitee gegen die Antiterrorkonvention; dieses Komitee organisierte im Februar in Colmar eine Demo gegen die Auslieferung von Detlev Schulz,
– einem Rechtsanwalt aus dem IVK (Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa),
– Frau Schulz, der Mutter von Detlev und Brigitte Schulz, die von der Aktion der Angehörigen der Gefangenen aus der RAF in Genf berichtete.

Die Vorbereitung zu dieser Veranstaltung war ein Lehrstück in Sachen Repression und Faschismus in der BRD. Wegen des Flugblattes „Keine Auslieferung von Detlev Schulz in die Mordzellen der BRD! Nein zur Antiterrorkonvention!“ wurden drei Wohnungen durchsucht, ein Genosse erkennungsdienstlich behandelt und ein Ermittlungsverfahren nach § 90 a angestrengt (Beschimpfung der verfassungsmäßigen Organe der BRD). Es war geplant, diese Veranstaltung zusammen mit dem AStA an der Uni durchzuführen. Nachdem jedoch auch an der Uni Bullen auftauchten, geriet der AStA in nicht geringe Aufregung. Es kam zu internen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf zwei AStA-Referenten den Rücktritt erklärten und ihre Beweggründe „AStA-Richtungsänderung nicht akzeptiert“ in der Lokalpresse (Rheinpfalz) publizierten. Der AStA ging darauf einen Schritt weiter, indem er sich dagegen verwehrte, daß er „ins linke Licht gerückt wird“ und im AStA-Info SS/1 erklärte, „keine gemeinsame Veranstaltung (mit dem AFK) zu organisieren“ mit der Denunziation – und jetzt wird's infam – weil „der AFK die Politik der RAF befürwortet und somit Gewalt unterstützt“. Diese Feststellung bezeichnet den Tatbestand des § 129 bzw. 129 a (Gründung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung).

Wir halten es für verdammt wichtig, klarzumachen, daß Staatsschutzaufgaben beim Staatsschutz liegen und nicht bei ASten, daß man sich gegen Unterdrückung und Einschüchterung wehren muß. Der Aktionskreis Undogmatische Linke und Kaiserslauterns Alternative Zeitung (KATZ) haben sich mit uns solidarisiert und in einer gemeinsamen Erklärung den AStA aufgefordert
– die kritisierte Passage zurückzunehmen und die Vorgänge in einer öffentlichen Diskussion näher zu erklären,
– gemeinsam mit den genannten Gruppen innerhalb der nächsten Zeit eine Veranstaltung zum Thema Repression in der BRD, KKWs usw. an der Uni durchzuführen.“

Material und Information zur Antiterrorkonvention, zu Detlev Schulz, zum Widerstand der politischen Gefangenen:

Antifaschistischer Kampf, Lutrinastraße 16, 6750 Kaiserslautern

STREIK UND POLIZEIEINSATZ AN DER FACHHOCHSCHULE DARMSTADT

DARMSTADT 25.Mai

Nach einer Urabstimmung findet seit letzten Mittwoch an der Fachhochschule Darmstadt ein unbefristeter Streik statt, der sich gegen die geplanten Prüfungs- und Studienordnungen richtet, die vom Kultusminister für die Fachhochschulen erlassen wurden (Regelstudienzeit, Drohung der Zwangsexmatrikulation). Außerdem richtet sich der Streik gegen das Berufsverbot eines Dozenten und fordert seine Wiedereinstellung und die Übernahme in's Beamtenverhältnis. Als der Streik am Mittwoch begonnen hatte, gab es bereits erste Auseinandersetzungen mit Streikbrechern. Der Rektor gab daraufhin unterrichtsfrei, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß der Streik von selbst im Sande verläuft.

Am Montag dieser Woche sollte der Unterricht nach den Vorstellungen des Rektors wieder aufgenommen werden. Dazu kam es nicht: an der ganzen Uni standen Streikposten, die niemanden – mit Ausnahme von Examenskandidaten – in die Hochschule reinließen. Gegen 10.00 Uhr wählte der Rektor eine andere Strategie, nachdem er mit der Abwiegeltaktik nicht durchgekommen war: er holte die Polizei.

Die Streikenden leisteten gegen den Polizeieinsatz passiven Widerstand (Sitzstreik). Daraufhin wurde brutal geräumt: die Leute wurden weggetragen, teilweise an den Haaren weggezogen, es wurde geknüppelt. Zwei Leute wurden verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. (Der Grund: versuchter Diebstahl einer Dienstmütze; Widerstand und Nötigung). Der Verwaltungsdirektor der Hochschule forderte die Dozenten auf, Streikende zu denunzieren, Namen zu nennen. Er drohte den Dozenten mit Eintragungen in ihre Personalakte, wenn sie seiner Aufforderung nicht nachkämen.

Nach der Räumung bildeten die Bullen eine Gasse,um Streikbrechern den Eingang in die Hochschule zu ermöglichen. Jedoch das Gegenteil des gewünschten Erfolgs trat ein: selbst die Leute, die vorher noch gegen den Streik waren und weiterstudieren wollten, weigerten sich, unter diesen Umständen den Unterricht wieder aufzunehmen!!
An der ganzen Fachhochschule fanden lediglich zwei oder drei Veranstaltungen statt. Gegen 13.00 Uhr verließen die Ordnungskräfte wieder die Uni, nachmittags fand nichts mehr statt. Die Leute gingen nach Hause.

Am Dienstagmorgen fand eine Gesamtvollversammlung

ASTA-DURCHSUCHUNG

LÜNEBURG 18. Mai

In den Räumen des örtlichen Studentenausschusses des PH Lüneburg fand heute nachmittag eine Durchsuchung statt. Mitwirkende waren zwei Staatsanwälte, einige Bürodiener und 10 Polizisten. Auftraggeber das stadtbekannte 7. Kommisariat, das ist das politische. Heute morgen waren zwei Kommilitonen bei einem Verhör beim Staatsanwalt, der sie zu Ereignissen vom Herbst 76 befragen wollte. In diesem Zusammenhang erklärte der SA noch, daß der Fall sehr schwierig sei, da sich für die Anklagepunkt–Nötigung und Hausfriedenpunkt
klagepunke – Nötigung und Hausfriedensbruch – kaum Belege finden ließen.

Nun hat er sie sich selber gesucht. Ausschlaggeben dafür war eine heute erschienene Dokumentation zu den Vorfällen im Frühjahr 1976, bei denen die Teilnahme von Regierungsvertre-



LERNPROZESSE IN DER UNI –GERMANISTEN BESETZEN IHR SEMINAR

FREIBURG 17. Mai *Der folgende Bericht stammt von einem Freiburger Studenten:*

„Am 17. Mai wurde das deutsche Seminar der Universität Freiburg besetzt. Dies als Solidaritätsaktion zu den Relegationen in Heidelberg und zur Vorbereitung der Heidelberger Demo. Die Besetzung stand außerdem im Zusammenhang mit den Aktionstagen gegen das neue Landeshochschulgesetz. Daß wir das Seminar in Peter-Paul Zahl Institut umbenannten, deutete über die Uni hinaus auf einen weiteren Repressionszusammenhang. Vorbereitet und organisiert wurde die Besetzung von der Faust. Die Faust ist ein Zwischending zwischen einem Plenum und einer Gruppe von Unorganisierten an der Uni Freiburg mit regelmäßigen Treffs einmal in der Woche. Germanisten sind darin besonders stark vertreten. Eine Seminarbesetzung war schon vor ein paar Monaten diskutiert worden. Sie war also zuerst einmal gedacht als ein Protest gegen die beschissenen Zustände an der Uni und des Student-Seins überhaupt. Das neue LHG verstehen wir als einen besonderen Ausdruck davon. Eine Seminarbesetzung intendierten wir insbesondere auch als eine gemeinsame öffentliche Erfahrung, die über das Montagsplenum hinausgeht und als Aktion, die zunächst uns selbst, dann auch anderen Leuten zeigen sollte, daß so etwas möglich ist.

Am frühen morgen um acht Uhr machten sich also etwa 60 Leute daran, einige Unordnung ins Seminar zu bringen. Stühle und Tische wurden aus den Räumen auf einen Haufen getragen, um Seminare und sonstigens Arbeiten zu verhindern. Fahnen und Transparente wurden im Seminar angebracht und aus den Fenstern heraus aufgehängt. Sondereingänge wurden dicht gemacht, der Haupteingang durch eine Barrikade aus Stühlen und Tischen bis auf einen schmalen Zugang abgeriegelt. Als der „Verwaltungschef solchen Seminars“ herein wollte, wurde ihm dies verwehrt. Dies war bereits am Vorabend beschlossen worden, alsviele Germanisten ihre Angst vor ihm begründeten, da er viele kenne und denunzieren könnte. Es bestand an diesem Punkt und in dieser Phase überhaupt das Gefühl von Gefahr und des Überschreitens von Legalität, von Angst, aber auch von Bewältigung. Die Barrikaden und die Zugangsverweigerung waren Schutz und äußeres Zeichen, daß wir erst einmal die herrschende Macht im Seminar außer Geltung gesetzt und das Seminar in Besitz genommen haben. Wir liefen ganz anders als sonst darin herum.

Im Verlauf des Vormittags begann eine zweite Phase. Es waren ca. 200 bis 300 Leute im Seminar. Rektor Engler war einmal kurz vor den Barrikaden aufgetaucht und wieder abgezogen. Im späteren Verlauf wurde der Zugang verbreitert. Das Wissen um die Illegalität war nur noch abstrakt vorhanden. In dieser Zeit wurde diskutiert, ob der graue Beton des Seminars angemalt werden soll. Aus der Diskussion: der Beton zerstört meine Wahrnehmungsstruktur. Auf der anderen Seite: so eine Blümchenmalerei verscherzt uns die Symphatie der anderen Studenten. Und: es sei eine sinnlose Sachbeschädigung. Unserer Einschätzung nach hat sich hier die gleiche Diskussion mit den neu dazugekommenen abgespielt, die der „harte Kern“ in Monaten davor über die Besetzung geführt hatte. Solche Aktionen wurden von „Zweiflern“ schon in Kategorien von Rektorat und Presse gedacht. Entsprechend sagte niemand: Ich finde es schlecht, sondern: Ich meine die anderen, die Öffentlichkeit findet es schlecht.

Gemalt wurde dann nicht. Es wurde aber: Kaffee getrunken, gegessen, miteinander geredet, in dieser Situation anders als sonst Leute kennengelernt, Musik gemacht, ein – allerdings schlechter – Film über die Studentenbewegung vor zehn Jahren gezeigt, Theater gespielt und Lieder gesungen, die teilweise eigens für die Besetzung gemacht worden waren, teilweise in Bezug auf die Heidelberger Demo.

Am Abend wurde alles wieder schön aufgeräumt .... – aber so schnell war für uns die Ordnung doch wieder nicht hergestellt. Am nächsten Tag fuhren wir zusammen nach Heidelberg.“

AMNESTY INTERNATIONAL STELLT STRAFANZEIGE IN SACHEN ASYLRECHT

„BEAMTE SETZEN SICH RÜCKSICHTSLOS ÜBER VERFASSUNGSRECHTLICH GARANTIERTES ASYLRECHT HINWEG“

HAMBURG 20. Mai Strafantrag wegen Vorbereitung bzw. Versuch der Verschleppung (§ 234 a III StGB/ §§ 234 a I, 22 StGB) politisch Asylsuchender in drei Fällen hat am 17. d.M. der Vorstand der bundesdeutschen Sektion von amnesty international gestellt. Er richtet sich gegen verantwortliche Beamte der Ausländerbehörden in München, Darmstadt und Berlin. In gleicher Sache hat amnesty international Strafantrag gegen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf erhoben.

Den Beamten wird vorgeworfen, sie hätten politisch verfolgte Ausländer aus dem Iran, der Türkei und Uganda in ihr Heimatland abschieben wollen, obwohl sie mit großer Wahrscheinlichkeit Kenntnis davon hatten, daß in allen drei Fällen den Betroffenen im Falle ihrer Abschiebung politische Verfolgung bis hin zu Folter und Todesstrafe drohten. Die Asylsuchenden aus den drei Ländern, deren innenpolitische Situation durch besonders schwere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet sind, waren in ihrem Begehren im Vorgriff auf die neuen Verwaltungsvorschriften zurückgewiesen worden, da sie angeblich in „mißbräuchlicher“ Weise Antrag auf Asyl gestellt hätten. – Im Dezember 76 und im Mai dieses Jahres sind die politisch Verfolgten aus Uganda und der Türkei allerdings trotz einer bereits verfügten Abschiebung und Abschiebehaft als Asylberechtigte anerkannt worden. Somit wurde der Vorwurf der „mißbräuchlich gestellten Anträge“ nachträglich widerlegt. –

Amnesty international erhofft sich von einer eventuellen Verurteilung der Verantwortlichen aber auch eine präventive Wirkung: „Es ist aufgrund unserer in letzter Zeit gemachten Erfahrungen der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß sich auch in anderen Fällen Beamte der Ausländerbehörden ähnlich rigoros über das Grundrecht auf Schutz vor politischer Verfolgung hinwegsetzen”.

amnesty international
Sektion Bundesrepublik Deutschland e.V.
Stückenstr. 70, 2 Hamburg 76
Tel.: 040 / 291752/3

INTERNATIONALES

EIN JAHR SOWETO

BONN 25. Mai Die South-African-Student Union in Germany (SASUG) ruft für den 16. Juni in Bonn zu einer zentralen Demo auf, die vom Bonn-Center zur südafrikanischen Botschaft gehen soll zur Errinnerung an das Massaker von Soweto vor einem Jahr.

Die SASUG ist bis jetzt noch kaum in der Öffentlichkeit

aufgetreten. Sie besteht aus schwarzen südafrikanischen Studenten in der BRD - 'schwarz' im Sinne von unterdrückt; d.h. Schwarze, Mischlinge und Inder. Die Bonner Demonstration ist das erste Auftreten in der deutschen Öffentlichkeit. Die SASUG ist offen für alle 'schwarzen' afrikanischen Studenten.

Gefragt, ob die Teilnahme an der Demonstration noch gefährlich sei, sagte einer der SASUG-Leute: 'Diejenigen, die noch in ihre Heimatländer gehen wollen, sollten besser nicht teilnehmen.' Er hofft, daß die Behörden der BRD nicht offen gegen Apartheidgegner vorgehen. 'Jedenfalls', so sagte er, 'schulden wir unseren Protest unseren Brüdern und Schwestern, die letztes Jahr in Soweto ermordet wurden.'

Alle deutschen Organisationen, die ebenfalls gegen Apartheid und Rassismus sind, werden zu dieser Demo eingeladen. Einige deutsche Organisationen sagten zu der Einladung: 'Wenn der und der dabei ist, kommen wir nicht.' Dazu die SASUG-Leute: 'Ihr habt kein Recht, uns zu diktieren, wen wir einladen. Wir laden alle ein - ohne jemand auszuschließen. Wenn jemand sich selbst ausschließt, dann wissen wir, daß wir auf ihn nicht rechnen können. Vielleicht kommen diese später. 'Die Geschichte im südlichen Afrika wird von uns gemacht werden und nicht von den Forsters, Smiths oder den Mondales und Genschers. Diese Leute haben die Apartheid immer nur dann verurteilt, wenn unser Kampf erfolgreich war.'

Auskunft zur Demo: Informationsstelle südl. Afrika (ISA), Buschstr. 20, 53 Bonn, Tel.: 02221/213 288

DIE STAATLICHE REPRESSION KÜMMERT SICH DIESMAL UM DAS KOMMUNIKATIONSNETZ DER REVOLUTIONÄREN LINKEN:

BOLOGNA 25. Mai

Am 7./8. Mai fanden in ganz Italien mehr als 300 Hausdurchsuchungen statt, davon etwa 140 in Mailand. Der Durchsuchungsbefehl war ausgestellt von einem Untersuchungsrichter aus Bologna, Catalanotti, Mitglied von Magistratura Democratica (demokratische Richtervereinigung) und der Kommunistischen Partei , und ordnete die Durchsuchung von linken Buchhandlungen, Buchvertrieben, Dokumentations- und Informationszentren, Druckereien und Papierlieferanten und mit diesen in Zusammenhang stehenden Personen an: dies alles im Zuge der Ermittlungen über die Auseinandersetzungen in Bologna am 2. März, bei denen der Genosse Francesco Lo Russo erschossen worden war. Der Durchsuchungsbefehl spezifizierte, daß alles mit den Auseinandersetzungen von Bologna in Zusammenhang stehende Material: Dokumente, Fotografien, Berichte te, Tonbänder zu beschlagnahmen sei.

In Verona wurde der Verleger Bertani verhaftet, der dabei ist, ein Buch über die Ereignisse in Bologna herauszugeben.

30 Hausdurchsuchungen, alle zur selben Zeit, allein in Bologna. Ziel der Aktion war die hiesige Buchhandlung ,il picchio' und alle Personen, die damit in irgendeinem Zusammenhang stehen oder vermutet werden. Der Durchsuchungsbefehl, der überall der gleiche war, begründet die Aktion damit, daß beim picchio „Konfluenz und Kommunikation einer Mehrheit von Personen, auch Ausländern stattfindet, sowie Organisationsarbeit für Außenaktivitäten... Es besteht begründeter Verdacht zur Annahme, daß von diesem Ort aus die besagten Personen Aktivitäten verfolgen, die untereinander einen einheitlichen Plan darstellen..." Dieser Plan, so wird weiter zusammengefaselt, hat als ideologischen und organisatorischen Kopf den Bologneser Genossen Bifo (s. dessen Brief aus dem Untergrund - ID 171), hat sich konkretisiert in den Auseinandersetzungen in Bologna und Rom vom März, und stellt sich juristisch als ,subversive Vereinigung' dar, ein Straftatbestand, für den das von Mussolini unterzeichnete Strafgesetzbuch 5 bis 12 Jahre Knast vorsieht. Als Zentrum solcher Subversion haben sich die Herren in Bologna den picchio ausgesucht. Ziel der Polizeiüberfälle scheint zu sein, aufgrund des beschlagnahmten Materials (die Presse sprach von mehreren Doppelzentnern) Indizien für die Komplott-These zu konstruieren, um dann in einem zweiten Anlauf die ,Komplotteure' zu verhaften. Weiß Gott ein schwieriges Unterfangen,wenn man sich ansieht, was da so beschlagnahmte wurde: Publikationen, die in jeder Buchhandlung zu finden sind, Liebesbriefe, praktisch alle handschriftlichen Aufzeichnungen, Maschinengeschriebenes, Abgezogenes, Notizbücher und Adressenlisten. Besondere Aufmerksamkeit wurde allen fremdsprachlichen Texten gewidmet, jeder deutsche Fund rief befriedigte Aha-Erlebnisse bei den Ordnungskräften hervor. Das beschlagnahme Material mag für die Beschlagnahmer interessant sein, wird jedoch – einen Rest von Rechtsstaatlichkeit vorausgesetzt – keinerlei juritisch haltbaren Beschludigungen ermöglichen. Immerhin – sie versuchen's.

Damit ist in Italien zum ersten Mal in einer derart großangelegten und systematischen Polizeiaktion das Netz der Kommunikations- und Informationsstrukturen der autonomen, revolutionären Linken angegriffen worden. Bezeichnenderweise wurde diese Aktion mit Hilfe und sogar aufgrund direkter Initivativen der PCI durchgeführt.

Inzwischen hat sich jedoch selbst innerhalb der PCI Unsicherheit breitgemacht. In ihrem jüngsten Kommentar verwahrt sich die ,Unita' dagegen, als Denunziant und Aufforderer zu dieser Hexenjagd angesehen zu werden. Sollte seitens der Strafverfolgungsbehören – so räsonnieren sie– der Versuch unternommen werden, Leute nur aufgrund einer best immten politischen Meinung zu prozessieren, so würden sie sich entschieden gegen ein solches Vorgehen wenden. Ihnen gehe es vielmehr nur um die Bestrafung konkreter Delikte.
Sollte hierin ein Umschwung der Haltung der PCI zur Repression gegen die Linke liegen, so kämen die Strafverfolger etwas in die Klemme; denn geradezu die Aufforderungen der PCI und deren genereller Konsens zu jeder Form der Repression war für jene eine entscheidende Rückendeckung, zu diesem qualitativen Sprung anzusetzen.

Eines jedoch scheint sicher: ein völliger Rückzug des Repressionsapparates in dieser Geschichte wird nicht stattfinden; sie werden es sich nicht leisten können, überhaupt keinen ,Schuldigen' zu finden. Anklagen wegen ,subversiver Vereinigung' zu erheben, werden sie sich kaum erlauben können, drum werden sie vielleicht versuchen, konkrete Delikte zu konstruieren (was allerdings ebenfalls nicht leicht sein wird) und ansonsten mit ,unpolitischen' Mitteln die Bewegungsräume der Linken einzuschränken (von den Möglichkeiten dazu könnt ihr Genossen in der BRD ja ein Liedchen singen).

Was uns selbst als internationales Dokumentationszentrum anbelangt, werden wir jedenfalls erstmal ruhig und in schönster Offenheit unseren gewohnten Beschäftigungen nachgehen. Um unserer finanziellen Misere abzuhelfen, haben wir jetzt eine einmalige Chance: wir werden uns den Untersuchungsbehörden als Übersetzer für die Sammlung von Kopien unserer früheren Berichte für den ID anbieten, über denen die armen Schweine zur Zeit nächtelang rätseln müssen.

centro di documentazione internazionale c/o ,il picchio'
via Mascarella 24 – I-40100 Bologna



DIE REPRESSION GEHT NACH BUNDES– REPUBLIKANISCHER ART WEITER

BOLOGNA 25.Mai

Am 12.Mai wird die Polizeioperation fortgesetzt: 30 Durchsuchungen allein in Mailand und 11 Verhaftungen in Mailand, Bologna und Bergamo.

Unter der Anklage von ‚Begünstigung und Förderung einer subversiven Vereinigung' sind die beiden Rechtsanwälte der Mailänder Roten Hilfe (Soccorso Rosso) Giovanni Cappelli und Sergio Spazzali verhaftet worden. Im gleichen Zusammenhang wurden zwölf weitere Personen in Bergamo und Bologna eingeknastet. Dies ist das vorläufige Ergebnis einer Ermittlung, die die Mailänder Staatsanwaltschaft vor vier Monaten gegen Soccorso Rosso eingeleitet hatte.

Was steckt dahinter? Wie so oft, herzlich wenig und das Wenige reduziert sich dann auch noch auf die zweifelhaften Einflüsterungen eines ebenso zweifelhaften Typen: es ist mal wieder einer auf die andere Seite getreten, der früher von Soccorso Rosso betreute Gefangene Giovanni Picariello, der sich wohl mit seinen Märchen, die er der Staatsanwaltschaft erzählt, ein paar kleine Vorteile erkaufen möchte.

Die Anschuldigung gegen die Verhafteten gehen nun, aufgrund der Märchenerzählung des armen Schweins Picariello dahin, daß die Anwälte unter dem Deckmantel der Knastbetreuung versucht hätten, die Gefangenen für die Brigate Rosse und die NAP anzuwerben.

Diese abenteuerlichen Anwürfe haben in kürzester Zeit massenhafte Proteste und Solidarisierungen mit den Beworfenen erzeugt. Die öffentlichen Proteste gehen unter anderem auch von demokratischen Richtern und einer Unzahl von Rechtsanwälten aus. In einer Stellungnahme der Roten Hilfe von Florenz heißt es:

„Wie in Deutschland und im Chile Pinochets will man das Recht auf Verteidigung und das Recht, verteidigt zu werden, zerstören, indem die elementarsten Verfassungsgarantien abgeschafft werden. Man will der Bewegung das Recht auf politische Verteidigung vor den bürgerlichen Justizorganen nehmen, um rund um die Avantgarden der revolutionären Bewegung verbrannte Erde zu schaffen."

(Centro die documentazione internazionale, Bologna)

BEWAFFNETER ANGRIFF VON AUTONOMI AUF DIE POLIZEI

MAILAND 14.Mai

Ein Polizist mit Kopfschuß im Krankenhaus, das ist eines der vorläufigen Resultate einer Strategie, die bei der übergroßen Mehrheit der linken Bewegung in Italien auf immer deutlichere Ablehnung stößt. Reaktionen auf die brutalen Repressionsmaßnahmen von Polizei und Justiz der letzten Tage in Rom und Mailand, die in fataler Weise auf die direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt fixiert bleiben.

Die Ereignisse hatten ihren Ausgang genommen von einer Demonstration, die von den Gruppen des Wahlbündnisses ‚Democrazia Proletaria' gegen die bewaffnete Raserei der römischen Polizei zwei Tage zuvor und gegen die Verhaftung der Mailänder Anwälte Cappelli und Spazzali organisiert war. 7000 waren dem Aufruf gefolgt. Vom Demonstrationszug spaltete sich eine Gruppe von ca. 1000 Genossen ab, um am Gefängnis San Vittore vorbeizudemonstrieren. Diese Gruppe stieß etwas später auf eine Polizeiblockade, die ihr die Straße versperrte. An diesem Punkt gibt es kurz eine Auflösungstendenz innerhalb des Zuges, aber es wird dann doch beschlossen, erst mal weiterzumarschieren; denn die Polizei steht noch ein gutes Stück von der Spitze des Zuges entfernt. Eine kleine Gruppe, ca. 20, löst sich aus dem Zug und geht zur direkten Attacke über. Ein in der Nähe vorbeifahrender O-Bus wird von seiner Oberleitung getrennt und dient so blockiert als Barrikade. Die ca. 100 Polizisten sind hiervon etwa 200 Meter entfernt. Es fliegt der erste Molli, zurück kommt Tränengas und Rauchbomben. Als der Rauch verflogen ist, kommt das Grüppchen hinter der Barrikade vor und greift an. Ein Pistolenschuß durchdringt den Helm eines Polizisten und durchschlägt ihm die Stirn. Die Ärzte im Krankenhaus sehen wenig Aussichten, sein Leben zu retten; den Untersuchungen zufolge ist er „klinisch tot". Zwei weitere Polizisten sind durch Steinwürfe mittelschwer verletzt.

Als die Nachricht von der Schiesserei die Demonstranten von Democrazia Proletaria auf deren Abschlußkundgebung auf dem Domplatz erreicht, ist die Reaktion der meisten: klare Ablehnung dieser isolierten Aktion, die als provokatorisch angesehen wird. Die Mailänder Lotta Continua gibt folgende Stellungnahme ab:

„Wir hatten eine große, friedliche und massenhafte Demonstration gewollt, und so war es auch von Anfang bis zum Schluß auf der Piazza del Duomo... Andere, die sich zur Scene der Autonomia Operaia definieren, haben es vorgezogen, eine eigene kleine Demonstration zu machen, die dazu diente, die Eskalation der reaktionären und antidemokratischen Machenschaften der Regierung Andreotti und der Kräfte, die sie unterstützen, zu schüren. Die Schießerei, die sich ein Teil dieses Demonstrationszuges mit einem Einsatzkommando von Polizei und Carabinieri geliefert hat, und die für drei Polizisten zu schweren Verletzungen geführt hat, ist die Folge einer Politik, die sich schon anläßlich des Todes von Passamonti (der am 21.4. in Rom erschossene Polizeischüler) gezeigt hatte, einer Politik, die die Bedeutung von Massenmobilisierungen nicht zu erkennen versteht und die politische Auseinandersetzung ausschließlich an derem militärischem Niveau mißt."

Weitaus massiver noch die Anklagen anderer linker Gruppen. Die Gruppen der Autonomia Operaia selbst haben zu dem Vorfall noch keine Stellungnahme abgegeben, doch ist zu vermuten, daß auch sie die Aktion nicht so ohne weiteres billigen, denn auch sie sind sich bewußt, daß es für sie eine Schwelle der Militanz gibt, deren Überschreiten, so wie die Kräfteverhältnisse sind, selbstmörderisch sein könnte.

Am Abend gab es eine Reihe von Festnahmen. Eine Gruppe von Festgenommenen wurde, als sie im Hof der Questura ankamen, von einigen aufgebrachten Polizisten fast gelyncht; diese konnten von einigen Kollegen gerade noch davon abgehalten werden.

(von: centro di documentazione internazionale)



EIN TAG FÜR DIE ANARCHIE

PARIS/KÖLN 25. Mai

Am 15. Mai organisierte die Französische Anarchistische Föderation (FAF) im Pariser Theater 'Le Palace' eine Veranstaltung. Der Erlös dieser Veranstaltung wird der zur Zeit monatlich erscheinenden Zeitung der FAF, 'Le Monde Libertaire', zu Gute kommen, die ab Oktober 1977 wöchentlich erscheinen soll.

Zu der Veranstaltung, die über 12 Stunden dauerte und an der über 800 Personen teilnahmen, hatte die FAF zahlreiche Selbstorganisationen zu verschiedenen Themen eingeladen. So gab es Diskussionskreise zur Frauenbewegung, über Ökologie und Atomenergie, zur Stadtteilarbeit, über Militarismus und Vertreter französischen Gefangenenorganisation CAP berichteten und diskutierten mit den Anwesenden. Es wurden Vorträge über 'Proudhon und Föderalismus', sowie über Bakunin gehalten.

Vertreter der französischen Druckerei IMRO, die 10 Monate besetzt war, zeigten einen Film über ihren Kampf und diskutierten mit den Versammelten über Fabrikbesetzung und Selbstverwaltung.

Eine Diskussion mit Vertretern der spanischen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT (Confederacion Nacional del Trabajo - Nationale Arbeiterkonfederation) wurde mit einem längeren Dia-Vortrag eingeleitet.

Vertreter der italienischen Anarchisten GAF (Grupo Anarchici Federati) und der FAI (Federazione Anarchica Italiana) berichteten über die derzeitige Situation in Italien und die anarchistische Bewegung. Ein deutscher Genosse berichtete über die aktuelle Lage in der BRD. Die FAF hat daraufhin ein Kommunique, das auf den Prozeß gegen Karl-Heinz Roth und Roland Otto eingeht, veröffentlicht und in einem Telegramm an die deutsche Botschaft in Paris und an den Kölner Richter Draber gegen das Verfahren und die Behandlung der Genossen protestiert.

Den Abschluß bildete eine ca. 4stündige Musikveranstaltung, an der zahlreiche französische und spanische Liedermacher und Musikgruppen auftraten.

ZUR AKTUELLEN SITUATION IN PORTUGAL — TEIL III

FRANKFURT 23. Mai

Dies ist der letzte Teil eines Gesprächs mit einem Mitarbeiter der linken Wochen-Zeitung ‚Gazeta', der eine Rundreise durch die BRD gemacht hat:

DIE POLITIK DER PCP

Die Führungsgruppe der kommunistischen Partei Portugals (PCP) ist schon sehr alt; sie stammt aus der Zeit des Stalinismus. Obwohl sie die Entstalinisierung unter Chruschtschow mitgemacht hat, ist das Organisationsmodell der Partei noch immer stalinistisch.

Diese Komponente, die die PCP von anderen südeuropäischen KP's unterscheidet und bisher zu ihrer Isolierung geführt hat, wurde noch dadurch verstärkt, daß die Partei nach dem 25.April innerhalb eines Jahres eine sehr starke Machtposition gewann, so daß ihre Direktion glaubte, es sei möglich, direkt zur Diktatur des Proletariats überzugehen, ohne länger in einem Stadium des demokratischen Übergangs zu bleiben. Inzwischen versucht die PCP, sich in einer gewissen Weise mit der PS zu arrangieren, um einen Teil der staatlichen Macht zu erhalten.

Auch hierin spiegelt sich die Defensive wider, in der sich die portugiesische Linke befindet: noch vor 2 Jahren sagten die Kommunisten, sie wollten nicht die Sozialdemokratie, sondern den Sozialismus. Auf der anderen Seite benutzt die Kommunistische Partei die von ihr dominierten Gewerkschaften, um Druck auf die Regierung auszuüben, aber wieder mit dem Ziel, an der Regierungsgewalt teilzuhaben.

Sie befindet sich nun in dem Zwiespalt, im Parlament zum Teil mit der PS zu stimmen, um ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und in der Öffentlichkeit gegen diese Regierung polemisieren zu müssen, um nicht ihre Basis zu verlieren.

Doch die Orientierung der PS sieht anders aus. Sie kennt ihre Schwäche im Parlament, sie ist gezwungen, sich auf andere Parteien zu stützen. Am 25.April 1977 rief nun Präsident Eanes, der die herrschende Strömung im Militär repräsentiert, die PS dazu auf, stärker mit den anderen demokratischen Parteien der Rechten zusammenzuarbeiten, etwa mit der PSD. Während die PCP diese Rede nicht kommentierte, befürchtet nun Soares, daß Eanes mit seiner Regierung unzufrieden ist und möglicherweise das Parlament auflöst. Aus diesen Gründen wird er sich Eanes' Wunsch fügen.

DIE SITUATION IN DEN MASSENMEDIEN

Nach dem 25.November war es das Ziel der Regierung, die politische Lage zu normalisieren. Das läßt sich auch im Bereich der Massenmedien verfolgen. Die PS-Regierung hat sofort die Kontrolle über die meisten der nationalisierten Zeitungen übernommen, ebenfalls über Radio und Fernsehen. Es wurden zunächst unmittelbar nach dem 25.November alle Zeitungen Lissabons geschlossen, die Regierung ernannte eine neue Administration, ein großer Teil der progressistischen Journalisten wurde entlassen, meist mit der Begründung oder unter dem Vorwand, sie seien mit der PCP verbunden. Diese Zeitungen verfolgten daraufhin eine veränderte Informationspolitik: der ‚Diario de Noticias' zum Beispiel kann heute, nachdem er von rechten Vertretern der PS übernommen wurde, als eine zweite Regierungszeitung angesehen werden. Daß diese Zeitung offen die Regierungslinie vertritt, ist deshalb sehr wichtig, weil sie wegen ihres großen Anzeigenteils sehr weit verbreitet ist (90 000 Auflage pro Tag). Bevor O'Seculo' geschlossen wurde, war sie der sozialdemokratischen PS unterstellt worden. Die ‚Republica' ist geschlossen, ein Teil ihrer Journalisten gingen zur ‚Gazeta' oder zur 'Pagina 1', um den Versuch fortzusetzen, eine Zeitung der Basisbewegung zu schaffen. Viele frühere Journalisten sind aber auch noch arbeitslos.

Zur gleichen Zeit erleben wir, daß rechte Zeitungen, zum Teil offen faschistisch, wieder auftauchen. Obwohl diese faschistische Presse im Widerspruch zur Verfassung steht, kann sie unbehindert arbeiten. Weiter gibt es einige Zeitungen, die von bestimmten Kapitalfraktionen unterstützt werden, sodaß man sagen kann, daß die rechte Presse heute in Portugal überwiegt. Dagegen sind die Schwierigkeiten für die revolutionären Zeitungen, die Organe der Basisbewegung, enorm. Die ‚Gazeta' mußte ihr Erscheinen vorübergehend einstellen, andere Zeitungen, wie die ‚Pagina Um' gingen von Tages- zu Wochenzeitungen über.

Auch im Fernsehen hat sich die Situation gewandelt, auch hier sind einige der ehemaligen faschistischen Mitarbeiter zurückgekehrt, die ihre Stellungen verloren hatten.

Radio Renascença wurde der Kirche zurückgegeben, es ist die einzige Private Radiostation im Land.

Doch wichtiger als diese personellen Änderungen ist die Wandlung in der Informationspolitik insgesamt. Nach dem 25.April erlebten wir die Befreiung des Wortes; die Arbeiterkommissionen, die Stadtteilgruppen hatten keine Schwierigkeiten, Zugang zu den Medien zu finden und ihre Probleme direkt darzustellen. Diese direkte Repräsentation ist heute völlig verschwunden; die ‚große Politik' herrscht wieder vor. Falls im Radio oder in den Zeitungen überhaupt noch von den Volksinitiativen oder den Gewerkschaften die Rede ist, so wird über sie gesprochen, sie artikulieren sich nicht selbst.

DIE ARBEITSWEISE EINER LINKEN ZEITUNG

Die ‚Gazeta da Semana' ist eine Kooperative der Leute, die an ihr arbeiten. Sie hat zwei Redaktionen, eine in Lissabon, eine in Porto. Obwohl dies die Kosten erheblich erhöht, soll doch gewährleistet sein, daß die Probleme des Nordens in der Presse ihren Niederschlag finden Die beiden Redaktionen bestehen aus 15 bezahlten Mitarbeitern insgesamt, von denen jeder 6000 escudos (etwa 350 DM) im Monat erhält. Doch wir hatten noch nie genügend Geld, um diese Summe tatsächlich auszahlen zu können. Neben diesem permanenten Kollektiv gibt es eine Gruppe von Leuten, etwa 30 Personen, die locker mit der Zeitung verbunden sind und an der Vorbereitung und Kritik der einzelnen Nummern teilnehmen und allgemeine Probleme mit uns diskutieren.

Neben dieser internen Struktur gibt es im ganzen Land Gruppen, die uns mit Beiträgen unterstützen und die eine wichtige Funktion bei der Verbreitung der Zeitung haben. Weiter haben wir Leserversammlungen in Lissabon durchgeführt, um die Leser stärker in die Gestaltung der Zeitung einzubeziehen. Aus diesem Grund und um der Zeitung eine solide finanzielle Grundlage für ihr Wiedererscheinen zu sichern, haben wir nun die Form einer Kooperative aller Leser eingeführt, die sich mit einer bestimmten Geldsumme an der Zeitung beteiligen.

Bevor wir die Arbeit vorübergehend einstellten, hatten wir eine mittlere Auflage von 20 000 Exemplaren; dies konnte leicht variieren, während der Wahl-Kampagne von Otelo erreichten wir eine Auflage von 30 000. Ebenso, wie wir von jedem Parteiapparat unabhängig sind, lehnen wir eine ökonomische Abhängigkeit von Kapitalgebern ab und veröffentlichen daher keine gewerblichen Annoncen.

Wir arbeiten eng mit französischen, italienischen und deutschen Zeitungen zusammen; die Liberation zum Beispiel, von der wir öfter Artikel übernahmen, veröffentlicht einen Aufruf, um unser Wiedererscheinen zu unterstützen.

DIE ERGEBNISSE DER RUNDREISE

Unsere Rundreise durch die BRD, die von Mitarbeitern der Gazeta in Frankfurt organisiert worden war und zu Veranstaltungen in Frankfurt, Darmstadt, Köln, Bochum, Berlin, Stuttgart, Freiburg und Hannover führte, hatte vor allem den Zweck, finanzielle Unterstützung für die Gazeta zu gewinnen. Gleichzeitig wollten wir über einige gegenwärtige Entwicklungen berichten. Unser Eindruck war, daß das Interesse der Linken an Portugal erheblich zurückgegangen ist. Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß sich nichts mehr ereignet, daß die Revolution endgültig gescheitert ist. Die Aktivitäten der Portugal-Komitees, die im Sommer 1975 eine wichtige Informationsarbeit geleistet haben, sind stark zurückgegangen.

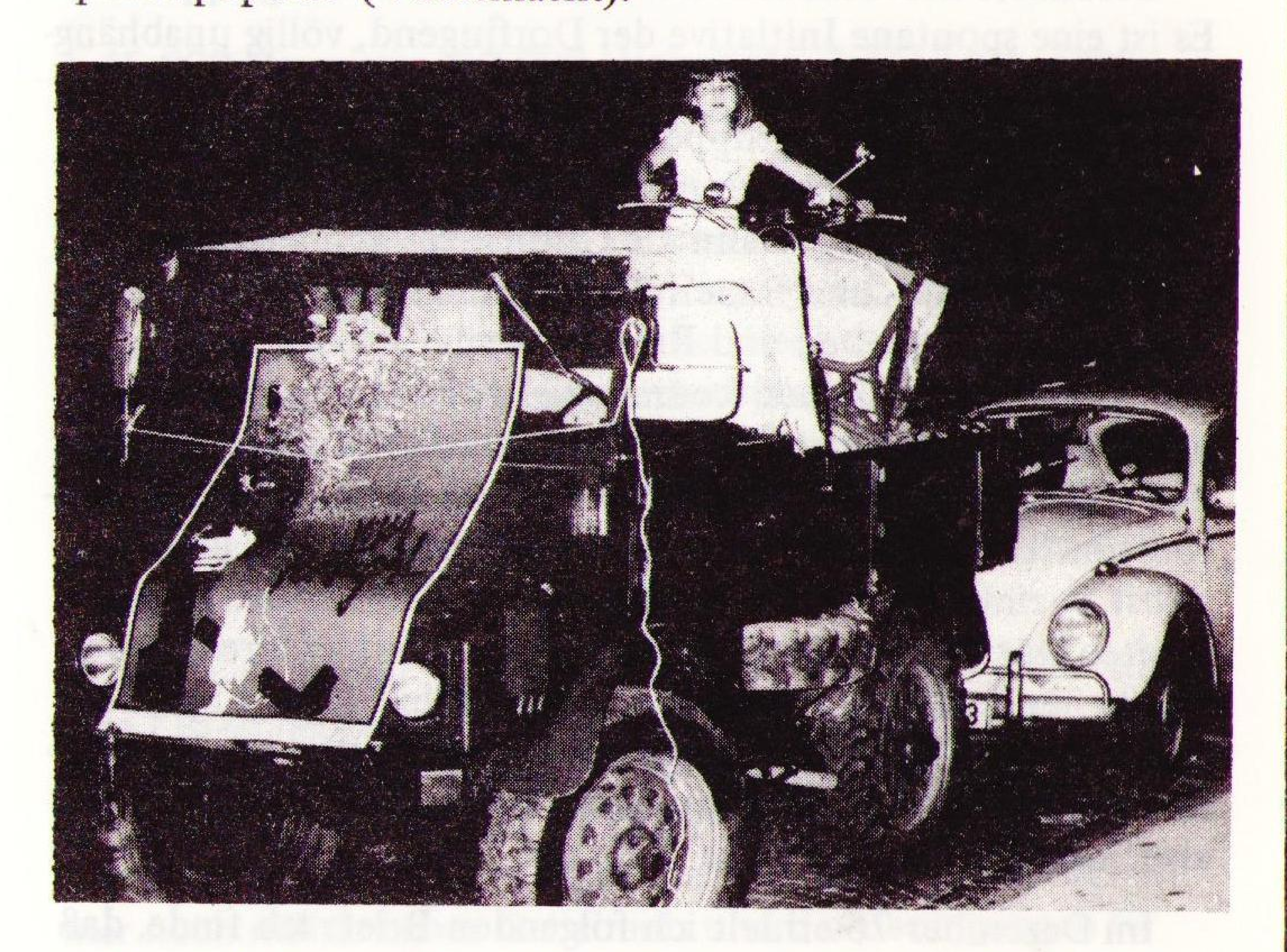
Doch sind wir mit den Ergebnissen der Rundreise im allgemeinen zufrieden, da wir neben den materiellen Erträgen Kontakte knüpfen konnten, die für uns wichtig sind. Unsere Veranstaltungen wurden von ganz unterschiedlichen Gruppen getragen, in Frankfurt z.B. vom Club Voltaire, in Köln vom Kölner Volksblatt, andere von antimilitaristischen Gruppen oder vom KB. In Stuttgart konnten wir vor portugiesischen Arbeitern in der BRD sprechen.

Für notwendige Spenden hier die Adresse der Gazeta: Rua Pinheiro Chagas Nr. 41 – 2º drt. LISSABON

DAS ALLTAGSLEBEN WIRD SELBSTBESTIMMT– ZWEI DÖRFER IN DER ALGARVE

FRANKFURT 23. Mai *Bericht von einem, der sich über ein Jahr im Süden Portugals, in der Algarve auf dem Land aufgehalten hat, und der die Fixierung auf Barao bekämpft:*

Mexilhoeira Grande ist ein Dorf in der Mitte zwischen Lagos und Portimao, etwas abgelegen von der Nationalstraße, mit ideal en Zug- und Busverbindungen, das Meer etwa 5 km entfernt. Knapp einen Kilometer weiter, im Bewußtsein der Bewohner kaum getrennt, liegt ein weiteres Dorf, Figueira, hinter beiden beginnt die Serra, ein hügeliges Hinterland bis zu den Bergen des Monchique. Das äußere Bild des Dorfes wird bestimmt von großen Wandmalereien: Otelo und Symbole des ‘poder popular' (Volksmacht).



Zur politischen Geschichte übersetze ich einen Brief aus dem Dorf: ‘MG hat eine junge antifaschistische Tradition, denn es gab dort eine Station der portugiesischen Legion (eine faschistische Überwachungs- und Bespitzelungsorganisation) und mehrere Mitglieder der PIDE. Sofort nach dem 25. April 74 organisierten sich die antifaschistischen Kräfte und besetzten als eine der ersten Gruppen im Land am 1. Mai mit der Mehrheit der Bevölkerung das Bürgermeisteramt und die ‘casa do povo' (eine Art Sozialzentrum). Kurz danach wurde eine Bewohnerkommission ins Leben gerufen, um endlich die Belange der Bevölkerung in die Hand zu nehmen. Es bildeten sich Kooperativen, Land und ein leerstehendes Haus im Dorf wurden besetzt, man vertrieb den reaktionären Pfaffen und Anhänger von Salazar und gründete eine Theatergruppe.

Für die Kommunalwahlen (im Dez. 76) wurde eine linke Einheitsliste aufgestellt, überwiegend Aktive aus den Kooperativen. Diese Liste gewann 4 Mandate, ebensoviel wie die PS, ein Mandat ging an die vereinigte Rechte. Folglich kontrolliert keine Partei die Situation im Dorf.'

Zur Zeit gibt es folgende Initiativen:
Am weitesten fortgeschritten ist die Agrarkooperative. Klein-

bauern aus den beiden Dörfern und dem Hinterland, mittlerweile über 200 Mitglieder, schlossen sich zusammen. Jeder zahlte einen bestimmten Geldbetrag, Land wurde gekauft, eine Zentrale entsteht, mit Lagerhäusern, Maschinenpark etc.

Die Kooperative hat eine eigene Dreschmaschine, vom Staat wurden ihr 2 Traktoren zur Verfügung gestellt, und sie bezahlt 4 fest angestellte Arbeiter (je 5.000 Esc). Weiter organisierte sie eine zentrale Beschaffung aller Futtermittel, von Saatgut, Kunstdünger etc. In dem damals besetzten Haus wurde eine Konsumkooperative eingerichtet, um den Zwischenhandel auszuschalten. Vor allem diese Gruppe hatte sehr viele Schwierigkeiten, z.B. Kredite zu erhalten, Lastwagen zu mieten etc. Eine Gruppe Frankfurter Genossen hat diesen beiden Kooperativen deshalb im Sommer 76 einen Unimog zur Verfügung gestellt.

In Figueira gibt es eine sogenannte Wohnbaukooperative. Sie hat 135 Mitglieder und plant 245 Wohnungen, ein Kulturzentrum mit Festsaal, Bibliothek, Sport- und Spielmöglichkeiten, weiter einen Kindergarten, einen Sportplatz und eine Markthalle. Das Land für diesen Komplex wird enteignet. Aber auch diese Kooperative hat riesige Schwierigkeiten, auf allen Ebenen der Bürokratie versucht man, die Realisierung des Projektes zu verzögern.

Alles wird in Eigenarbeit hergestellt, das Finanzierungssystem basiert auf einem monatlichen Beitrag, der bis zu 25% des Monatseinkommens beträgt, insgesamt soll die einzelne Wohnung innerhalb von 25 Jahren abgezahlt sein. 'Hiermit wollen wir die Sabotage durch die Regierung Soares bekämpfen!'

Besonders hervorheben möchte ich die Theatergruppe. Es ist eine spontane Initiative der Dorfjugend, völlig unabhängig und daher ohne finanzielle Unterstützung (im Gegensatz zu vielen anderen Theatergruppen, wie z.B. der PC-Jugend); die Mittel stammen aus Spenden, vieles ist improvisiert, hat aber gerade deshalb Erfolg. Denn die Gruppe spielt überwiegend in kleineren Fischer- und Bauerndörfern, dort gibt es viele Analphabeten. Fernsehen und Rundfunk sind wieder fest in der Hand von Regierung und kommerzieller Werbung. Die einzige Alternative ist also zur Zeit das Theater, die Gruppe versteht sich daher auch als 'Interventionstheater'. Das wichtigste Transportmittel für Material und Spieler ist der Unimog. Ich bin selbst zweimal im Winter bei Regen und Kälte zu 15 km entfernten Dörfern auf dem offenen Unimog mitgefahren, dabei wurde mir deutlich, warum die Gruppe mich gefragt hat, ob Leute in der BRD einen billigen Dieselbus kaufen könnten. Eine wichtige Motivation, warum ich das Projekt vorstelle, ist also, Geld für diesen Bus zu sammeln.

Im Dezember 76 erhielt ich folgenden Brief: ich finde, daß er den vorigen Abschnitt gut ergänzt.
'Camaradas, die Bedingungen sind, daß wir in dieser Region ziemlich isoliert sind. Auch haben wir in der Praxis noch nicht die Fortschritte gemacht, die wir uns wünschen, aber wir sind gefestigter als je zuvor.

Also, der Verkauf von Futtermitteln für Tiere zum Billigstpreis schreitet voran, jetzt verkaufen wir 400.000 kg im Monat. An unsere Mitglieder verleihen wir alle Maschinen, die wir besitzen, zu günstigen Preisen. Im Augenblick sammeln wir Einrichtungsgegenstände für ein Büro, gleichzeitig werben wir ständig weitere Mitglieder.

Die Erntearbeiten sind beendet, durch unsere Dreschmaschine konnten wir 16 Arbeiter drei Monate lang beschäftigen. Zur Konsumkooperative ist zu sagen, daß wir die ersten Schritte zur völligen Enteignung des Geländes getan haben, auf dem damals das Haus besetzt und in freiwilliger Arbeit von den Mitgliedern eingerichtet wurde. Wir haben Wasser, Elektrizität und einen Gefrierraum angelegt.

Das Schlachten und Verkaufen von Fleisch beginnt, wir strengen uns sehr an, 100.000 Esc. zinslos zu leihen.

Vor kurzem gab es Volksfest auf dem Gelände der Kooperative mit revolutionären Sängern und Volksdichtern und einem Genossen aus Venezuela. Das Fest hatte den Charakter der Einheit und Mobilisierung im Sinne der Kooperativenbewegung. Schließlich wurde ein Film über die Tupamaros gezeigt und kommentiert.

Die Jugendlichen arbeiten hart, aber mit viel Freude in der Theatergruppe, sie führen bald das Stück 'Operation Schneewittchen oder: die Rechte verzeiht nie' von Alfredo Nery Paiva auf, es handelt von dem Putsch der chilenischen Faschisten.'

Ich will nun einige Argumente nennen, die gleichzeitig auch eine gewisse Abgrenzung (was materielle und personelle Hilfe angeht) gegenüber den bekannten Kooperativen oder auch dem Dorf Barao beinhalten.

Die politischen Kampfformen in MG sind von einer neuen Qualität, zum einen sind sie ohne Einfluß von außen in der Bevölkerung entstanden und spiegeln damit auch den tatsächlichen Bewußtseinsstand wieder (während viele Projekte, bestimmt durch politische Gruppen, MFA oder auch einzelne Personen wie Inge und Deo in Barao einen aufgesetzten Charakter hatten), zum anderen wird die Politik von einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten bestimmt. Hier kommen einige Bedingungen zusammen, die in Portugal selten sind, nämlich eigene Initiative, aber auch ein kluges pragmatisches Vorgehen bei der Durchführung: es ist den Kooperativen gelungen, völlig legal einen Großteil des Alltagslebens in ihren Dörfern zu bestimmen. Und sie haben Formen von kollektivem Arbeiten und Leben entwickelt, ein Gegenstück zu der allgemein zunehmenden Apathie und dem Rückfall in den Individualismus.

Ein anderes Problem ist, daß wir in der BRD immer einige Schwierigkeiten mit unserer Portugalsolidarität hatten.

Arbeitslager wie in Barao halte ich für politisch sehr fragwürdig, die Konfrontation des kleinen, isolierten Dorfes mit einem 'deutschen Lager' und seiner entsprechenden Mentalität hat eindeutig zum Wahlsieg des Gegners beigetragen.

In MG war das anders, die Leute haben uns in ihren Alltag integriert. Sie waren offen, spontan und vor allem auch an uns als Personen interessiert. Es gab keinen Zwang zur Arbeit, wer wollte, der konnte sich genügend aussuchen.

Für Mexilhoeira Grande ist ein Konto eingerichtet:
Postscheck-Nr. 106410-605 Frankfurt

'STINKIGE' AKTIONÄRSVERSAMMLUNG DER CIBA–GEIGY

BASEL 18. Mai — Die diesjährige Aktionärsversammlung des schweizerischen Chemie- und Pharmaziemultis Ciba-Geigy begann mit einem Eklat. Der Vorstitzende teilte mit, es sei in der vergangenen Nacht in der Kongreßhalle eine Stinkbombe zur Explosion gebracht worden. 'Trotz Einsatz chemischer Mittel lag der Gestank auch noch zu Beginn der Generalversammlung in der Luft.' (NZZ, 18.5.77)

Hintergrund und Anlaß dieses 'Attentats' wurden in der Presse erwartungsgemäß verschwiegen. Hier das Communique der 'Attentäter', das die Baseler Zeitung und der Blick nicht veröffentlichten:

'Geschenk an die Generalversammlung des Chemie-Multi-Mörders Ciba-Geigy im Auftrag einer SMON-Leiche: Da leider kein Dioxin vorhanden, weil alles in Seveso entwichen - 2 Liter konzentrierte Baseler Luft.'

SMON - so wird eine Krankheit genannt, die durch das Ciba-Geigy Produkt Hexachloroform verursacht wird. Die Ciba-geigy hat in Japan in diesem Zusammenhang einen Prozeß laufen und über 2.000 Todesfälle zu verantworten. Auch in der Schweiz kamen bisher 15 tödliche SMON-Erkrankungen ans Licht.

„IM REICH DER FOLTER KEINE ARBEITSLOSIGKEIT"

Bericht aus Argentinien

FRANKFURT 18. Mai Es ist eine abgegriffene Formel, aber diesmal stimmt sie. Mit seinem offenen Brief an die argentinische Militärjunta zum 1. Jahrestag ihres Putsches Ende März dieses Jahres hat der argentinische Schriftsteller Rodolfo Walsh sein Todesurteil verfaßt. Er ist aufgrund des Briefes aller Wahrscheinlichkeit nach ermordet worden. Wir drucken den Brief ab, weil er auf die Profitpraxis auch westdeutscher Konzerne wie Mercedes, Siemens und der BfG (die dem DGB gehört) in Argentinien ein grauenhaftes Licht wirft.

(Wer mehr über Argentinien lesen will: bei Trikont gibts jetzt ein Buch von Arno Münster über Arbeiterkämpfe gegen Diktatur- und Gewerkschaftsbürokratie; außerdem haben die Chile-Nachrichten in Westberlin eine Sondernummer über Argentinien veröffentlicht).

Über Rodolfo Walsh

Am 23. März 1977, dem Jahrestag des Militäputsches unter Führung von General Videla, richtete der argentinische Schriftsteller und Journalist Rodolfo Walsh diesen Brief an die Junta und schickte ein Kopie an den Präsidenten Carter. Zwei Tage später wurde das Haus von Walsh mit Maschinengewehren beschossen und er selbst entführt. Walsh, der 1927 in Buenos Aires geboren wurde, hat drei Erzählbände publiziert, die ihn zu einem der wichtigsten Schriftsteller der argentinischen Prosa machen: Die irdischen Berufe (1965); Ein Kilo Gold (1967) und Ein dunkler Tag der Gerechtigkeit (1973). Eine besondere Bedeutung in der lateinamerikanischen Dokumentalistik haben aber seine Reportagen erlangt: Operation Massaker (1957); Der Fall Satanowsky (1958) über die Ermordung deines jüdischen Rechtsanwalts durch Agenten der Geheimpolizei, die als Rassenverbrechen verschleiert wurde, sowie: Wer tötete Rosendo Garcia (1969) über Korruption im argentinischen Gewerkschaftswesen.

Der Brief wurde in die Öffentlichkeit gebracht angesichts der Gewissheit, daß Walsh seinetwegen ermordet wurde.

Offener Brief an Videla und Konsorten

1. Pressezensur und Verfolgung von Intellektuellen, die Durchsuchung meines Hauses, die Ermordung meiner engsten Freunde und das Schicksal meiner Tochter, die den Tod fand, als sie mit der Waffe in der Hand euch bekämpfte, sind einige der Tatsachen und Geschehnisse, die mich zwingen, auf diese Weise das Wort zu ergreifen, nachdem ich als Schriftsteller und Journalist fast dreissig Jahre lang frei meine Meinung sagen konnte.

Der erste Jahrestag dieser Militärjunta hat seine offizielle Bilanz in Festreden und Dokumenten gefunden, in denen das, was Ihr als Eure Erfolge hinstellt, in Wirklichkeit Mißerfolge, was Ihr als Mißerfolge anerkennt, Verbrechen und was Ihr verschweigt, Greueltaten sind.



Am 24. März 1976 habt Ihr eine Regierung gestürzt, an der Ihr selbst teilhattet und zu deren Mißkredit Ihr beigetragen habt als ausführendes Organ einer Politik der Repression. Diese Regierung hätte ohnehin neun Monate später – dann hätten Wahlen stattfinden sollen – ihr Ende gefunden. So betrachtet, habt Ihr also nicht die Übergangsregierung der Isabel Martinez gestürzt, sondern die Möglichkeit eines demokratischen Prozesses ausgeschlossen, in dem das Volk die Mißstände hätte beseitigen können, die Ihr nur fortgesetzt und verschlimmert habt.

2. 15 000 Vermisste, 10 000 Verhaftete, 4000 Tote, Zehntausende von Exilierten, das sind nackte Zahlen Eures Terrors.

Als die gewöhnlichen Gefängnisse überfüllt waren, habt Ihr in den größten Kasernen des Landes Konzentrationslager eingerichtet, zu denen kein Richter Zugang hat, kein Rechtsanwalt, Journalist oder internationaler Beobachter. Die Verfahren werden aus untersuchungstechnischen Gründen zu militärischen Geheimnissen erklärt, wodurch die meisten Verhaftungen zu Entführungen werden und Euch erlauben, unkontrolliert zu foltern und Erschiessungen ohne Richterbefehl durchzuführen.

(Anm.: Seit Januar 1977 veröffentlicht die Junta unvollständige Listen neuer Verhafteter und auch „Freigelassener", in der Mehrheit Leute, denen der Prozeß gemacht wird, die also nicht mehr den Militärs unterworfen, aber nach wie vor in Haft sind. Die Namen Tausender von Gefangenen sind immer noch militärisches Geheimnis und die Bedingungen für ihre Folter und Erschiessung unverändert.)

Mehr als 7000 habeas-corpus-Anträge wurden im vergangenen Jahr negativ beantwortet. In Tausenden von anderen Fällen hat man nicht einmal zu diesem Instanzenweg gegriffen, da man ihn von vornherein als sinnlos betrachtet oder da kein Anwalt mehr diesen Schritt wagt, nachdem fünfzig oder sechzig Anwälte, die dies getan hatten, selbst entführt worden waren. So habt Ihr die Folter jeder zeitlichen Begrenzung entzogen.

Da der Verhaftete als solcher nicht existiert, gibt es auch nicht die Möglichkeit, ihn innerhalb von zehn Tagen einem Richter vorzuführen, wie es das Gesetz vorschreibt, das sogar in den schlimmsten Zeiten anderer Diktaturen in unserem Land eingehalten wurde.

Grenzenlos sind auch die Methoden, die Ihr anwendet; Ihr macht Euch über die Gliedmassen, Gelenke und Eingeweide Eurer Opfer her, und zwar mit chirurgischen und pharmakologischen Mitteln, über die die Henker vergangener Zeiten nicht verfügten. Folterbank und Schraubstock, Enthäutung und die Säge der Inquisitoren aus dem Mittelalter tauchen wieder in den Zeugnissen der Opfer auf, neben den Elektroschocks, dem „U-

Boot", dem Lötkolben der modernisierten Methoden.

(Anm.: Der peronistische Politiker Jorge Lizaso wurde bei lebendigem Leib enthäutet; der frühere Parlamentsabgeordnete der Radikalen Partei Mario Amaya erschlagen; dem Abgeordneten Muniz Barreto das Genick gebrochen. Eine Überlebende berichtet: „Stromschläge an den Armen, Händen, Muskeln und der Nähe des Mundes jedesmal, wenn ich weinte oder betete ... Alle zwanzig Minuten öffneten sie die Tür und drohten, Schinken aus mir zu machen mit einer elektrischen Säge, die in der Nähe zu hören war.")

3. Die Weigerung der Junta, die Namen der Häftlinge zu veröffentlichen, ist nur der Deckmantel für die systematische Liquidierung von Geiseln in den frühen Morgenstunden und an menschenleeren Orten, unter dem Vorwand von Kämpfen, die nie stattgefunden haben und von Fluchtversuchen, die vorgetäuscht werden.

70 Erschossene nach der Bombenlegung im Sitz der Seguridad Nacional; 55 als Antwort auf die Explosion in der Polizeiwache von La Plata; 30 für das Attentat auf das Verteidigungsministerium; 40 im Neujahrs-Massaker nach dem Tod des Coronels Castellanos; 19 nach der Bombe, die das Kommissariat von Ciudadela zerstörte – ein kleiner Teil nur von 1200 Exekutionen in dreihundert vorgeblichen bewaffneten Auseinandersetzungen, in denen der Gegner keine Verletzten und die Ihrem Befehl unterstellten Truppen keinen einzigen Toten aufzuweisen hatten.

Die Tötung von in tatsächlich stattgefundenen Kämpfen verletzten und gefangenen Guerilleros geht aus den Militär-Kommuniques selbst hervor, in denen der Guerilla 600 Tote und nur 10 bis 15 Verletzte angerechnet werden, eine selbst in den blutigsten Auseinandersetzungen nie dagewesene Proportion. Dieser Eindruck wird durch die Analysen einer Untergrund-Zeitschrift bestätigt, die nachwies, daß zwischen dem 18. Dezember 1976 und dem 3. Februar 1977 in insgesamt 40 tatsächlich stattgefundenen Kämpfen die Streitkräfte 23 Tote und 40 Verletzte, die Guerilla aber 63 Tote zu verzeichnen hatten.
(Anm.: „Cadena informativa", Botschaft Nr. 4, Febr. 1977)

Auf diese Weise hat sich der General Benjamín Menéndez, Chef der dritten Heeresabteilung, seine Lorbeeren verdient: vor dem 24. März 1976 mit der Ermordung des in Córdoba verhafteten Marcos Osatinsky, später dann mit dem Tod von Hugo Vaca Narvaja und fünzig anderen Gefangenen, die nach beliebiger Anwendung des sogenannten „Gesetzes über den Fluchtversuch" erschossen wurden, Greueltaten, die man ohne Erbarmen ausführte und ohne Skrupel zum Besten gab.

(Anm.: Eine genaue Beschreibung ist in dem Brief enthalten, den die Insassen des Gefängnisses von Encausados an Monseñor Primatesta, Bischof von Córdoba, richteten: „Am 17. Mai werden unter dem Vorwand, sie auf der Krankenstation zu untersuchen, sechs Mitgefangene abgeführt und erschossen. Es handelt sich um Miguel Angel Mosse, José Svagusa, Diana Fidelman, Luis Verón, Ricardo Yung, Eduardo Hernández, über deren Tod bei einem Fluchtversuch die Dritte Heeresabteilung informiert. Am 29. Mai werden José Pucheta und Carlos Sgadurra abgeführt. Letzterer wird dermaßen geschlagen, daß er sich wegen seiner vielen Knochenbrüche nicht auf den Beinen halten kann. Beide werden dann erschossen aufgefunden, nach einem „Fluchtversuch".)

Die Ermordung von Dardo Cabo, festgenommen im April 1975, erschossen am 6. Januar 1977 zusammen mit sieben weiteren Gefangenen im Befehlsbereich der Ersten Heeres-Abteilung unter General Suárez Mason, zeigt, daß diese Episoden keine Hirngespinste sind, sondern Ausdruck der Politik, die Ihr in den Generalstäben plant, in den Ministersitzungen diskutiert, als Kommandanten der drei Waffengattungen verfügt und der Ihr als Mitglieder der Regierungs-Junta Eure Zustimmung gebt.

4. Weitere 1500 bis 3000 Menschen wurden insgeheim umgebracht, nachdem Ihr das Verbot erlassen habt, über die Entdeckung von Leichen zu berichten. Trotzdem wurden verschiedene Fälle bekannt, weil sie auch andere Länder betrafen, weil sie das Ausmaß eines Völkermordes annahmen oder weil sie Abscheu sogar in Ihren eigenen Reihen auslösten.

(Anm.: Zeitungsmeldungen zufolge wurden in den ersten zwei Wochen nach dem Putsch 63 Leichen gefunden, was auf ein Jahr projiziert, die Ziffer von 1500 ergibt. Die Annahme, daß diese Zahl sich verdoppelt haben könnte, rührt einerseits von der Tatsache her, daß seit Januar 1976 die Zeitungen nur unvollständig berichten konnten und daß sich andererseits die Repression seit dem Putsch sehr verschärft hat. Eine der Wirklichkeit nahekommende Schätzung der von der Junta Ermordeten ergibt: 600 in bewaffneten Auseinandersetzungen; 1300 Erschossene; 2000 in Geheimexekutionen und 100 auf andere Weise Umgebrachte. Insgesamt: 4000 Tote.)

25 verstümmelte Körper wurden zwischen März und Oktober 1976 an die uruguayischen Küste geschwemmt, sicher nur ein kleiner Teil der Ladung der in der Marine-Schule zu Tode Gefolterten, die im La Plata-Fluß versenkt wurden, genau wie jener fünfzehnjährige Bursche, Floreal Avellaneda, der an Händen und Füßen gefesselt war und bei dem die Autopsie „schwere Verletzungen in der Aftergegend und sichtbare Knochenbrüche" ergab.

Einen wahren Seefriedhof entdeckte ein Mann, als er im See San Roque von Córdoba tauchte. Er meldete das dem Kommisseriat, das seine Anzeige nicht entgegennahm, er schrieb an die Zeitungen, die seinen Bericht nicht veröffentlichten.
(Anm.: Brief von Isaías Zanott , veröffentlicht von der Untergrund-Nachrichtenagentur ANCLA).

Hier endet die Fiktion von ultra-rechten Banden, den angeblichen Nachkommen der AAA von Lopez Rega, die größte Garnison in Militärfahrzeugen zu durchfahren, den Grund des La Plata-Flusses mit Leichen zu bedecken, Gefangene aus Transportflugzeugen der Ersten Luftwaffenbrigade ins Meer hinabzustürzen, (Anm.: Ein zwischen Juli und Dezember 1976 vom Brigadier Mariani, Befehlshaber der Ersten Luftwaffenbrigade mit Sitz in Palomar, durchgeführtes „Programm", bei dem Transportflugzeuge vom Typ Fokker F–27 eingesetzt wurden.), ohne daß General Videla, Admiral Massera und Brigadier Agosti davon Kenntnis erhalten hätten. Heute sind die Drei A die drei Armee-Abteilungen und die Junta, der Ihr vorsteht, ist weder das Zünglein an der Waage von „Gewalttaten unter verschiedenem Vorzeichen" noch der gerechte Schiedsrichter über „zwei Arten von Terrorismus", sondern der Ausgangspunkt eines ziellos gewordenen Terrors, der nur noch die Sprache des Todes stammelt.
(Anm.: Außenminister Vize-Admiral Guzetti sagte in einem Interview mit der Zeitung „La Opinion" (3.10.1976), daß es „den Rechts-Terrorismus als solchen nicht gibt, sondern daß er ganz einfach ein Anti-Körper ist".)

Unbestritten ist die Mittäterschaft des Ausländerbüros der Staatspolizei an diesen Verbrechen unter der Leitung von CIA-ausgebildeten Offizieren, wie zum Beispiel den Kommissaren Juan Gattei und Antonio Gettor, die selbst dem Mr. Gardener Hathway, Station Chief der CIA in Argentinien, unterstehen. Ihre Beteiligung an der Verbrechen wird in künftigen Enthüllungen bewiesen und wird die Weltöffentlichkeit ebenso erschüttern wie die schon jetzt bekannten Tatsachen; diese Enthüllungen werden aber nicht alles ans Licht gebracht haben, wenn sie nicht auch die Rolle der CIA und hoher Militärs, mit General Menéndez an der Spitze, bei der Gründung der Loge „Libertadores de America" klärt, die die Drei A ersetzte, bis sie dann generell von der Militär-Junta übernommen wurde.

Im Rahmen dieses Ausrottungsfeldzuges werden sogar auch persönliche Rechnungen beglichen, so etwa wurde Kapitän Horacio Gándara ermordet, der seit über zehn Jahren die private Bereicherung hoher Marine-Offiziere untersuchte und Horacio Novillos, Journalist bei der 'Prensa Libre', totgeschlagen und verkohlt, als diese Zeitung die Beziehungen des Wirtschaftsministers Martínez de Hoz zu den multinationalen Konzernen aufdeckte. Im Licht dieser Ereignisse erfährt die Charakterisierung des Krieges durch den Mund eines seiner Anführer seine letztliche Bedeutung: „Der Krieg, den wir führen, kennt weder moralische noch naturbestimmte Grenzen; er findet jenseits von Gut und Böse statt."
(Anm.: Oberleutnant Hugo Ildebrando Pascarelli nach einem Bericht der Zeitung 'La Razón' vom 12. 6. 1976. Als Befehlshaber der Ersten Artillerie-Abteilung von Ciudadela ist Pascarelli der wahrscheinlich Verantwortliche für 33 Erschießungen zwischen dem 5. Januar und dem 3. Februar 1977.)

5. Diese Tatsachen, die das Gewissen der zivilisierten Welt erschüttern, sind jedoch noch nicht die schlimmsten Leiden, in die das argentinische Volk gestürzt wurde, wie auch nicht die abscheulichsten Verletzungen der Menschenrechte Eurerseits. In der Wirtschaftspolitik eurer Regierungen ist nicht nur die Erklärung für eure Verbrechen zu finden, sondern auch die größte Gewaltsamkeit, die Millionen von Argentiniern in ein genau kalkuliertes Elend treibt. Innerhalb eines Jahres habt Ihr das Realeinkommen der Arbeiter um 60 % gesenkt und ihre Beteiligung am Nationaleinkommen auf 30 % reduziert. Heute muß ein Arbeiter 18 gegenüber den früheren 6 Stunden aufwenden, um die täglichen Nahrungsmittel für seine Familie bezahlen zu können. (Anm.: Nach Daten des Schweizerischen Bankvereins für Juni 1976. Später verschlimmerte sich die Situation nur noch.) Ihr habt auf diese Weise Formen von Zwangsarbeit eingeführt, die nicht einmal mehr in den rückständigsten Kolonien herrschen.

Wenn man auch nur einige Stunden in Buenos Aires herumgeht, kann man sehr schnell feststellen, wie eine derartige Wirtschaftspolitik diese Stadt in einen Slum von zehn Millionen Einwohnern verwandelt hat. Halbverdunkelte Städte, ganze Straßenzüge ohne einen Tropfen Wasser, weil die Monopolunternehmen die unterirdischen Vorräte für sich anzapfen, tausende von Häuserblocks ein riesiger Schuttplatz, weil Ihr ja nur die von Militärs bewohnten Viertel in Ordnung haltet und die Plaza de Mayo mit Blumen schmückt. Die Ufer des größten Flusses der Welt sind völlig verseucht, weil die Geschäftspartner des Ministers Martinez de Hoz dort die Abfälle ihrer Industrien lagern und Eure einzige Gegenmaßnahme darin besteht, den Leuten das Baden zu verbieten.

Während alle die gesellschaftliche Entwicklung fördernden und schützenden Funktionen des Staates bis zur völligen Perversion vergewaltigt werden, nimmt eine andere an Bedeutung ständig zu und verselbständigt sich. Auf 1 Milliarde 800 Millionen Dollar — das entspricht der Hälfte aller argentinischen Exporte — veranschlagt Ihr den Etat des Verteidigungsministeriums und der Polizei für das Jahr 1977; 4.000 neue Stellen für die Bundespolizei, 12.000 in der Provinz Buenos Aires, und zwar mit Löhnen, die doppelt so hoch sind wie die eines Facharbeiters und dreimal so hoch wie die eines Volksschuldirektors. Insgeheim werden die Löhne der Militärs seit Februar um 120 % angehoben, was beweist, daß es im Reich der Folter weder Lohneinfrierung noch Arbeitslosigkeit gibt und daß es der einzige Bereich im heutigen Argentinien ist, wo die Produktion wächst und das Kopfgeld für jeden abgeschossenen Guerrillero schneller steigt als der Dollar.

6. Die von der Militärjunta diktierte Wirtschaftspolitik folgt blindlings den vom internationalen Währungsfonds empfohlenen Rezepten — sie werden ohne jeden Unterschied in Zaire wie in Chile, in Uruguay wie in Indonesien angewandt. Diese Politik gilt einzig und allein den Interessen der alten Großgrundbesitzer-Oligarchie, der neuen Oligarchie, die von der Spekulation lebt, sowie einer ausgewählten Gruppe von internationalen Unternehmen, angeführt von der ITT, von ESSO, den Autoherstellern, der U. S. Steel, Siemens, alles Unternehmen, zu denen Euer Wirtschaftsminister und seine Kabinettsmitglieder enge persönliche Beziehungen pflegen.

Der Anstieg um 722 % in den Preisen für alle Fleischprodukte allein im vergangenen Jahr beschreibt in seinem ganzen Ausmaß die von Martinez de Hoz geplante Politik zur Restauration der Oligarchie, eine Politik, die völlig mit dem Glaubensbekenntnis der Großgrundbesitzer-Vereinigung übereinstimmt, deren Präsident Celedonio Pereda vor kurzem sagte: „Es ist doch wirklich erstaunlich, daß einige kleine, aber sehr aktive Gruppen immer noch darauf bestehen, daß die Nahrungsmittel billiger sein sollten." (Anm.: „Prensa Libre" vom 16.12.1976)

Das Spektakel in einer Handelsbörse, wo es einigen wenigen innerhalb einer Woche und ohne einen Tropfen Schweiß gelingt, 100 und 200 % zu gewinnen, wo es Unternehmen gibt, die von einem Tag zum anderen ihr Kapital verdoppeln konnten, ohne die Produktion zu steigern; das wild sich drehende Rad der Spekulation mit dem Dollar, den Pfandbriefen, den Wertpapieren, der reine Wucher, der die Zinsen schon stündlich berechnet, all das sind doch recht erstaunliche Vorgänge unter einer Regierung, die antrat, um „mit dem Festgelage der Korruption" Schluß zu machen.

Würde nicht eine mächtige und allgegenwärtige Propaganda vorgeben, diese Junta suche nur den Frieden, General Videla verteidige die Menschenrechte und Admiral Massera liebe das Leben, müßte man doch einmal die Herren Oberkommandierenden der Drei Waffengattungen bitten, darüber nachzudenken, in welchen Abgrund sie das Land in der Illusion gestürzt haben, einen Krieg zu gewinnen, der, selbst wenn man auch den letzten Guerillero töten würde, nur unter anderen Formen wieder aufleben würde, weil die Ursachen, die seit über zwanzig Jahren im argentinischen Volk den Willen zum Kampf wachhalten, nicht überwunden sind, vielmehr durch den Gedanken an die angerichteten Verheerungen und die Enthüllungen über die Verbrechen nur noch vertieft werden.

Das sind Überlegungen, die ich zum ersten Jahrestag des Putsches Ihnen als Mitglieder der Regierungs-Junta zur Kenntnis geben möchte, ohne jede Hoffnung, angehört und in der Gewißheit, verfolgt zu werden, aber getreu einer Überzeugung, der ich mich seit langem verpflichtet habe: auch in den schwersten Zeiten Zeugnis abzulegen. RODOLFO WALSH

DAS MASSAKER VOM 29. APRIL IN ADDIS-ABEBA

FRANKFURT 25. Mai *Ein 'Sonderkorrespondent' der französischen Zeitung 'Liberation' hat in den letzten Wochen Äthiopien bereist und in vier Folgen (Liberation vom 2. Mai bis 5. Mai) die sehr verwirrende Entwicklung in Äthiopien seit der 'Revolution' vor drei Jahren zu beschreiben versucht. Wir können das nicht selbst beurteilen, wollen aber dennoch in den folgenden Nummern des ID eine Zusammenfassung dieses Berichtes abdrukken, da er eine Reihe von Informationen enthält, die die spärlichen Meldungen wenigstens etwas besser verstehen lassen, die in den letzten Wochen durch die bürgerlichen Zeitungen verbreitet wurden.*

Eine dieser Meldungen war, daß am Wochenende vor dem 1. Mai in Addis-Abeba hunderte von Demonstranten erschos-

sen wurden. Wir wollen mit einem Bericht über dieses Wochenende beginnen (aus Liberation vom 16. Mai) und in den nächsten Nummern des ID auf die Entwicklung eingehen, die dazu geführt hat.

In der Stadt erinnert kein sichtbares Zeichen, keine wahrnehmbare Spannung mehr an die Tragödie vom 29. April. Bettler und Straßenhändler bestimmen wie gewöhnlich das Bild, die Läden sind überall offen und die Autobusse brechend voll, die Kinos kündigen die üblichen US-Filme 2. Wahl an; man sieht nicht mehr Polizei oder Militär auf den Straßen wie sonst auch, und selbst in den Schulen und in der Universität merkt man keine besondere Unruhe. Ist das eine trügerische Oberfläche? Jedenfalls macht man sich im Ausland ein falsches Bild, wenn man annimmt, Addis-Abeba würde in blutigen Straßenkämpfen und Terror versinken. Das Alltagsleben geht mit einer verblüffenden Schnelligkeit über die dramatischen Ereignisse hinweg. Inzwischen erlauben eine Reihe von Darstellungen und Zeugenaussagen, sich ein genaueres Bild von den Tagen zu machen, die dem 1. Mai vorausgegangen sind, wenn auch zahlreiche unklare Punkte bestehen bleiben:

Am Freitag, dem 29. April, wurde in Addis-Abeba von der – verbotenen – 'Jugendliga der revolutionären Volkspartei Äthiopiens' (die Partei wird englisch abgekürzt: PRPE) eine Demonstration organisiert. Sie sollte ein Gegengewicht bieten zu der offiziellen 1. Mai-Demonstration. Denn nachdem im letzten Jahr die 1. Mai-Demonstration von der PRPE plötzlich zu einer heftigen Anklage gegen das Militärregime und für die Err ichtung einer Zivilregierung umfunktioniert worden war, beabsichtigten die Anhänger des DERG (= Abkürzung für den regierenden provisorischen Militärrat), mit der 1. Mai-Demonstration dieses Jahr die Niederlagen abzurunden, die er der PRPE in den Betrieben (die von der neuen Gewerkschaft AETU kontrolliert werden) und in den Stadtteil-Kommitees, genannt 'Kebele', zugefügt hatte, aus denen die Anhänger der PRPE bei den Neuwahlen im Oktober 1976 – zwangsweise – herausgedrängt wurden. (Die PRPE wurde bereits im September verboten.) Um den 1. Mai als solche Siegesparade zu feiern, wurden große Anstrengungen unternommen, Massenkommitees zur Vorbereitung auf die Beine gestellt.

In Anbetracht des Klimas von Terrorismus und Gegenterrorismus, der seit einiger Zeit in Addis-Abeba herrscht, kam die PRPE zu der Einschätzung, daß sie ihren Erfolg von der letztjährigen 1. Mai-Demo nicht wiederholen können würde. Sie forderte daher die mit ihr sympathisierenden Schüler und Studenten (von denen die meisten zwischen 16 und 20 Jahre alt sind) auf, bereits zwei Tage vorher auf die Straßen zu gehen. (Und die Schüler und Studenten von Addis-Abeba stehen mehrheitlich auf der Seite der PRPE.)

Am 29. April bildeten sich daher fünf Demonstrationszüge zur gleichen Zeit an verschiedenen zentralen Plätzen (jeweils in der Nähe von großen Schulen bzw. der Universität) etwas außerhalb der eigentlichen Innenstadt.

Die Demonstranten riefen Slogans wie „Nieder mit dem DERG", „Nieder mit der EDU" (= eine rechte Oppositions- und Guerillabewegung, die vom alten Adel unterstützt und vom Ausland finanziert wird), „Hitler-Mengistu" (Mengistu ist der Name des Vorsitzenden des Militärrates), „Für eine provisorische Volksregierung", außerdem wurden Slogans gegen den geplanten 'Marsch nach Norden' (gegen die Befreiungsbewegung in Eritrea) gerufen und Freiheit der Meinungsäußerung für Studenten gefordert.

Beinahe alle Augenzeugen stimmen darin überein, daß nach wenigen Minuten alle Demo-Züge in heftige Kämpfe mit der Stadtteil-Miliz der Kebele verwickelt waren. Wobei man wissen muß, daß die Milizangehörigen jeden Abend mit Beginn der Dämmerung sich an ihrem jeweiligen Stadteilbüro einfinden, ihre Waffen ausgeteilt bekommen und die Nacht über Patrouillien im Stadtteil durchführen. In den meisten Fällen sollen die Milizen ohne Vorwarnung auf die Demonstranten geschossen haben und die Jugendlichen verfolgt haben, die sich entweder auflösten oder Widerstand leisteten.

Kurz darauf haben Militäreinheiten in die Kämpfe eingegriffen und die Situation noch verschärft: die Zahl der Toten und Verwundeten wurde durch ihre automatischen Waffen erheblich erhöht. Demonstranten, die gefangengenommen wurden, wurden sofort in Masenerschießungen hingerichtet. Demonstranten, die sich in die nahen Häuser flüchten konnten, wurden von den Bewohnern wieder auf die Straße getrieben und dort ebenfalls erschossen. Die Polizei, die im Konflikt mit den Stadtteilmilizen steht, hat nur selten eingegriffen.

Beinahe zwei Stunden lang dauerte die Jagd auf Demonstranten in den ansonsten menschenleeren Straßen (in Addis-Abeba ist heutzutage nach 20 Uhr praktisch niemand mehr auf der Straße), wobei die Milizen dadurch begünstigt waren, daß sie jeden Winkel in ihrem Stadtteil kennen. Gegen 21 Uhr war alles wieder ruhig. Zwei Wochen später leugnen die offiziellen Stellen immer noch, daß am 29. April Demonstrationen stattgefunden haben. Ein offizielles Dementi griff die 'Verleumdungen und Übertreibungen der westlichen Presse' an; der offizielle 'Ethiopian Harald' (eine Zeitung des Erziehungsministeriums in englischer Sprache) hat am 7. Mai lediglich zugegeben, daß „kleinere lokale Zwischenfälle" sich ereignet hätten. Das macht es natürlich schwierig, die Zahl der Opfer einzuschätzen.

Unter der Hand spricht man heute in Kreisen, die dem DERG sehr nahe stehen, von etwa 100 Toten. Das erscheint jedoch im Hinblick auf die partiellen und zum Teil widersprüchlichen Informationen, die in Addis-Abeba die Runde machen, jedenfalls weit zu gering. Einige sprachen von 350 Toten, andere von 500 bis 600.

Dagegen scheint die Meldung aus einigen 'diplomatischen Kreisen' falsch zu sein, daß die Verfolgungen am nächsten und übernächsten Tag weitergegangen seien und weitere Massaker stattgefunden hätten.
Die Nachricht, daß Massenerschießungen in den Gefängnissen stattgefunden hätten – was in Äthiopien schon öfters passierte – wurde von den Familien der Gefangenen dementiert, die deutlich sichtbar jeden Tag ins Gefängnis gehen, um ihren Angehörigen Essen zu bringen. Massenerschießungen aufgrund von Hausdurchsuchungen aufgrund 'schwarzer Listen' sind nicht wahrscheinlich und von niemandem bestätigt worden. Einige Botschaften scheinen vorschnell Gerüchten aufgesessen zu sein oder bewußt Falschmeldungen verbreitet zu haben.

Nach dem 1. Mai hat es in verschiedenen Provinzen weitere Kämpfe gegeben, bei denen in diesen zwei Wochen bereits mehrere hundert Oppositionelle getötet wurden. Während die Presse und das Radio täglich mit lauter Stimme die 'Liquidation von Konter-Revolutionären' verkündigt, hüllt sich die Regierung in Schweigen. Haben sie das Massaker gewollt – wie einige meinen – oder sind sie von den Stadtteilmilizen, den Kebele, überrollt worden? „Die Kebele sind auf eine Provokation der PRPE hereingefallen. Wenn man zu dieser Tageszeit zu einer Demonstration in diesen Vierteln aufruft, heißt das, daß man die Schießerei will. Der PRPE kommtes darauf an, den Graben zwischen der Revolution und der Jugend zu vertiefen" – sagte ein Mitglied der POMOA, eine offizielle Organisation zur Massenbildung und -schulung.

Das ist soweit einleuchtend, als man sich sehr gut vorstellen kann, daß die Kebele in dem zur Zeit herrschenden Klima von sich aus das Feuer eröffnet haben. Denn man muß wissen, daß allein in den lezten drei Tagen davor etwa zehn Angehörige der Kebele von Kommandos der PRPE abgeschossen worden waren, meistens beim Weg zur Arbeit. Und seit November

letzten Jahres sind etwa 65 Angehörige der Kebele von PRPE-Mitgliedern getötet worden – beide Gruppen bekämpfen sich erbittert. Wegen ihrer Auseinandersetzungen mit der PRPE geraten die Kebele sogar zunehmend in Konflikt mit dem DERG: dessen Aufruf, die Nordgrenzen durch einen großen Marsch nach Norden zu 'verteidigen', wird von ihnen abgelehnt; erst müsse mit der Opposition in Addis-Abeba Schluß gemacht werden, sonst bestehe das Risiko, daß sie dem Marsch in den Rücken fällt.

Aber die Wut der Kebele gegen die PRPE und die Studenten, die die Hauptanhängerschaft der PRPE stellen, erklärt nicht alles. Die meisten Toten hat es offensichtlich erst nach dem Eingreifen der Armee gegeben. Und es ist unwahrscheinlich, daß die verschiedenen Einheiten so gleichmäßig ohne genauen Befehl eingegriffen hätten. Im DERG muß eine solche Entscheidung getroffen worden sein.

DIE BESORGNIS DES STAATSSCHUTZES
Protokoll einer „Befragung"

WIEN 26. April

Von einer Wienerin, die Waltraut Book im dortigen Gefängnis besuchte, bekamen wir den folgenden Bericht. (Zu W. Book s.ID 162 / 163 / 164 / 174)

5.4.77: Vorladung ins Staatspolizeiliche Büro in Wien wegen einer „Auskunftserteilung".
Beginn der Befragung: 9 Uhr.
Zuerst einleitende Worte durch einen verhörenden Beamten, Kriminalinspektor Rössler: ich könne mir ohnedies vorstellen, weshalb ich heute hier sei und könne gleich mit der Aussage beginnen. Obwohl ich den Grund oder vielmehr die Gründe kannte, verlangte ich, mir die offiziellen Anschuldigungen vorzulegen. In groben Auszügen warf man mir vor, die in Wien inhaftierte deutsche Staatsangehörige Waltraut Book mehrmals besucht zu haben und weiter mit inhaftierten deutschen „Anarchisten" regen Briefwechsel zu unterhalten. Weiter wurde ich beschuldigt, die Geldbeträge, die ich an Waltraud überwies, von Hintermännern erhalten zu haben, wobei auch von der RAF die Rede war. Ich wurde gefragt, ob ich bei meinen Besuchen mit Waltraud über den Banküberfall gesprochen hätte, doch unlogisch, da wir stets unter vier- bzw. fünffacher Aufsicht waren. Man wollte auch wissen, ob ich jemals von Waldtraut oder Rolf Pohle um einen Gefallen ersucht wurde oder irgendwelche Anweisungen erhalten habe. Dies verneinte ich ganz entschieden und verwies auf die Fotokopien unserer Korrespondenz, die den Wiener Behörden vom BKA zur Verfügung gestellt wurden. Natürlich hatte Rössler solche Kopien niemals gesehen, zitierte aber fast wörtlich einen Satz aus einem Brief von Rolf (Hafterleichterung). Am meisten interessierte den Beamten meine Motivation, solche „Verbrecher" zu unterstützen, und es sei geradezu die Pflicht der Polizei, mich vor diesen "schlechten Kreisen" zu schützen. Aber da hüllte ich mich ganz in Schweigen und verweigerte die Aussagen. Man führte mir vor Augen, wie „brutal und gewissenlos die Machenschaften der Terroristen" seien, und keine Frau könne mit diesen „schrecklichen Taten" – Kaufhausbrandstiftung durch Andreas, Banküberfälle, Bombenanschläge und Polizistenmorde bei Verhaftungen – einverstanden sein. Als ich auch darauf keine Antwort gab, drohte man mir mit einem psychiatrischen Gutachten und auch mit einer Unzurechnungsfähigkeitserklärung, da ich auch die Unterschrift des Protokolls verweigerte (diese Drohungen kamen von einem zweiten Beamten, der erst später anwesend war). Ferner ging man noch kurz auf die Schweden-Sache ein und wollte wissen, ob ich Norbert Kröcher kenne. Auch darauf blieb ich die Antwort schuldig. Ende des Verhörs: 13.oo Uhr. Plötzlich standen vier Kriminalbeamte im Zimmer und teilten mir mit, es täte ihnen furchtbar leid, aber die Staatsanwaltschaft habe eine Hausdurchsuchung beantragt. Diese wolle man während meiner Abwesenheit durchführen. Dagegen protestierte ich und wurde schließlich mitgenommen, nachdem ich einer Leibesvisitation und einer Handtaschenkontrolle unterzogen wurde. Bei den Durchsuchungen wurden alle Briefe von Waltraud und Rolf beschlagnahmt, ebenso die „letzten Texte", sämtliche handschriftlichen Unterlagen, sowie Einzahlungsbestätigungen vom Landesgericht Wien. Ferner ließ man einen Zettel mitgehen, auf dem die Telefonnummer eines Arztes aufgeschrieben war, der mich im Februar dieses Jahres opetiges Opfer irgendwelcher Entführer. Auf meine Frage, wie die te.
Auf meine Frage,wie die Sache jetzt weitergehe,erhielt ich zur Antwort,die beschlagnahmten Gegenstände werden der Staatsanwaltschaft übergeben und die wird entscheiden,ob die Anklage gegen mich erhoben wird."

Noch was zum Inland

AUF ANORDNUNG DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDE UND DAMIT RECHTMÄSSIG ...

FRANKFURT 2. Mai

Folgendes trug sich Ende April in Frankfurt am Main zu:

Der Frankfurter Jugendring (Zusammenschluß von 17 grossen Frankfurter Jugendverbänden von den kirchlichen und Sportverbänden über die Gewerkschaftsjugend zur SDAJ) verabschiedete auf seiner Vollversammlung vom 21. April eine Presseerklärung zur Durchsuchung des JuZ Bockenheim am 7. April (siehe ID 174), in der es unter anderem heißt:

„Der FJR wertet die Polizeiaktion als weiteren Versuch, Jugendzentren oder Jugendwohnheime in der Öffentlichkeit zu diskriminieren und unter den betroffenen Jugendlichen ein Klima der Angst und Unsicherheit zu erzeugen. Der FJR ist bestürzt über das Vorgehen der „Staatsorgane", die das Jugendzentrum durchwühlt haben, Türen aufbrachen, Mülltüten ausleerten und verantwortlich sind für eine unnötige Verwüstung der Räume des Jugendzentrums. Dabei entstand erheblicher Sachschaden. Derartige Vorgehensweisen sind keine Mittel der Rechtsstaatlichkeit, sondern der Repression und erinnern an Methoden totalitärer Staaten. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel ist nicht mehr gewährleistet. Erschwerend kommt hinzu, daß die Überprüfung des Jugendzentrums sowie die anschließenden Durchsuchungen der Wohnungen von Vorstandsmitgliedern des Jugendzentrums als auch bei deren Eltern und Großeltern ohne Hausdurchsuchungsbefehle ausgeführt wurden. Der FJR fordert die maßgeblichen Stellen auf, die Vorfälle restlos aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen."

Nun ist das keine sehr spannende Presseerklärung, wenngleich es auch sehr löblich ist, daß eine Institution wie der Jugendring sie verabschiedet. Spannend ist allerdings, wie der Präsident des Bundeskriminalamtes (dem die Erklärung auch zugesandt worden war) darauf reagierte. Nämlich in einem eigenhändig von ihm unterzeichneten Schreiben vom 26. April, das da lautet:

„ ... Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ihrer Presseerklärung haben Sie die bereits in der „Frankfurter Rundschau" vom 13. 4. 1977 aufgestellten falschen Behauptungen bezüglich der Umstände bei den Durchsuchungen des Jugendzentrums Bockenheim und verschiedener Woh-

Forts. S. 31

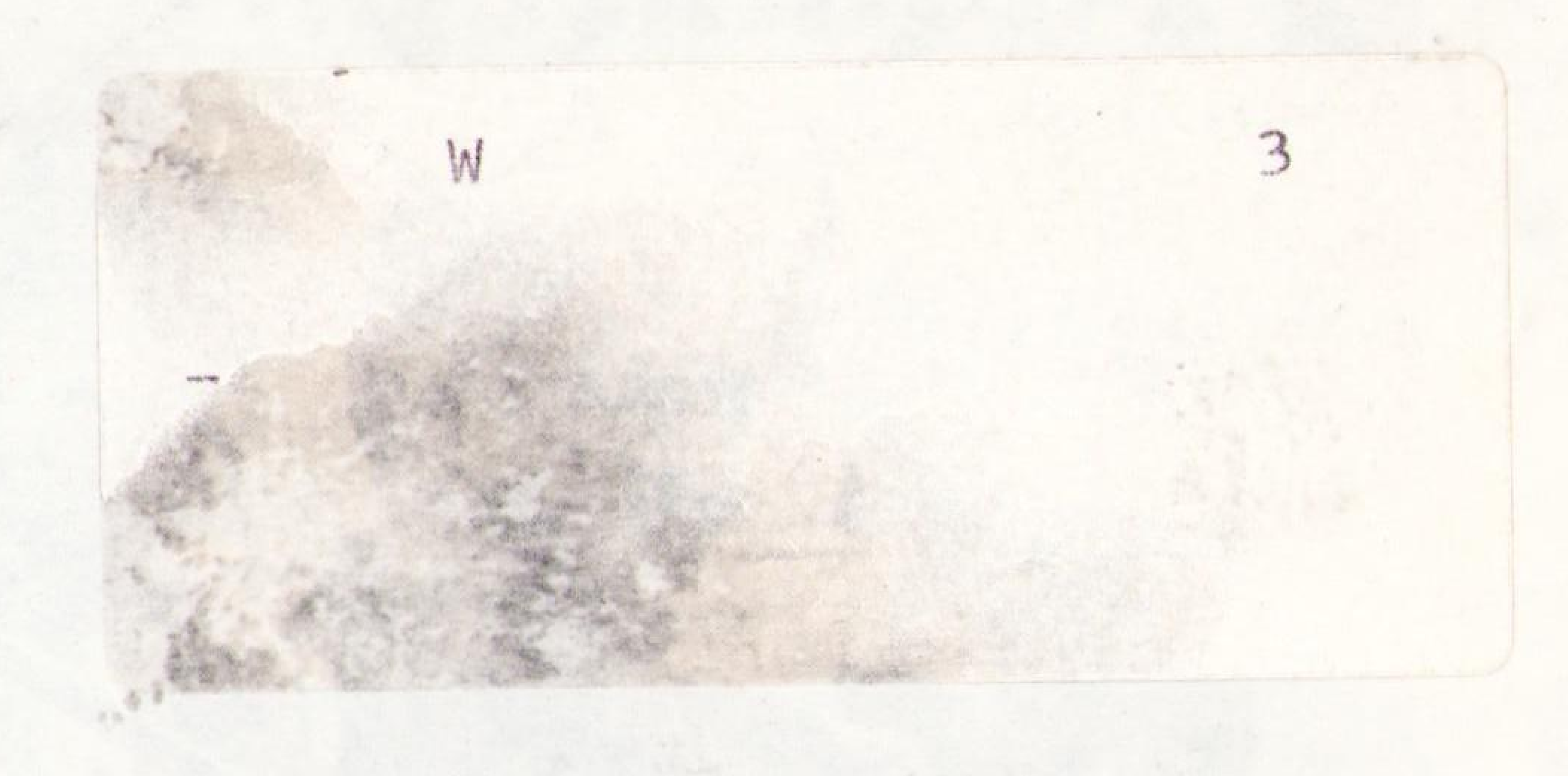



Bitburger Pils

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90



Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag.* Nr. 179

nungen von Vorstandsmitgliedern am 7. 4. 1977 im wesentlichen übernommen. Im einzelnen behaupten Sie, Beamte der Polizei und des Bundeskriminalamtes hätten das Jugendzentrum durchwühlt, unnötige Verwüstungen angestellt, und die Durchsuchungen seien ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchgeführt worden. Ich fordere Sie hiermit auf, diese Behauptungen gegenüber den Empfängern Ihrer Presseerklärung zu widerrufen und verweise dazu auf die in der „Frankfurter Rundschau" vom 23. 4. 1977 abgedruckte Gegendarstellung, die folgenden Wortlaut hat:

(Es folgt der Text der Presseerklärung, in der festgestellt wird, daß bei der Durchsuchung keine Personen festgenommen worden seien, da sich keine im JuZ aufgehalten hätten; das JuZ habe sich bei Beginn der Durchsuchung bereits in einem völlig verwüsteten Zustand befunden, was man durch Fotos belegen könne; kein Beamter habe zu einem Jugendlichen gesagt, er solle zugeben, daß er den Buback erschossen habe.)

Ausdrücklich weise ich darauf hin, daß die Durchsuchung im Jugendzentrum und in den Wohnungen von Vorstandsmitgliedern des Jugendzentrums sowie deren Angehörigen auf Anordnung der zuständigen Behörde und damit rechtmäßig erfolgt sind. Ich bitte um Zusendung eines Abdrucks der berichtigenden Presseerklärung in den nächsten Tagen.

Dr. Herold"

Besonders hingewiesen sei hier auf die Rechtsauffassung von Herrn Dr. Herold, der da meint, daß etwas automatisch dann rechtmäßig ist, wenn es von der zuständigen Behörde angeordnet wurde. Wenn sich diese Rechtsauffassung allgemein durchsetzt, dann kann das ja heiter werden . . . !
Das Antwortschreiben des Jugendrings fiel für die Verhältnisse einer Institution recht mutig aus. Der FJR entkräftet dort zuerst alle Behauptungen in der Herold-Gegendarstellung und besorgt damit eigentlich die Aufgabe der Frankfurter Rundschau, auf deren Artikel die Herold-Behauptungen nämlich auch schon nicht zugetroffen hatten. Die FR hatte die Gegendarstellung wohl in angstvollem Strammstehen vor dem BKA prompt veröffentlicht — in anderen Fällen war und ist die FR nicht so schnell bei der Hand mit dem Abdruck von Gegendarstellungen! Dann heißt es im FJR-Brief weiter:

„Sehr geehrter Herr Herold, für uns sind Gegendarstellungen nicht per se die absolute Wahrheit — ebenso wie Anordnungen der 'zuständigen Behörde' in unseren Augen nicht per se rechtmäßig sind. Wir bedauern, Ihnen nicht mit der 'Zusendung einer berichtigenden Presseerklärung in den nächsten Tagen' entgegenkommen zu können: aus unserer Sicht — und das ist die Sicht der Jugendverbände, d. h. parteiisch für die Jugend — gibt es an unserer Erklärung nichts zu widerrufen. Im Gegenteil: wir betonen hier noch einmal, daß wir solche Polizeieinsätze in Jugendeinrichtungen als Diskriminierungsversuch, als Stimmungs- und Angstmache ansehen. Wir betonen hiermit erneut, daß das Vorgehen der Staatsorgane nicht mehr im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der Mittel stand. Wir weisen Ihr Schreiben mit aller Deutlichkeit zurück. Wir sehen in ihm keineswegs den Versuch, einer Aufklärung der Umstände bei der Durchsuchung näherzukommen, sondern lediglich die stereotype Betonung der Rechtmäßigkeit behördlichen Handelns, wenn nur solche Schritte von der 'zuständigen Behörde' angeordnet worden sind. Diese Auffassung erscheint uns allerdings bedenklich! Behörden, insbesondere repressive wie die Strafverfolgungsbehörden, bedürfen immer wieder einer kritischen Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Es stünde Ihnen, Herr Herold, als oberstem Dienstherr des Bundeskriminalamtes besser zu Gesicht, wenn Sie Kritik an Ihrer Behörde ernst nähmen. Rechtsstaatlichkeit schließt immer ein: das Recht gegenüber dem Staat. Wird von diesem Recht in Form einer Kritik an staatlichem Handeln Gebrauch gemacht, kann die Antwort nicht eine unterschwellige Drohung sein!"

